



universität
wien

MASTERARBEIT / Masters Thesis

Titel der Masterarbeit / Title of Masters Thesis

„Strukturelle Diskriminierung und Destigmatisierung im
Medialen Raum. Migrant*innen im Online - Portal
daStandard.at“

Verfasst von / submitted by

Astrid Hanl, BA

angestrebter akademischer Grad/ in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Dr. Mag. Beatriz de Abreu Fialho Gomes

Ich erkläre hiermit, dass keine unerlaubten Hilfsmittel verwendet wurden und die Arbeit nach den Regeln des guten redlichen wissenschaftlichen Arbeitens verfasst wurde. Zudem wurde die Arbeit noch nie zu einem Prüfungszweck eingereicht.

Die folgende Arbeit ist mit Binnen-* gegendert um darauf hinzuweisen, dass ich Geschlechterpositionierungen als soziale Kategorisierungen handle und hiermit weder diese selbst noch Exklusionen reproduziert werden sollen. Wörtliche Zitate wurden nicht verändert, das heißt, sie können auch nur die maskuline Form aufweisen.

Vorwort

Zu Beginn dieser Masterarbeit sei ein Zitat von Mark Terkessidis angeführt, das jenen Gedanken wiedergibt der mich dazu inspirierte, diese Forschung durchzuführen: „[...] *Grund diese Arbeit zu schreiben [ist]: [...] die kleinen Erlebnisse [von Rassismus gegenüber Migrant*innen] der Banalisierung zu entreißen. Denn das sie immer noch als banal gelten, das zeigt, wie weit wir noch von einer ernsthaften Diskussion über Rassismus entfernt sind.*“ (Terkessidis 2004: 208) An diesen Gedanken anschließend möchte ich mit dieser Arbeit aufzeigen, dass die Konstruktion sozialer Realität durch den gesamtgesellschaftlichen Diskurs allgegenwärtig und oft unbedacht ist. Dass es auch einzelne und unwichtig scheinende Wörter, Phrasen, oder Artikel sind, welche die Wissens – und Wertvorstellungen einer Gesellschaft produzieren und reproduzieren. Und dass wir dazu in der Lage sein müssen, bestehende Diskriminierung und Exklusion auf allen gesellschaftlichen Ebenen, wie dem öffentlich – medialen Diskurs, zu erkennen.

„[...] in fact it is a question of changing people's modes of thought,
which is the most difficult thing in the world.“

(Balibar 1991: 222)

„Es geht darum, die Denkweise zu verändern,
und das ist das Schwierigste der Welt.“

(Balibar 1990: 266)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1. Einleitung	
1.1. Thema	7
1.2. Zugang zu den Development Studies und Relevanz	9
1.3. Migrant*innen – Begriff	13
1.4. Forschungsleitende Fragestellung	15
1.5. Epistemologische und Persönliche Positionierung	16
2. Methodik und Operationalisierung	
2.1. Kritische Diskursanalyse	18
2.2. Qualitative Interviews	21
3. Theoretische Einbettung	
3.1. Rassismusforschung	25
3.1.1. Systematik und Funktion	28
3.1.2. Einfluss auf Identitätskonzeptionen	33
3.1.3. Rassistisches Handeln: Weder Zufall noch Einzelfall	34
3.1.4. Das „Statement on Race“ der UNESCO: Ein geschlossener Diskurs über differenzierende Begriffe	36
3.2. Transnationalisierung	39
3.3. Medienforschung	41
4. Untersuchungsgegenstand	
4.1. Die Online – Plattform daStandard.at	43
4.2. Kontextualisierung: Österreich und die Gastarbeit	47
4.3. Mediale Exklusion und Segregation von Migrant*innen	53
5. Empirischer Teil	
5.1. Textbeispiele	58
5.2. Die Analyse	66
5.2.1. Differenzkategorien	70
5.2.1.1. Begriffe werden konstruiert	71
5.2.1.2. Einfluss auf Identitätsverständnisse	72
5.2.1.3. Begriff der Nation	74
5.2.1.4. Begriff der Ethnie	75
5.2.1.5. Begriff der Community	77
5.2.2. Diskriminierung auf Strukturelle Ebene	78
5.2.2.1. Gesellschaftlicher „Verweis“	80
5.2.2.2. Politisierung des öffentlichen Diskurses	81
5.2.2.3. Gesellschaftlicher Realität und strukturelle Rahmenregelung im Diskurs um Migrant*innen in Österreich	84
5.2.3. Sprachverwendung	86
5.2.3.1. Depolitisierung und Naturalisierung	88
5.2.3.2. Humanisierung	91
5.2.3.3. Repräsentation von Migrant*innen und Konstruktion von Sprachlosigkeit	93

5.2.3.4. Bevormundung.....	94
6. Conclusio.....	97
7. Abstract (Deutsch).....	100
Abstract (English).....	101
8. Quellenverzeichnis.....	102
8.1. Literaturverzeichnis.....	102
8.2. Qualitative Interviews.....	105
8.3. Analysematerial.....	105
9. Annexe.....	106
9.1. Analysematerial.....	106
9.2. Interview Leitfaden.....	113
9.3. Interview – Protokolle und biographische Angaben zu den Interview – Partner*innen.....	115
9.3.1. Interview mit Olivera Stajic.....	11
9.3.2. Interview mit Jelena Gucanin.....	121
9.3.3. Interview mit Timur Ruse Aksak.....	126

1. Einleitung

1.1. Thema

Diese Arbeit behandelt strukturelle Diskriminierung und Stigmatisierung, sowie Destigmatisierung im medialen Diskurs um Migrant*innen auf der Online-Plattform daStandard.at. Die Themen um Migration und Migrant*innen erleben aktuell eine starke Politisierung und Medienresonanz in Österreich, was nicht zuletzt durch die im September 2015 stattgefundene Intensivierung der Auswirkungen des „Population Movement Europe“ in Österreich verschärft wurde. Der Begriff „Population Movement Europe“ ist ein Terminus der Internationalen Föderation des Roten Kreuz (IFRC), der zur differenzierten Behandlung der seit September 2015 intensivierten Flüchtlingsbewegung nach Europa verwendet wird (vgl. Austrian Red Cross 2014). ^[1] Die mediale und institutionelle Betitlung dieser Migrationsbewegungen als „Flüchtlingskrise Europa“ beinhaltet politische Interessenstrukturen (ebd.). Der Terminus Population Movement Europe wirkt der Reproduktion dieser Interessenstrukturen entgegen.

Im Zuge dieser Differenz schaffenden und Interessen - geleiteten Debatten prägen die Öffentlichen Medien den Diskurs um Migration. Dieser Diskurs ist zunehmend von Rassismen gezeichnet: er zeigt Stereotypisierung, Kategorisierung und Klassifizierung von „Personen mit Migrationshintergrund“ und solchen, die als „Ausländer*in“ stigmatisiert werden. Alana Lentins Untersuchungen von 2004 verweisen ebenfalls auf solche Prozesse: *„The states of western Europe, particularly those with a longer history of immigration, are developing a discourse of discrimination that separates increasingly between in- and out-groups. [...] ‘Our own’ familiar Others [In- group] have been culturalised and tamed; the strangers [Out-group] are still racialised in the completeness of their in - assimilability.”* (Lentin 2004: 6)

Die vorliegende Arbeit geht die Frage nach, wie und wodurch in der diskursiven Repräsentation von Migrant*innen in daStandard.at eine destigmatisierende Wirkung gegenüber exkludierten Personen sichtbar wird. Untersuchungsgegenstand im Rahmen dieser Analyse ist das Portal daStandard.at, einem von DerStandard als eigenständigen Ressort gegründeten Medialen Raum für Journalist*innen mit Migrationsgeschichte. Das Ressort wurde mit dem Ziel geschaffen, den Diskurs um Migrant*innen destigmatisierend zu prägen und Journalist*innen mit Migrationshintergrund den Berufseinstieg in die österreichische Medienbranche zu bieten (vgl. Interviews mit Stajic 2015). Der Analysekörper des Untersuchungsgegenstandes stellt sich infolge aus Textbeispielen von daStandard.at zusammen. Die Datengewinnung erfolgt in einer auf Artikel basierenden Fallbeispielauswahl. Diese Textsorte bildet jene Informationsquellen, die diese Arbeit

^[1] **Austrian Red Cross:** Annual Report 2014: International Cooperation: Disaster Management/ Rehabilitation/ Development Cooperation. Wien: 2014.

mittels Kritischer Diskursanalyse nach Siegfried Jäger auf die diskursive Repräsentation von struktureller Diskriminierung und Destigmatisierung im österreichischen Mediendiskurs untersucht (vgl. Jäger 1999). Der Fokus der Analyse liegt auf den auf der Plattform vorliegenden Fakten und Narrativen.

Diese Arbeit konzentriert sich auf die Untersuchung des medialen Diskurses um Migration und Migrant*innen auf der Plattform daStandard. Sie ist darauf fokussiert, dass Migrant*innen beschränktem und oft vorgefertigtem Raum Zugang zu dieser erhalten. Es handelt sich dabei dahingehend um einen vorgefertigter Raum, dass Journalist*innen mit Migrationshintergrund oftmals in einer Art Nische der Berichterstattung von mit Migration und Integration verbundenen Themen beschäftigt werden (vgl. Interview mit Jelena Gucanin 2015). Dass strukturelle In - und Exklusion von Migrant*innen regelmäßig und systematisch geschieht (vgl. Thaler 2014: 16-17). Der Untersuchung medialer Exklusion von Migrant*innen im medialen Diskurs spielt in der Analyse gesellschaftlicher Rassismen eine große Rolle. Im Jahr 2012 hatten 18,9 % der Bevölkerung Migrationshintergrund (Statistik Austria 2012). Laut einem Forschungsprojekt von Dr. Petra Herczeg zur *„Bestandsaufnahme der JournalistInnen mit Migrationshintergrund in den österreichischen Medien“* sind es in den Redaktionen geschätzt 0,49 Prozent (ebd.: Stand 2009/2010). Ergebnisse der auf Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund gerichteten Studie ergaben eine auffallend ungleiche Verteilung zwischen Journalist*innen mit und ohne Migrationshintergrund nach offiziell - behördlicher Kategorisierung. Diese bezieht sich auf Migrant*innen erster und zweiter Generation in Österreich. Damit wird die Relevanz der Herkunftsländer von in den Medien wirkenden Personen sichtbar, besonders in der Gegenüberstellung zu österreichischen Staatsbürger*innen. Hier ist eine deutliche Exklusion von Migrant*innen erkennbar. Gründe dafür sind rassistische gesellschaftliche Strukturen, die gegenüber Migrant*innen mehrerer Generationen und Ausländer*innen zu diskursiven und faktischen Rassismen mit Bezug auf verschiedene gesellschaftliche Kategorien wie Herkunft, Nationalität, Ethnizität, Sprache, Kultur und Religion führen. Im medialen Diskurs und der damit verbundenen Wissensproduktion liegt die gleiche Prozesshaftigkeit vor, die Stuart Hall in seinen Untersuchungen zum rassistischen Diskurs anführt (vgl. Hall 1994/2: 15 -16).

Als Grund der In - und Exklusionen in den Medien, die ein solches Portal notwendig machen, setzt diese Arbeit am Rassismus als Ideologie an (vgl. Davis 2004: 82 - 84). DaStandard.at wirkt im österreichischen Mediendiskurs über Migrant*innen durch Sprache, Themen und Journalist*innen destigmatisierend. Das schließt Destigmatisierung und Antidiskriminierung als diskursiven und strukturellen Kampf um Konstituierung von Migrant*innen als politische Subjekte mit ein (vgl. Lentin 2004: 20 ff.). Diese strukturellen und diskursiven Ansätze der Plattform, die zu einer „Normalisierung“ und „Antidiskriminierung“ von Migrant*innen führen, sind daher für

öffentliche Medien und Gesellschaft von hoher Relevanz (vgl. Davis 2004: 58 -59).

Nach dem Diskursverständnis von Stuart Hall und Siegfried Jäger, führt dieser gegen - geleitete Diskurs wiederum zur Produktion neuer Formen von Wissen (Auf deren Diskursverständnisse und – konzeptionen wird in Kapitel 2.1. Kritische Diskursanalyse explizit eingegangen.). Denn entgegen ihrer Darstellung als wertfreiem Informationsmittel wirkt Sprache auf konnotativer Ebene, damit im Alltagsverständnis und – handeln fort. Weiter betrachtet diese Arbeit daStandard.at nicht nur als Raum im Sinne eines lokalen Raumes, sondern in seiner Handlung und Wirkungsweise als gesellschaftskritisches und politisches Subjekt (vgl. Leela 2013).

Zudem wirft der Diskurs die Frage um die Konzeption und Wirkung des Konstruktes der Nationalstaatlichkeit auf. Mobilität von Personen wie medialer Informationsverbreitung wirken prozessual transnational. Unter dem Aspekt der Transnationalisierung bestehen nationalstaatliche Grenzen als Analyseeinheit, wobei jedoch berücksichtigt wird, dass diese Räume und Prozesse nicht ausschließlich von diesen Grenzen abhängt oder von ihnen definiert wird (vgl. Sheller; Urry 2004: 211). Diese Arbeit behandelt den medialen Diskurs auf daStandard.at als transnationalen Prozess von Kommunikation und Informationsaustausch.

1.2. Zugang zu den Development Studies und Relevanz

Eine zentrale Zielsetzung und Anspruch der Development Studies ist, Ungleichheiten verschiedener Lokalitäten, gesellschaftlichen Ebenen und disziplinären Aspekte zu untersuchen. Wenngleich sich die Entwicklungsforschung vormals nach der dichotomen Analyse von Prozessen und Dynamiken zwischen Globalem Norden und Globalem Süden ausrichtete, forderten spätere Disziplinen wie der Dekolonialismus unter Walter Mignolo oder Arturo Escobar, Entwicklungsforschung über den Aspekt binärer Oppositionierung aufgrund geographisch konzipierten Räumen hinaus vorzunehmen (vgl. Mignolo 2011: 45 f.). Die Untersuchung von Prozessen und Systematiken der Ungleichheit gilt es nicht nur „zwischen“, sondern auch innerhalb von Gesellschaften oder anderen Kategorisierungen vorzunehmen (ebd.). Unter diesem Aspekt und angesichts globaler gesellschaftlicher Entwicklungen gewinnen Forschungsbereiche wie jener der Mobilität und Transnationalisierung an Bedeutung. Am Institut der Internationalen Entwicklung der Universität Wien wurde für das Studienjahr 2016 eine thematische Schwerpunktsetzung auf die Bereiche der Mobilität, Grenzen und Transnationalisierung festgelegt. Mobilität, Grenzen und Transnationalisierung als Prozesse und Perspektiven prägen auf verschiedenen Gesellschaftsebenen wie sozialer, politischer, ökonomischer und kultureller Ebene Wahrnehmung und Konstruktion von Räumen sozialer Realität. Sie schaffen in – und exkludierende Mechanismen, basierend auf gesellschaftlichen Kategorien wie Gender oder geographischer Herkunftsverortung. Dabei kommt

es ebenfalls zur Konstitution translokaler und transnationaler Räume.^[2]

Themen um Migration und Migrant*innen erleben eine starke Politisierung und Medienpräsenz, deren Folgen es auf möglichst vielen Ebenen zu untersuchen gilt. Damit rücken sie auch in den Fokus der Development Studies und der Entwicklungszusammenarbeit. Beispielsweise gibt die Austrian Development Agency (ADA) auf ihrer Website unter dem Thema Friedens – und Konfliktprävention Migrations - und Flüchtlingsbewegungen als „*globale Sicherheitsbedrohungen*“ an (vgl. www.entwicklung.at). „*Die Zusammensetzung aus politischer Gewalt und gewalttätiger und organisierter Kriminalität (Waffen – Drogen – und Menschenhandel) sowie globale Sicherheitsbedrohungen (Migration und Flüchtlingsströme) setzen die Internationale Gemeinschaft vor neue Herausforderungen*“ (vgl. www.entwicklung.at) Weltweit gibt es internationale Abkommen zur Eindämmung von Migrationsbewegungen, wie Partnerprojekte der ADA zur Kapazitätsentwicklung der Wirtschaftsgemeinschaft „Economic Community of West - African States“ (ECOWAS) (ebd.). Das unterstreicht die Relevanz und allumfassende Präsenz der Migrationsthematik in unserer Gesellschaft, der Politik - und in den Medien. Die Postulierung Österreichs als „Einwanderungsland“ ist nicht zuletzt auf die Folgen institutioneller Normierung von Migrationsprozessen zurückzuführen. Als Beispiel hierfür gelten zunächst die Gastarbeiter – Abkommen der 1970er und 1980er, wie dem Raab – Olah – Abkommen [3] von 1961 der Sozialpartner, durch welche der Ausländeranteil an Beschäftigten von 0,7% auf 8,8% anstieg (vgl. Yilmaz 2011).

Das vorliegende Ungleichheitsverhältnis der kategorische Exklusion von Migrant*innen fällt in das Interesse der Rassismusforschung als Eckpfeiler der Development Studies: Rassismen und Rassialisierungen können nur bedingt untersucht werden, bezieht man nicht die sozialhistorischen und politischen Kontexte mit ein. Gleiches trifft auf Antirassismus und Prozesse der Antidiskriminierung zu. Rassismus als Ideologie ist für die Development Studies zentral, um das Ausmaß der Bedeutung von Wissens - und Wissenschaftsproduktion zu verstehen. Rassismus ist die Prozessualisierung und Systematisierung der Instandhaltung hegemonialer Machtverhältnisse. Er bewirkt durch die Produktion und Reproduktion von Wissen und Wissenschaft soziale Kategorisierungen und gesellschaftlichen Konsens.

Hier stellt sich die Frage, inwieweit gegenüber den Personen, die von Teilen der

[2] Vgl. Dannecker, Petra (2015/16): Mobilität, Grenzen und Transnationalisierung. Vorlesung am Institut für Internationale Entwicklung. Universität Wien: Wintersemester 2015/ 16.

https://ie.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/proj_int_entwicklung/Ausschreibung/Mobilit%C3%A4tGrenzen.pdf [Zugriff: 17.4.2016]

[3] Das Raab- Olah Abkommen von 1961 ist ein Anwerbeabkommen zur Regelungen der Anwerbung und öffentlich – gesetzlichen Festlegung von Gastarbeiter*innen in Österreich. Das Abkommen wurde zwischen den österreichischen Sozialpartnern und den Regierungen von Emmigrations - Staaten abgeschlossen (vgl. Matuschek 1985: 165).

österreichischen „Inländer*innen“ aufgrund gesellschaftlicher Kategorisierungen als Migrant*innen gesehen werden, systematischer Rassismus stattfindet. Diese Kategorisierungen manifestieren sich durch arbiträre und konventionelle Zuweisungen: Zuweisungen von nationalstaatlicher oder geographischer Herkunft, Sprachen, Religionen oder Kulturen. Diese analysiert die vorliegende Arbeit im Bezug auf Stigmatisierung und Diskriminierung. Diese Arbeit behandelt das gesellschaftliche Verhältnis Rassismus weder aus individualisierender noch moralischer Herangehensweise, sondern die rassistische Strukturierung der Gesellschaft, die im Kontext des österreichischen Mediendiskurses sichtbar wird. Diese Untersuchung rassistischer Diskurse ist zentral für die Kritischen Analyse von Ungleichheit, Unterdrückung und Machtverhältnissen in den Diskursen um Migration und Migrant*innen. Die Vermittlung mittels Öffentlicher Medien ist von hoher Bedeutung, da inhaltliche und sprachliche Vermittlung von Informationen wesentlich zur Wahrnehmung und Konzeption von Realitäten beiträgt. Mittels der Medien werden Diskurse um Migrant*innen produziert und reproduziert, denen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zentral sind.

Persönlicher Kommentar zur epistemologischen Verortung

Die Ergebnisse dieser Arbeit sind unter Berücksichtigung kritisch – realistischer und dekonstruktivistischer Aspekte zu rezipieren. Forschungsprozesse sind hinsichtlich sozialhistorischen Kontextes und gesellschaftlicher Positionierung der Verfasser*innen geprägt. Die subjektive Prägung von persönlichem Wissensstand und Erkenntnisinteresse beeinflusst daher den konzeptionellen und analytischen Forschungsprozess. So fokussiert sich das Forschungsinteresse in dieser Arbeit auf das dialektische Verständnis von Struktur und Individuum, geprägt durch meinen akademischen und persönlichen Kontext.

Forschungsstand

Ein vergleichsweise geringer Forschungsstand besteht zum Thema destigmatisierender und antirassistischer Mechanismen durch gezielte Beeinflussung des medialen Diskurses. Während die Fortführung gesamtgesellschaftlicher Exklusion auf medialer Ebene präsent und vielfältig adressiert ist, findet sich nur wenig Material zum Entgegenwirken dieser Exklusion. Entgegenwirken vor allem dahingehend, welche Mechanismen und Räume durch Medien wie daStandard.at produziert werden. Infolge dessen waren die Interviews mit der Chefredakteurin und ehemaligen wie aktuellen Mitarbeiter*innen bei daStandard.at eine zentrale Informationsquelle. Die Informationen aus den Interviews sind eine primäre Bezugsquelle bezüglich struktureller Diskriminierung auf Untersuchungsebene des Portals selbst (vgl. Interviews 2015).

Eine weitere Informationsquelle zur analytischen und theoretischen Herangehensweise an die Fragestellung dieser Arbeit, ist die österreichische Medienforschung. Hauptbezug besteht hier zu den Arbeiten von Assimina Gouma, Daniela Gronold, Selina Thaler, Petra Herczeg, Julia Dahlvik, Maria Weber und Karin Zauner.

Goumas Arbeit ist im Forschungsbereich der gesamtgesellschaftlichen Integration durch mediale Repräsentation und der Asymmetrien zwischen Kommunikationswissenschaft und Migration bedeutend. Sie zeigt die Dominanz der „Integrationsfrage“ auf, die den Forschungsschwerpunkt „Migration und Medien“ bestimmt. Die Rolle der Rassismusforschung ist marginalisiert. Dem gegenüber findet eine als selbstverschuldet konzipierte Kulturalisierung und Naturalisierung gesellschaftlicher Exklusionsmechanismen statt.

Gronolds Arbeit heran setzt sich mit der Konstruktion Sozialer Realität durch mediale Diskurse und der Exklusion von Migrant*innen im medialen Raum auseinander. Gronolds Arbeit zeigt das Wirkungsausmaß inhaltlicher und sprachlicher Stigmatisierung von Migrant*innen in ihrer medialen Repräsentation. Sie befasst sich mit Performativität: damit inwiefern medial geführte Diskurse die kollektive Wahrnehmung und das kollektive Verständnis einer Gesellschaft abstecken.

Thaler behandelt in ihrer Arbeit das Thema struktureller Exklusion von Migrant*innen in den österreichischen Medien, bezogen auf das hier ebenfalls verwendete Medienportal daStandard.at. Ihre Arbeit zeigt, dass im Fall von daStandard.at mehr eine berufliche Nischenproduktion vorliegt, als dass die Schaffung der Medienplattform zur beruflichen Integration von Journalist*innen mit Migrationshintergrund in die Medienbranche beiträgt.

Herczeg wiederum konzentriert sich in ihrer Arbeit zur Exklusion von Migrant*innen in der Medienbranche an deren beruflichen Partizipation in unterschiedlichen Medien. Sie zeigt, dass nicht nur aufgrund der Gegenüberstellung von „Einheimischen“ und Migrant*innen, sondern auch zwischen den jeweiligen Herkunftsländern von Migrant*innen unterschieden wird. Ein weiterer Aspekt ihrer Forschung bezieht sich auf die vergleichende Analyse der Partizipation von Journalist*innen mit Migrationshintergrund in verschiedenen österreichischen Medien. Herczogs Forschungsprojekte befassen sich mit Themen der Inklusion vom Aspekt der Mehrsprachigkeit in den österreichischen Medien. Neben vom österreichischen Hörfunk durchgeführten Maßnahmen zu Diversität und Integrationsleistungen, steht der mediale Einbezug von Kindern mit Migrationsgeschichte in Herczogs Fokus (beispielsweise Wien durch das Etablieren von Radiosendungen). Weitere Pilotprojekte führte Herczeg an der Universität zur Bestandsaufnahme von Journalist*innen mit Migrationsgeschichte in den österreichischen Medien und der damit verbundenen Inklusion durch.

Dahlvik ist Mitarbeiterin am FH- Campus Wien. Ihre Schwerpunktsetzung bezieht sich auf

die Analyse des österreichischen Asylrechts, sowie kommunikationswissenschaftliche Fragestellungen im Bereich Massenmedien und Integration. Zusammenarbeiten zur österreichischen Migrations- und Integrationsforschung bestehen unter anderem mit dem Soziologen Christoph Reinprecht und dem Raumforscher Heinz Fassmann, welche sich auf den Bereich der Migration konzentrieren.

Weber befasst sich in ihrer Arbeit an der Universität Wien mit den österreichischen Printmedien und wie in diesen Migrant*innen dargestellt und miteinbezogen werden. Ihre Medienbeobachtung bezieht sich auf die drei meist gelesenen österreichischen Printmedien „Kronen Zeitung“, „Kurier“ und „Standard“ und beinhaltet eine Analyse der Werbeaussendung.

Zauners Forschung legt ihren Fokus darauf, inwieweit sich im Bezug auf die Medienakteur*innen, die Medienaussagen, die Medieninstitution und das Mediensystem Herausforderungen für die österreichischen Medien gebildet haben. Die Analyse, basierend auf 40 Interviews mit Chefredakteur*innen und Geschäftsführer*innen von Reichweite - starken österreichischen Medien aus Print, Radio und TV. Im Fokus steht die Partizipation von Migrant*innen in das Mediensystem und die berufliche Berichterstattung. Zauner konzipiert Massenmedien als Instanzen der gesellschaftlichen Inklusion und der sozialen Anerkennung in der österreichischen Mehrheitsgesellschaft.

Auf die zentralen wissenschaftlichen Texte und Arbeiten per se wird in *Kapitel 3.Theoretische Einbettung* genauer eingegangen.

1.3. Der Migrant*innen - Begriff

Begriffe wie „Migrant*innen“, „Inländer“, „Ausländer*innen“, „Menschen mit Migrationshintergrund“ oder „Menschen mit Migrationsgeschichte“ verändern ihre Bedeutung und Verwendung, werden politisiert und instrumentalisiert. Es gibt verschiedene Diskurse und Begrifflichkeiten zur Thematik der Migration – hegemoniale und diskriminierende, sowie relativistische und kritische. Diese Arbeit beabsichtigt keine Simplifizierung oder Homogenisierung der Inhalte mittels eingeschränkter Begrifflichkeiten. Hier wird auf deren Problematik hingewiesen: der Begriff der „Migrant*innen“ wird für intersektionale und plurale Ebenen, Kategorisierungen, Untersuchungseinheiten, gesellschaftliche und politische Konzeptionen verwendet. Diese bestehen ineinander verschränkt, werden produziert und zugeschrieben. Dementsprechend kreiert der Begriff unterschiedliche Inhalte und Bedeutungen. Darauf bezogen wird in dieser Arbeit der Begriff „Migrant*innen“ verwendet, da er maßgeblich dazu beiträgt, öffentliche Wahrnehmungen und Positionierungen zu prägen.

Problematiken der Begriffszuschreibung, wie im Fall der „Migrant*innen“ oder „Ausländer*innen“, bestehen vor allem dann, wenn es sich dabei um Außenzuschreibungen – Zuschreibungen der Adressierenden – handelt. Es sind zentrale „Betitelungen“ und Bedeutungsträger rassistischer Diskurse und Migrantismen, durch die Migrant*innen nicht selten nach dem Bild der „Einheimischen“ erfunden und perpetuiert werden (vgl. Terkessidis 2000/1). Strukturiert wird der Rassismus gegenüber Migrant*innen, auch als Migrantismen bezeichnet, durch bestehende gesellschaftliche Kategorien. Beispielsweise Kategorien wie: Geschlecht, Aussehen, Herkunft, soziales -, finanzielles -, oder Bildungskapital oder kulturellen wie religiösen Zuschreibungen (vgl. Gronold 2008: 35). Die Auswahl der Differenzierungsmerkmale variiert unbegrenzt und wird von der gesellschaftlichen Hegemonialmacht bestimmt. Mittels dieser verschiedenen Kategorien wird die homogene Gruppe der Migrant*innen konstruiert, die bestehende Heterogenitäten negiert und verschwiegen (vgl. Terkessidis 2000/2). *„Es gibt in der Realität keine einheitliche Gruppe mit dem Namen „Ausländer“. Dennoch haben die Phantome von „Wir“ und „Ihr“ eine immense Wirkkraft, weil sie in den Institutionen strukturell sichtbar gemacht werden. [...] Es geht darum, die Schaffung jener Phantome im normalen Funktionieren der Gesellschaft herauszupräparieren.“* (Terkessidis 2004: 109)

Zentral ist die Arbitrarität und Konventionalität von Kategorienbildung und Begriffszuschreibungen durch die rassistische Ideologie. Die Zuschreibung von Begriffen wie „Migrant*in“ oder „Person mit Migrationshintergrund“ – wer wann und wieso als Solche*r gesehen wird – ist in Auswahl der Begründungskriterien von extremer Arbitrarität geprägt. Sobald diese jedoch besteht, erfährt sie gesellschaftliche eine sehr hohe Konventionalität, wird selten hinterfragt und bereitwillig akzeptiert (vgl. Hall 1994/2: 138 f.). Das betrifft auch die Ebene der Beeinflussung von Identitätskonzeptionen der Adressierten (siehe *Punkt 3.1.2.*). Mit dem Hinweis auf diese Arbitrarität und Konventionalität verendet diese Arbeit den Begriff der Migrant*innen kritisch. Es ist ein heterogen gefasster und auf vielen ineinander verschränkten gesellschaftlichen Ebenen bestehender Sammelbegriff für Personen, die aufgrund von Geschichten oder Erfahrungen von geografischer Mobilität mit diesem Begriff konfrontiert werden. Mit dem Konzept des „auffälligen Elements“ zeigt Terkessidis auf, wie Kategorisierung und Klassifizierung anhand arbiträrer „Merkmale“ die Innen - und Außenwahrnehmung von Migrant*innen beeinflusst (siehe *Punkt 3.1.1.*). Das „auffällige Merkmal“ ist das hegemonial - gesellschaftlich festgelegte Merkmal zur Differenzierung und Klassifizierung von Individuen.

Wer als „Migrant*in“ wahrgenommen oder so genannt wird, steht in enger Verbindung zu den Begriffen der Integration und Assimilierung. Beispielsweise kann ein Mensch Zweiter Generation in Wien als Migrantin wahrgenommen werden (möglicherweise aufgrund optischer

14

Differenzialisierung), während eine Person kürzeren Aufenthalts in Wien nicht mit dieser Zuschreibung konfrontiert wird. (Verweis: Kapitel 4.1.)

1.4. Forschungsleitende Fragestellung

Der Analysekörper dieser Arbeit besteht aus Textquellen zum Online - Portal daStandard.at. Zeitlich umfasst der Forschungsrahmen den Raum von Artikeln aus dem Jahr 2015. Das Vorgehen zur Fallauswahl wird in Kapitel 2. *Methodik und Operationalisierung* erläutert.

Ausgangspunkt der Analyse ist die Postulierung der Plattform daStandard.at, eine destigmatisierende Wirkung bezüglich Migrant*innen mit Exklusionserfahrung zu haben.

Darauf bezogen lautet die forschungsleitende Fragestellung dieser Arbeit:

*„Wie und wodurch wird in der diskursiven Repräsentation von Migrant*innen in daStandard.at eine destigmatisierende Wirkung gegenüber exkludierten Personen sichtbar?“*

Diese Analyse im Bezug auf destigmatisierende Diskurselemente birgt gleichsam den Aspekt diskriminierender Diskursinhalte und die Fragestellung, inwieweit diese durch die Medienplattform daStandard.at reproduziert werden.

Weiterführende Fragen

Die Fragestellung und Herangehensweise an den Untersuchungsgegenstand implizieren weitere Aspekte, zu denen die Resultate dieser Arbeit Einblick geben:

- Inwieweit bestehen Diskursverschränkungen, die diskursiven Einfluss auf konnotativer und narrativer Ebene haben?
- Wo lassen sich solche Verschränkungen erkennen?
- Falls bestehend, welche Diskursstränge weisen solche Verschränkungen auf und zu welchen Effekten führt das?
- Inwieweit und mittels welcher Positionierungen der Autor*innen werden stigmatisierende und rassistische Diskursstrukturen reproduziert?
- Welche Diskurselemente innerhalb des Analysekörpers verweisen auf strukturelle Diskriminierung oder Destigmatisierung in der Gesellschaft?
- Werden im Diskurs Kausalzusammenhänge zwischen auf Migrant*innen konzentrierte rassistischen Systematiken und der medialen Repräsentation durch daStandard.at sichtbar?
- Werden soziale Realitäten beziehungsweise Bedürfnisse und strukturelle

Rahmenbedingungen in Österreich gegenübergestellt?

- Welche gesellschaftlichen Aspekte um Diskriminierung und Exklusion werden im untersuchten Analysematerial benachteiligt, welche fokussiert?
- Beinhaltet der untersuchte Diskurs Aufforderungen zu destigmatisierendem Handeln und strukturellem Wandel in der Gesellschaft?

Diese Problemstellungen und weiterführenden Themenaspekte analysiert diese Arbeit. Im Laufe des Forschungsprozesses werden sie entsprechend adaptiert oder ausgebaut. Inwiefern sie im hier gewählten Rahmen erfüllt werden, lässt sich zu Ende resümieren.

1.5. Epidemiologische und Persönliche Positionierung

Diese Arbeit behandelt die rassistische Exklusion und Kategorisierung von Migrant*innen im medialen Diskurs von daStandard.at mittels mehrerer epistemologischer Einflüsse. Dazu zählen unter anderem: Kritischer Realismus, Didaktischer Relativismus, Postkoloniale Theorie der Transdisziplinarität und Dekonstruktivismus.

Den Development Studies liegt ein hermeneutischer Ansatz zugrunde: gegenüber einem streng positivistischen, steht hier ein auf Verständnis basierter Ansatz konstruktivistischer Perspektivierung im Vordergrund. Das Verständnis der Verhältnisse zwischen gesellschaftlicher Praxis und Kontext, der Verhältnisse zwischen Struktur und Akteur zu verfeinern, ist eine Zielsetzung dieser Analyse. Diese Positionierung kann einen gewissen Grad an positivistischen Aspekten nicht ausschließen: Sie erkennt Kausalzusammenhänge im Rahmen gesellschaftlicher Kontexte an und verweist damit auf eine „Soziale Realität“, die wir täglich leben und miterleben. Diese „Soziale Realität“ ist in kontextuell und historisch spezifischen Wertvorstellungen und Kategorien, sozialen Normen und Traditionen fixiert und durch sie bedingt (vgl. Pühretmayer. 2005: 28). Bedingt, da sie aus dem stetigen Wandel durch gesellschaftliche Produktion und Reproduktion heraus existiert.

Der Schlüssel dieser epistemologischen Herangehensweise ist demnach, positivistisch gefestigte „Bezugspunkte“ als „real“ anzuerkennen, da wir sie als real erleben (ebd.). Der Schlüssel besteht darin, diese Bezugspunkte als konstruktivistisch anzuerkennen: Soziale Realität besteht dort, wo sie durch Soziales Handeln geschaffen wird. Beispielsweise beschreibt der Begriff der Performativität den Akt des Sprachhandelns, die Schaffung von Realität durch das Sprechen als deterministischem Fakt. Im Fokus des Determinismus sowie Kritischem Realismus steht die Analyse von Struktur und Handeln als dialektischem Verhältnis.

Betont werden muss, dass das ein Auszug der theoretischen Einflüsse auf diese Arbeit ist: Forscher*innen können nur angeben, was sie zu benennen und differenzieren gelernt haben und

ihnen im Rahmen subjektiver Reflexion möglich ist. Über die Möglichkeit der Gratwanderung jeder wissenschaftlichen Arbeit - der zwischen unvoreingenommener“ Forschung und der Beeinflussung durch hinzugezogene Literatur oder gestellten Vorannahmen - lässt sich gegen Ende der Arbeit resümieren.

Bezüglich persönlicher Positionierung sehe ich einen großen Einfluss meiner Herangehensweise in meiner Herkunft und gesellschaftlichen Positionierung als Mitglied der sozial gesicherten Mittelschicht eines wohlhabenden, westlich geprägten zentraleuropäischen Staats. Ein weiterer bedeutender Einfluss auf meine Wahrnehmung und Informationsrezeption stellt das Bachelor – und Masterstudium der Internationalen Entwicklung dar. Die Internationale Entwicklung an der Universität Wien repräsentiert und reproduziert in ihrer Institution und Ausbildung transdisziplinäre und gesellschaftskritische Forschung, in deren Fokus die Untersuchung von Ungleichheitsverhältnissen auf unter anderem geographischen, politischen, ökonomischen oder sozialen Ebenen steht.

Nicht zu leugnen ist der Einfluss des sozialhistorischen und – geographischen Kontext Österreichs als einem Nationalstaat mit umfassender Migrationsgeschichte, der sich politisch selbst als „Einwanderungsland“ bezeichnet. Ebenfalls ist Österreich als einem von vielen EU - Ländern mit der Intensivierung des *Population Movement Europe* und der damit verbundenen Intensivierung von Rassismus gegenüber als Migrant*innen kategorisierte Personen konfrontiert.

Damit in Zusammenhang steht meine Beeinflussung durch die Mitarbeit für die Abteilung des „International Disaster Management“ des Österreichischen Roten Kreuz, die sich 2015 hauptsächlich auf die Beobachtung, Analyse und möglichst abgestimmte Koordinierung des *Population Movement Europe* konzentriert. Diese Koordinierung besteht international primär zwischen Nationalen Rot – Kreuz – Gesellschaften entlang der Migrationsrouten, sowie national, wenn es um die Abstimmung mit österreichischen Behörden und Akteur*innen geht. Demnach steht diese Arbeit sowohl im Zentrum meines wissenschaftlichen und universitären, aber auch meines persönlichen und beruflichen Interesses.

2. Methodik und Operationalisierung

2.1. Kritische Diskursanalyse

Theoretischer Einblick: Kritische Diskursanalyse

Dieses Kapitel bietet einen Einblick zu theoretischem Ansatz, zentralen Definitionen und Konzepten, modifiziertem Vorgehen und schließlich der Durchführung von kritischen Diskursanalysen. Gleichsam folgt die Verbindung an die empirische Umsetzung in der vorliegenden Masterarbeit. Zu Beginn eine Erläuterung des Konzeptes und Walter Schichos Definition vom „Diskurs per se“:

„Diskurs ist eine gesellschaftlich erzeugte und wirksame Menge an Wissen Foucault nannte es Aussagen -, das mit einem bestimmten Gegenstand (Thema) verbunden ist. Diskurse sind die Grundlage für die Unterscheidung von Wahr und Falsch, von gültigen und nicht-gültigen Erklärungen; sie bestimmen, was in einem gegebenen Zeitpunkt und an einem gegebenen Ort sagbar und machbar ist und was nicht.“ (Schicho 2014, Hervorh. d. Verfassers)

Jeder Diskurs ein gesellschaftliches Konstrukt. Differenzierungen und Kategorisierungen werden unter diesem Aspekt untersucht. Walter Schicho erklärt, dass durch die Art der Diskursführung (in dieser Masterarbeit bezogen auf strukturelle Diskriminierung und Destigmatisierung von Migrant*innen im medialen Raum) Denk - und Wissensstrukturen in der Gesellschaft erzeugt werden (vgl. Schicho 2014: 132 - 133). Diese Wissensstrukturen basieren auf einem Repräsentationssystem aus mehreren Vorstellungen und Stereotypisierungen. Ein Bestandteil dieses Repräsentationssystems ist die Art und Weise, wie über das Thema gesprochen wird und wie betroffene Gesellschaftsgruppen dargestellt werden. Das Repräsentationssystem des Diskurses kann zu Beginn durch verschiedene Instanzen und Individuen, beispielsweise politischen Institutionen oder Öffentliche Medien inszeniert werden, besteht in der Adaption durch die breite Gesellschaft jedoch fort und erhält sich selbst (ebd.). Entscheidend ist, dass sich der Diskurs nicht rein auf Sprachverwendung und Begriffe beschränkt, kein geschlossenes System fernab äußerer Einflüsse ist. Durch sprachlich erzeugte Assoziationen wird eine Denkweise produziert (vgl. Schicho 2014: 128). *„Zu beachten ist ferner, daß [sic!] Diskursstränge auf unterschiedlichen Diskursebenen angesiedelt sind, also auf der Ebene der Politik, der Medien, des Alltags etc. Diese Diskursebenen beeinflussen einander und vermischen sich gelegentlich, etwa wenn Politiker in den Medien Interviews geben oder in einem Medium einen Gastkommentar abliefern. Es ist also [...] zu benennen, auf welcher Diskursebene der zu untersuchende Diskursstrang bzw. die zu*

18

untersuchenden Diskursstränge angesiedelt sind.“ (Jäger 2000)

Theoretische Grundlage zur Diskurskonstruktion und - Untersuchung ist Siegfried Jägers „*Kritische Diskursanalyse*“ (Jäger 1999). Jäger geht in seiner Arbeit zur Kritischen Diskursanalyse detailliert auf deren wissenschaftliche Umsetzung ein und geht auf das Zusammenwirken von gesellschaftlichen Diskursen und deren Wirkung auf die kollektive Konzeption von Wissen und Verständnis ein (ebd.). Diese Arbeit bezieht sich auf Jägers Ausführungen zur Durchführung einer kritischen Diskursanalyse. Sie sind ein wissenschaftlich etablierter Rahmen zur methodisch – analytischen Umsetzung dieser Masterarbeit. Jägers Rahmensetzung und Leitfaden ergänzen auf methodischer Ebene, was Terkessidis und Hall auf theoretischer Ebene bezüglich der Untersuchung von Diskursen erläutern. Die reflektierte Orientierung und der Miteinbezug dieser Quellen, begründet ein kritisch – analytisches Vorgehen im Rahmen dieser Arbeit.

Zur Ausarbeitung der Kritischen Diskursanalyse nach Jäger im Rahmen dieser Arbeit, bietet zudem Halls Arbeit über den rassistischen Diskurs einen thematischen Orientierungspunkt.

Exkurs: Stuart Halls Arbeit zur Untersuchung des rassistischen Diskurses

In reflektierter Heranziehung des Diskurskonzepts von Michel Foucault (laut Eigenangabe), sieht Hall den Diskurs von „Westen und Rest“ als ein Werkzeug zur Hegemonieerhaltung (vgl. Hall 1994/2: 150). Darin werden Differenzen in vereinfachter Standardisierung gemeinsam mit dafür angefertigten Untersuchungskriterien erzeugt (vgl. Hall 1994/2: 138 -140). Die Standardisierung und Differenzierung durch gesellschaftliche Stereotypen erzeugen Bedeutung (vgl. Hall 2008: 112 u. 144). In der Produktion eigener Wissens - und Denkstrukturen, erweitert Hall die Dimension der Diskursanalyse nach Foucault um die ideologische Ebene: der Diskurs von „Westen und Rest“ dient zur Bildung von Identitäten. Der entgegen geleitete Diskurs führt wiederum zur Produktion neuer Formen von Wissen. Sprache wirkt auf konnotativer Ebene und damit im Alltagsverständnis und – Handeln fort (vgl. Jäger 1999).

Vorgehen

Der Analysekorpus des Untersuchungsgegenstandes stellt sich aus Textbeispielen von daStandard.at zusammen. Die Auswahl des Analysematerials erfolgte nach inhaltlicher und narrativer Relevanz im Bezug auf die Fragestellung. Diese Textsorte bildet die Informationsquelle, die diese Arbeit mittels Kritischer Diskursanalyse nach Siegfried Jäger auf die diskursive Repräsentation von struktureller

19

Diskriminierung und Destigmatisierung im österreichischen Mediendiskurs untersucht (vgl. Jäger 1999). Der Fokus der Analyse liegt auf den Fakten und Narrativen, die auf der Plattform vermittelt werden. Da die Debatte um Migration und diesbezüglich gesellschaftliche zirkulierende Rassismen in den Medien aktuell sehr stark vertreten ist, existiert ausreichendes Datenmaterial. Bezüglich einer breitest – möglichen Datenerfassung des Analysekorpus erfolgte die Untersuchung der Plattform daStandard.at ohne vorweg festgelegte Kategorien. Diskursive Codierungen und Kategorisierungen zeigten sich im Analyseprozess und vertiefender Materialaufarbeitung. Im Laufe der Analyse habe ich mich auf inhaltliche Rubriken zu Themen von Asyl, Flucht, Migration, Integration, Diversität oder Multikulturalität beschränkt. In diesen Bereichen fand ich die prägnantesten Informationen zur Beantwortung meiner Fragestellung vor.

Umsetzung nach Siegfried Jäger

In dieser Masterarbeit ist Jägers Arbeit zur praktischen Durchführung zur Kritischen Diskursanalyse zentraler Bestandteil der durchgeführten Operationalisierung (vgl. Duisburger Institut für Sprach - und Sozialforschung 222). Erster Arbeitsschritt ist hierbei die Abklärung und Einteilung in Kategorien zur Verortung des Diskursstranges, infolge dessen die Differenzierung diskursiver Ober - und Unterthemen, wie inner - und extradiskursiver Diskurselemente (ebd.). Jägers Arbeit ist aufgrund ihrer Verlässlichkeit und ihres praktischen Zugangs eine hilfreiche Referenz.

Adaption zum Untersuchungsgegenstand (ebd.):

Untersuchung: Sonstiger Diskurs (Mediendiskurs)

Corpus: österreichisches Online - Portal daStandard.at.

Form und Struktur des Diskursstranges: Artikel

Diskursfragmente: Fakten und Narrative

innerdiskursiv:

WAS: Destigmatisierung

WIE: sprachliche und inhaltliche Diskurselemente

Beispielsweise: Multikulturalität, Humanisierung, Humanität, Ökonomisierung, Bezug auf Universalität der Menschenrechte oder der Universalität religiöser Prinzipien der Menschlichkeit; direktes Adressieren und Erörtern von bestehender Diskriminierung.

extradiskursiv

WER: Autor*innen des daStandard

WANN (diachron - historischer Schnitt): Artikel von 2016

WO: Fokusthemen des „daStandard.at“ in Überschneidung mit destigmatisierenden Diskurssträngen

Oberthemen des Diskursstranges: Migration, Asyl, Integration, Multikulturalität

Unterthemen des Diskursstranges: Sprache, Kultur, Geographische Herkunft, Religiosität, Optisches Aussehen. „Integration“, Gesellschaftliche Wert - und Normvorstellungen, Stigmatisierung, Diskriminierung.

Diskursebene: transnationaler Raum des Online - Portals, begrenzt auf den deutschen Sprachraum

Diskursposition (Eigenpositionierung der Plattform): liberal, tolerant, apolitisch.

2.2. Qualitative Interviews

Zur Beantwortung der Forschungsfrage dieser Arbeit wurden qualitativ, in Form von offenen semi - strukturierten Interviews, Daten erhoben. Qualitative Forschung hat den Anspruch „Lebenswelten“ zu erforschen und will dazu beitragen soziale Wirklichkeiten besser zu verstehen (Flick 2004: 14). Ihr liegt ein hermeneutischer Ansatz zur Rekonstruktion sozialer Handlung und Bedeutungszusammenhängen zugrunde. Im Vordergrund steht Strukturen, Deutungsmuster und Prozesse realer Lebenswelten herauszuarbeiten und Erkenntnis über diese zu erlangen, ohne sich auf die persönlichen Erkenntnisse der subjektiver Eigenwahrnehmung zu reduzieren. „*Das Erkenntnisprinzip qualitativer Forschung ist auch eher das verstehen von komplexen Zusammenhängen als die Erklärung durch die Isolierung einer einzelnen (z.b. Ursache – Wirkungs-) Beziehung.*“ (Flick 2004: 15) In ihrer wissenschaftstheoretischen Perspektive umfasst das Konzept qualitativer Forschung nach Uwe Flick dabei drei theoretische Hauptstränge: symbolischen Interaktionismus, Konstruktivismus und Strukturalismus (vgl. Flick 2004: 18). Die Forschungspraxis orientiert sich am Prinzip der Offenheit, wobei Methoden und Forschungstaktiken sich entsprechend dem Gegenstand anpassen, anstatt sich auf eine Einheitsmethode festzulegen. Im Fokus steht die Konstruktion sozialer Wirklichkeit aus Perspektive der Beteiligten und ihrer kontextuellen Gebundenheit durch Fallanalysen (vgl. Flick 2004: 24).

Diese stehen für einen zyklischen Forschungsprozess, mit dem man „offen“ in das Forschungsfeld geht ohne vorher kategorisch Einschränkungen festzulegen (vgl. Dannecker; Voßmer 2014: 155). Die hierfür verwendete Methode im Rahmen qualitativer Forschung ist das Offene, semistrukturierte Interview, genauer gesagt das Leitfadeninterview. Dabei wird trotz vorbestimmter inhaltlicher und Erkenntnis - orientierter Strukturen das Interview dahingehend flexibel gestaltet, dass Forscher*innen sich entsprechend der Interviewsituation und ihren Interviewpartner*innen

entsprechend anpassen. *„Dem Erkenntnisinteresse entsprechend ist den unterschiedlichen Formen des qualitativen Interviews gemeinsam, dass sie – wenn auch in variierendem Ausmaß – einen relativ offenen, an der/dem jeweiligen Interview orientierten Verlauf anstreben. Auch sogenannte semistrukturierte Formen wie das Leitfadeninterview sind daher trotz vorstrukturierter Themenblöcke oder Fragen letztlich flexibel gestaltet, indem die Themenfolge, Frageformulierung und die Zeiteinteilung an die konkrete Interviewsituation und die Interviewten angepasst wird.“* (Dannecker; Voßmer 2014: 154) Zur Kontextualisierung der Plattform ist diese Form der Gesprächsführung geeignet, um aufgrund der Prozesshaftigkeit der Forschung ein weiteres Spektrum an Erkenntnissen zu gewinnen. Bestimmte Kategorien, Gruppen oder Situationen werden nicht im Vorhinein ausgeschlossen.

Zur Verortung der Online - Plattform daStandard.at in den österreichischen Medien wurden drei Qualitative offene Interviews mit zwei ehemaligen Mitarbeiter*innen und der Chefredakteurin von daStandard.at durchgeführt. Olivera Stajic, Jelena Gucanin sowie Timur Rusen Aksak sind Journalist*innen die mitunter durch die gesellschaftlichen Kategorie der Migrantin konzipiert werden (vgl. geführte Interviews 2015). Zugang zu den befragten Personen erhielt ich durch Kontaktdaten der Online - Plattform und der Weitervermittlung durch Olivera Stajic. (Transkripte der Interviews: siehe Annexe) Datenerhebung und Datenanalyse liefen parallel ab. Da die Interviews nicht Analysegegenstand dieser Arbeit ist, wurde auf eine standardisierte Transkription verzichtet (ebd).

Forschungsethik

Die Durchführung von Interviews impliziert eine Trennung zwischen Forscherin und jenen Personen, die als „Forschungsobjekte“ untersucht werden. Dieser Prozess bedeutet eine passive und aktive Mitarbeit ausgewählter Personen, ohne die diese Arbeit nicht entstehen und bestehen kann. Es muss betont werden, dass diesen Personen bis zu einem gewissen Grad das Recht der Mitbestimmung im Forschungsprozess abgesprochen wird, ebenso der Einblick in den Forschungsprozess (Dannecker; Voßmer 2014: 171). Dem entgegen steht die Annahme eines veränderten Datenmaterials, wären Interviewpartner*innen offen und aktiv mit einbezogen. Ein kritischer Punkt ist dabei die Verwendung sprachlicher Phrasen und Verortungen, die eine Art Bündnis zwischen Interviewerin und Interviewpartnerin erzeugen. Einerseits wirken diese erzähl - generierend und erhalten den narrativen Redefluss, andererseits prägen sie durch die subjektive Positionierung der interviewenden Person das Gespräch hinsichtlich Perspektivierung und Verständnis der Rezipient*innen. *„In der Literatur ist umstritten, ob und inwieweit Interviewende ihren GesprächspartnerInnen schützende Bündnisse anbieten sollen, beispielsweise durch*

22

Äußerungen wie „das war bei mir damals genau so“ oder „das hätte mich auch sehr belastet“. Wenn die Gefahr besteht, dass die Erzählenden in der Interviewsituation in eine Opferrolle gebracht werden, beispielsweise wenn Unterdrückungs- oder Diskriminierungserlebnisse thematisiert werden, kann eine Signalisierung geteilter Erfahrungshorizonte ermächtigend wirken und eine offene Erzählhaltung unterstützen [...] aber auch einschränken können.“ (Dannecker; Voßmer 2014: 171)

Vertraulichkeit

Alle Interviewteilnehmer*innen willigten im Voraus zur Aufzeichnung und Transkription der geführten Gespräche ein. Es wurde ebenso darauf hingewiesen, dass sie das Interview jederzeit unterbrechen und abbrechen können oder Fragen nicht zu beantworten. Die Interviewpartner*innen sind mit der Verwendung des Datenmaterials im Rahmen dieser Masterarbeit einverstanden. Ihnen wurden die Skripten der durchgeführten Interviews vorgelegt, um die Option auf Anonymität zu bieten. Jene Aussagen, welche die Interviewpartner*innen nicht unter Namen zur Verfügung stellen möchten, werden daher in dieser Arbeit als anonym angegeben.

3. Theoretische Einbettung

Intersektionalität

Zentral für die se Arbeit zur Untersuchung von gesellschaftlichen Kategorien und In - wie Exklusionsmechanismen, ist das Paradigma der Intersektionalität, das sämtliche gesellschaftlichen Kategorien als verwoben und wechselwirkend anerkennt. Gesellschaftlicher Diskurs und Soziale Realität repräsentieren und konstruieren sich im Prozess der Performativität. Dieses Verhältnis zu untersuchen bedeutet, die Wirkung und den Einfluss gesellschaftlicher Kategorisierungen und anzuerkennen. Gesellschaftliche Kategorien wie Migrant*innen, „Ausländer“ oder „Einheimische“ können in ihrer Wechselwirkung und Wirkungsweise kritisch und dekonstruktivistisch analysiert werden (vgl. Pühretmayer 2005: 28 ff.). Das Paradigma der Intersektionalität ist infolge entscheidend für den Forschungsprozess dieser Arbeit. Das wissenschaftliche Paradigma der Intersektionalität ist eng mit dem des Transnationalismus verbunden. Entstehen translokale Netzwerke und Prozesse, werden durch diese wiederum translokale Räume sozialer Interaktion geschaffen (vgl. Pries 2008/1:13). Wie der Transnationalismus auf lokale Pluralitäten verweist, analysiert das Paradigma der Intersektionalität die Wechselwirkung und Multidimensionalität sozialer Positionierungen, die eine Person inne hat (vgl. Anthias 2011: 210).

Soziale Positionierungen durch Gesellschaftskategorien wie „Rasse“, „Geschlecht“, „Ethnizität“ oder „Nationalität“ schaffen in ihrer Verwobenheit unterschiedliche Verhältnisse von Differenz oder Ungleichheit (vgl. Klappeer 2014: 55). Verhältnisse, die durch verschiedene Kategorisierungen auf verschiedenen „Achsen“ der Ungleichheit und Diskriminierung stattfindend (ebd.). Das Paradigma der Intersektionalität plädiert dafür, die komplexen Zusammenhänge sozialer Kategorien anzuerkennen und zu berücksichtigen (ebd.). Dadurch wird der ursprünglich US - amerikanische Theorieansatz von Mehrfach - oder Doppeldiskriminierungen durch mehrere Kategorien problematisiert. *„Konkret bedeutet ein solcher interkategorialer Anspruch also, dass eben nicht davon auszugehen ist, dass die Kategorie „Geschlecht“ beispielsweise auf die Kategorie „Rasse“ trifft und diese „Überscheidung“ zu einer „doppelten Diskriminierung“ führt, sondern dass [diese Personen] anderen strukturellen Positionierungen und Diskriminierungen unterliegen, die wiederum ganz spezifische Zwänge, Normen, Formen der Identifikation oder eben Privilegien und Freiräume produzieren.“* (Klappeer 2014: 65) Ebenso wenig ein Anspruch darauf, automatische Verbundenheiten von Gesellschaftskategorien und Diskriminierungen anzunehmen: *„However these categories are socially constructed and we should not assume that finding particular characteristics within these categories mean[s] that there is some casual relationship between the outcomes and the nature of the categories themselves.“* (Anthias 2011: 214) Kontextualität hat eine

24

hohe Bedeutung: verschiedene gesellschaftliche Positionierungen sind klassifiziert, bestimmen Diskriminierung oder Dominanz. Diese Kategorien sind jedoch an Ort und Zeit gebunden, verändern und entwickeln sich kontinuierlich (vgl. Anthias 2011: 211) *„Insofern können „Intersektionalitäten“ in jeweils unterschiedlichen Kontexten unterschiedliches bedeuten, unterschiedlich gelesen werden und somit auch unterschiedliche Positionierungen bedingen.“* (Klapeer 2014: 63)

Das Auflösen naturalisierter Strukturkategorien wie „Ethnie“ oder „Ausländer“ impliziert eine konstruktivistische und postkoloniale Kritik - Konzepte wie „doing gender“ oder „doing difference“ als soziale Praxen (vgl. Klapeer 2014: 64). *„Identitäten und Subjektivitäten werden darin stets als fragmentarisch, instabil, vorläufig und kontextgebunden – d.h. Auch intertextuell – gelesen und gefasst [...]“* (ebd.) Wissenschaftliche Erkenntnisse und Wissen (Schaften) werden somit anhand ihrer geschichtlichen oder geopolitischen Verankerung auf machtpolitische Prägung untersucht (vgl. Anthias 2011: 214). Intersektionalität erfordert eine Berücksichtigung der ständigen Veränderung und Dynamik sozialer Kategorien und dahingehend auch die Reflexion der eigenen, kontextuell bedingten, Forschungsperspektive (vgl. Klapeer 2014: 59).

3.1. Rassismusforschung

Theoretischer Kernpunkt dieser Analyse zur Destigmatisierung wie Exklusion von Migrant*innen im medialen Diskurs, ist die Rassismusforschung. Für die vorliegende Arbeit sind die Ansätze und Arbeiten von Stuart Hall und Mark Terkessidis zentral. Beide befassen sich mit der Ideologie des Rassismus und ihrer Wirkung in der Diskriminierung und Differenzierung von Migrant*innen.

Hall und Terkessidis sind hier aus mehreren Gründen von Bedeutung. Ihre Arbeit behandelt die Ideologie des Rassismus auf gesamtgesellschaftlicher Ebene - von struktureller Segregation auf legislativer Ebene, bis hin zu persönlichen Identitätskonzeptionen von Individuen.

Hall zeigt ebenfalls die Kontinuität medialer Realitätsvermittlung und die Rolle der Massenmedien, wenn es um die Kreation des gesellschaftlichen Diskurses und Wissenskonsens geht. Beide analysieren in ihrer Forschung soziale Exklusion und gehen unter anderem auf den Aspekt der Performativität und die Wirkung rassistischer Diskurse ein. Zur Untersuchung von Rassismus und rassistischen Diskursen bieten ihre Arbeiten analytische Tools an. Terkessidis konzeptionalisiert ein Model zur „Inventarisierung“ des rassistischen Systems, indem er rassistische Praxis, rassistische Situationen und den kollektiven Gesellschaftsdiskurs vergleichend analysiert (vgl. Terkessidis 2004).

Hall bietet in der Darlegung des Prozesses des ein einschlägiges Untersuchungstool, das ebenso die Einzelheiten rassistische Prozesse definiert. Seine Arbeit zu den Diskursen um Rassismus und Identität, kulturelle Identität und Ethnizität für diese Arbeit ein bedeutender Eckpunkt. Hall zeigt in der historisch – gesellschaftlichen Kontextualisierung des rassistischen Diskurses, inwieweit das Konzept in seiner Funktionalität und Systematik ahistorisch besteht und anpassen lässt (vgl. Hall 1994/2). Hall und Terkessidis Arbeiten bieten nachweislich bewährte Konzepte, an denen sich diese Masterarbeit orientiert. In reflektierter und kritisch hinterfragter Handhabung, stellen ihre Konzepte einen Ausgangspunkt zur vorliegenden Analyse dar. Die Anlehnung und Berücksichtigung ihrer Ausführungen ist für diese Forschungsarbeit zur Exklusion von Migrant*innen unverzichtbar. Zumal, da Hall und Terkessidis in ihrer Untersuchung mitunter abweichender sozialhistorischer, politischer und geographischer Gesellschaftskontexte behandeln und dabei die Linearität der rassistischen Systematik aufzeigen. Da im hier vorliegenden Forschungsrahmen die Frage nach destigmatisierenden Mechanismen und Prozessen gestellt ist, sind Alana Lentins Arbeiten zu Antirassistischen Bewegungen in Europa eine zentrale Quelle, um Übergänge, Diskrepanzen und Oppositionierungen von rassistischem und antirassistischem Handeln zu erkennen.

Der folgende Abschnitt bietet einen Einblick in die hierfür zentralen Thesen und Konzeptionalisierungen.

Mark Terkessidis

Mark Terkessidis Arbeiten richten sich auf die tägliche Erfahrung des Othering von Migrant*innen in Deutschland (Definition von Othering siehe: *Punkt 3.3.1. Systematik und Funktion*). Terkessidis analysiert, wie im sozialhistorischen und politischen Rahmen des heutigen Deutschland Rassismus als Apparat wirkt, der Menschen mittels verschiedener Kategorisierungen systematisch zu „Fremden“ macht (vgl. Terkessidis 1999 – 2012).

Eine zentrale Rolle spielt *„Die Banalität des Rassismus. Migrantinnen zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive.“* (vgl. Terkessidis 2004). Der Titel erläutert, mit welcher Perspektive und welchem Fokus Terkessidis auf Prozesse und Systeme von „Ausländerfeindlichkeit“ und der Trennung zwischen „Einheimischen“ und „Ausländern“ herangeht: *„Tatsächlich haben nur ganz wenige „Ausländer“ in diesem Land Erfahrung mit Gewalt oder Extremismus, aber die meisten kennen die kleinen, banalen Ausgrenzungserlebnisse. Und es sind diese Erlebnisse, die in ihrer Serialität einen Unterschied markieren und die Menschen erst zu „Fremden“ oder „Ausländern“ machen.“* (Terkessidis 2004: 10, Hervorh. d. Verf.) Terkessidis beschreibt inwieweit Rassismus als eine Ausnahme in der Gesellschaft wahrgenommen und meist mit rechtsextremistischer Handlungen oder Kriminalität in Verbindung gesetzt wird (vgl. Terkessidis 2004: 9). In der Gesellschaft legitimiert die Zuweisung von Grenzen, wie den Grenzen

zwischen „Inländern“ und „Ausländern“ soziale Schließungen. Als primären institutionellen Exklusionsbereich nennt er den Arbeitsmarkt, in dem Migrant*innen meist auf sekundären Sektor und prekäre Anstellungsverhältnisse verwiesen werden (vgl. Terkessidis 2004: 101). Es handelt sich um eine institutionelle Praxis sozialer Schließung gegenüber „Ausländer*innen“, von denen die gesellschaftliche Kategorie der „Einheimischen“ profitiert (ebd.) Besonders deutlich wird diese Praxis anhand der Staatsbürgerschaft: *„Die Schließung auf dem Arbeitsmarkt wurde auf Ebene der Staatsangehörigkeit wiederholt: Die Arbeitsmigranten wurden als „Ausländer“ institutionalisiert, sie blieben auf einen anderen Ort verwiesen. Diese Verweisung verlieh der Ungleichheit der Migranten etwas Selbstverständliches.“* (Terkessidis 2004: 102). In dem Werk stellt Terkessidis auch sein Konzept zur Analyse rassistischer Situationen vor, das er als „Das Inventar der rassistischen Situationen“ in vier Handlungsstufen von Diskriminierung gliedert (vgl. Terkessidis 2004: 131 ff.). Kapitel 3.3. „Rassismus“ geht näher auf dieses Konzept ein.

Stuart Hall

Großen Einfluss auf diese Arbeit hat das Werk des Soziologen Stuart Hall. Hall wird oft als einer der Begründer und Hauptvertreter der Cultural Studies angegeben, für mich zentral ist er für die Auseinandersetzung und das Verständnis von Rassismus. Er konzeptioniert Rassismus als Ideologie - als soziale Praxis zur gesellschaftlichen Strukturierung mittels rassistischer Wissens - und Wissenschaftsproduktion (vgl. Hall 1989). In seinen Arbeiten entwirft Hall zentrale gesellschaftskritische Konzepte hegemonialer Ungleichheitsverhältnisse, wie das des Othering oder der Artikulation, auf die Kapitel 3.2. Rassismus näher eingeht.

Hier von primärer Bedeutung ist Halls *„Rassismus und Kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften“* (vgl. Hall 1994/1). Hall bietet eine prägnante Analyse zur Theoretisierung und praktischen Umsetzung von Rassismus, sowie dessen formale Veränderung im Rahmen des Cultural Turn, der sich auf neue soziale Kategorien wie Ethnizität, Kultur, Herkunft, Nationalstaaten oder Religion bezieht (vgl. Hall 1994/1). Hall setzt sich mit epistemologischen Prozessen und deren sozialer Prägung auseinander. Er geht auf die Produktion von Wissen und Wissenschaft, orientiert an Foucaults Diskursverständnis.

Einen Grundstein zum Verständnis dieser Thematik legt *„Diskurs und Macht. Der Westen und der Rest“* (vgl. Hall 1994/1). Halls Konzeption der Diskursanalyse legt für mich den Grundstein zum Verständnis der Funktionsweise von hegemonialen Diskursen: Er beschreibt sie als Konzepte, die als Repräsentationssysteme klassifizierende Denk - und Wissensstrukturen in Bewegung setzen (vgl. Hall 1994/1: 112 u. 144). Der Rassistische Diskurs nach Hall liefert einen Standard, gleichzeitig dessen Untersuchungskriterien und funktioniert als Ideologie. Durch die erzeugte Denk - und Sprechweise werden Identitäten gebildet (ebd.).

3.1.1. Systematik und Funktion

Wie in der Einleitung erwähnt, behandelt diese Arbeit Rassismus als Ideologie und Apparat, dem in Systematik und Funktion ein zentraler Aufbau inne ist, der bezüglich gesellschaftlicher Kontexte sehr wandelbar und anpassungsfähig ist (vgl. Terkessidis 2004: 10). Die Funktion des Konzepts von Rassismus beschreibt Hall auf verschiedenen Ebenen, denen der ideologische Diskurs zentral ist: durch ihn werden klassifizierende Denk -, Sprach - und Wissensstrukturen produziert und reproduziert, die den Aufbau und Erhalt des Apparats sichern (vgl. Hall 1994/1: 138 f.).

Hall beschreibt in seiner Darlegung *„Rassismus als ideologischer Diskurs“* wie anhand der Differenzierung von gewissen Merkmalen und Typisierungen ein *„rassistisches Klassifikationssystem“* konstruiert wird, das Inklusion und Exklusion von bestimmten materiellen und symbolischen Ressourcen sichert (vgl. Hall 1989: 913 ff.). Prinzipiell basiert dieses Klassifikationssystem auf dem Prozess des Othering: gesellschaftliche Gruppen von „Wir“ und den „Anderen“ werden konstruiert und identifiziert (ebd.). Diese binäre Opposition, ein ursprünglich sprachwissenschaftliches Konzept von Ferdinand de Saussure wird im Diskurs um Migration zu „Inländern“ und „Ausländern“. Hall bezieht sich auf das Diskursverständnis von Michel Foucault, welches das Konzept der binären Opposition beinhaltet, dass das Bewusstsein und Selbstbild gesellschaftlicher Gruppen nur aufeinander bezogen und im Vergleich zueinander existiert (vgl. Foucault 1991: 15 f.). Mittels binärer Opposition werden Gesellschaftsgruppen institutionell in homogene Kollektive gefasst (vgl. Hall 1994/1: 138 ff.). Dieses Repräsentationssystem gesellschaftlicher Kategorien und Gruppen liefert einen Standard – ein Vergleichsmodell, an dem alle Gesellschaftsgruppen gemessen werden (ebd.). Rassistische Kategorien der Kolonialzeit bezogen sich stets auf das Bild des Westeuropäers. Kategorisierungen von Migrant*innen beziehen sich stets auf die Konstruktion des „Inländers“. Diese Idealtypen funktionieren intersektional und beinhalten gleichzeitig andere Kategorien wie Geschlecht, Gender, oder lokalen Herkunftszuschreibungen (vgl. Terkessidis 2004: 22). Diese Kategorien werden anhand festgelegter und vorgefertigter Untersuchungskriterien wie Aussehen, Sprache, Religion, Kultur oder Migrationsgeschichte identifiziert (vgl. Hall 1994/1: 138 f.).

Dieser Prozess des Othering, dem die Konstruktion und Identifikation von vorgefertigten Gesellschaftskategorien zugrunde liegt, ist ein prägnanter Ausgangspunkt, um die Funktion der Ideologie des Rassismus zu erkennen. Hall beschreibt Rassismus nicht bloß als ideologisch, sondern auch auf institutioneller Ebene (vgl. Davis 2004: 165). Handelte es sich rein um Wissen und Ideen, so argumentiert er, könnte man diese schlichtweg durch Meinungsänderungen auflösen. Tatsächlich stratifizieren und prägen Institutionen die Gesellschaft - sie konstruieren und regulieren den Sozialen Raum der Gesellschaft (ebd.). *„[...] [i]deology functions as a kind of social cement. It holds together the society and the different conflicting elements within it. However it does not*

necessarily invert the reality of those lived social relations. Rather it mediates those relations so that they appear to be a different kind of relation.“ (Davis 2004: 79) Rassistische Diskurse haben in ihrer Prägung der Wahrnehmung und des Verstehens Sozialer Realität materielle Auswirkungen auf das Individuum: *„Discourses are material in the sense that they emanate from specific classes or social relations and they have material consequences because they mobilize support for some actions and suppress others.“* (Davis 2004: 165) Hier zeigt er erneut die Verbindung zur Performativität, zum Sprachhandeln, das sich auf die Produktion von Wissen und gesellschaftlichem Konsens bezieht. Rassistisches Wissen basiert auf und legitimiert die Zuweisung von Grenzen als Prozess Sozialer Schließung (vgl. Terkessidis 2004: 107). Der gesellschaftliche Wissensbestand von Rassismus wird durch tägliche Praxis gefestigt und erhalten. Schlüssel hierbei ist die Übereinstimmung auf institutioneller Ebene – beispielsweise der Staatsbürgerschaft oder Aufenthaltsregelungen - die den Lebensraum des Individuums betreffen. Mittels dieser Grenzregelungen wird gesellschaftliche Zugehörigkeit sichtbar gemacht und wird als neutraler, allgemein gültiger Sachverhalt wahrgenommen (vgl. Terkessidis 2004: 101). *„Das rassistische Wissen ist deshalb so beharrlich und einleuchtend, weil es in einer Praxis „gelebt“ wird und mit sozialen Gegebenheiten überein stimmt. Insofern ist rassistisches Wissen nicht „Vorurteil“ und auch nicht „falsches Bewusstsein“ [...] [sondern] vielmehr die institutionelle Praxis, die Ungleichheit erzeugt und dieses Wissen „beherbergt“.* (Terkessidis 2004: 108 - 109, Hervorh. d. Verf.) Überdeckt wird die laufende gesellschaftliche Diskussion um Zugehörigkeit von dem Diskurs kultureller Diversität (vgl. Terkessidis 2004: 177). Die Konzeption kultureller Diversität wird dazu genutzt, laufend Abgrenzungen vorzunehmen und strukturelle Diskriminierung zu legitimieren. Die kontinuierliche Differenzierung von Migrant*innen wird nicht auf der Ebene struktureller Diskriminierung adressiert, sondern immer wieder auf den Punkt der Identität von Migrant*innen geführt. *„[...] generell für ein Problem, dass die Positionierungen der Migranten in den meisten Fällen unter dem Aspekt der „Identität“ verhandelt werden, und nicht unter dem Aspekt der strukturellen Bedingungen, welche die Grenzen [...] aufrichten.* (177) Die Legitimation und naturalisierte Argumentation exkludierender Diskurse um Migrant*innen, wird dabei in verschiedenen Diskurssträngen und deren Verschränkungen sichtbar: beispielsweise mittels dem Zusammenführen von Migrant*innen und gesellschaftlicher Bedrohung. Einer der bestehenden Kernpunkte ist hierbei die Kriminalisierung von Migrant*innen aufgrund arbiträrer gesellschaftlicher Kategorien, wie der religiösen Orientierung oder dem Konzept der Integration: *„[The discourse of security] is linked to the purported threat posed by the new ‘illegal’ immigration [...] and to the perceived failure of a third generation of ‘old immigrants’ to integrate into the European societies which nevertheless are its only homes. [...] The criminalisation of immigration and the demonisation of Islam is welded together by the overriding vocabulary of security that rejects the opening of the borders of both states and city centers [...]*“ (Lentin 2004: 6)

Zur Analyse der rassistischen Praxis bietet Terkessidis dafür ein Konzept, das „Inventar rassistischer Situationen“ (vgl. Terkessidis 2004). Das Konzept basiert auf der Analyse persönlicher Erfahrungen deutscher Migrant*innen der „Zweiten Generation“ und ist in fünf Stufen gliedert: Die Entfremdung, die Verweisung, die Entantwortung, Entgleichung und die Spekularisierung. Es handelt sich bei deren Konzeptionalisierungen um Idealtypen, die stark ineinander übergehen.

Exkurs: Das Inventar rassistischer Situationen, Mark Terkessidis

1. Die „Entfremdung“ (vgl. Terkessidis 2004: 179)

Die Stufe der Entfremdung beschreibt, dass sich Personen mit dem Erlebnis des Othering nicht als „anders“ empfinden, bis sie mittels eines „sichtbaren Elements“ Abgrenzung erfahren. Um die soziale Schließung gegenüber Migrant*innen zu rechtfertigen, bestimmt die hegemoniale Gesellschaftsschicht (optische, kulturelle, sprachliche) Differenzierungsmerkmale, die auf das Identitätsverständnis der Adressierten einwirkt (vgl. Fanon 2008: 149). Sie werden mit einem Gefühl laufender „Entfremdung“ konfrontiert (vgl. Terkessidis 2004: 179). Terkessidis betont, dass dieses durch Aktion geschaffen wird, produziert von der hegemonialen Gesellschaftsschicht oder postulierten Mehrheitsgesellschaft der „Inländer“. Seine Interviewpartner*innen geben bestimmte Erlebnisse an, in denen sie dieses Gefühl der „Andersheit“ erstmals, meist in der frühen Kindheit, erlebten. *„Wichtig dabei ist noch einmal die Feststellung, dass die interviewten Personen sich vor der Markierung nicht als „anders“ empfunden hatten. Es gibt keine vorgängige Differenz, sondern einen anhaltenden Prozess der Differenzierung, den die Betreffenden auch selbst betreiben, wenn sie beginnen, auf die „Entfremdung“ zu antworten.“* (Terkessidis 2004: 179) Folgend wird eine Beeinflussung der Identität vorgenommen, indem gewisse Eigenschaften an das Individuum geknüpft werden (vgl. Terkessidis 2004: 191). Personen werden mit Charakter – oder kulturbezogenen Homogenisierungen verknüpft und immer im Zusammenhang mit diesen wahrgenommen. Durch die laufende Konfrontation und Identifizierung auf Basis des „auffälligen Merkmals“ wird das Identitätsverständnis von Migrant*innen verändert. Mit dem Verweis auf das „auffällige“ Element geht auf die hegemoniale Konstruktion von Differenzierungsmerkmalen ein und zeigt wie diese reproduziert werden (vgl. Hall 1994/1: 138 f.; vgl. Fanon 2008: 149). *„Wenn man ständig mit jenen Zuschreibungen konfrontiert wird und diese zumeist auch bewertet werden [...] ist es kaum verwunderlich, dass Personen sich teilweise oder ganz mit den ihnen zugeschriebenen Eigenschaften identifizieren. [...] Der weiße Blick ist stets präsent.“* (Terkessidis 2004: 192; Verweis auf Fanon 2008)

2. Die Verweisung

Die Transportation von Migrant*innen an einen anderen Ort ist ein nie abgeschlossener Prozess, der das Individuum symbolisch aus einem „Wir“ ausschließt (vgl. Terkessidis 2004: 180 f.). Perpetuiert wird sie durch simpel scheinende Fragen wie: „Woher kommen Sie?“ oder „Sie sprechen aber gut Deutsch!“ (ebd.). Das Individuum wird laufend mit lokaler Exklusion und der Verweisung an einen „anderen“ externen Ort konfrontiert. Terkessidis hebt deren Präsenz für den deutschsprachigen Raum hervor: *„Ich denke dass man im internationalen Vergleich behaupten kann, dass der Exklusionsgrad der Entfremdung und der Verweisung höher ist als in anderen westlichen Einwanderungsländern. Zum Ersten scheint die Entfremdung und Verweisung nie beendet zu sein.“* (Terkessidis 2004: 185)

3. Die Entantwortung

Mit diesem Schritt werden Individuen der Verantwortung über ihr Handeln und ihrer Positionierungen entzogen. An die Entfremdung und Verweisung gebunden, werden homogenisierende und bevormundende Eigenschaften an das Individuum gebunden (vgl. Terkessidis 2004: 186). Es wird nicht mit, sondern über die Person gesprochen (vgl. Terkessidis 2004: 187). Beispielsweise durch „südländisches Temperament“ oder muslimisch bestimmtes Patriarchat werden indem „exotische Qualitäten“ mit persönlichem Agieren verknüpft. *„Die Entantwortungen sind oft monoton. Allerdings weisen sie eine gewisse Vielgestaltigkeit im Bezug auf die unterschiedlichen Gruppen von „Ausländern“ auf. [...] [Z]udem, dass die Zuschreibungen oft mit dem Geschlecht zu tun haben [...]“* (Terkessidis 2004: 186) Solche Gespräche mit Einheimischen zwingen Migranten dazu, sich angesichts der Entantwortung zu positionieren. Dabei gibt es zum einen die Möglichkeit, sich dem „Wir“ der „Ausländer“ zu entziehen und sich als etwas anderes zu definieren. *„Dem Individuum wird die Verantwortung über Handlungen entzogen und einer homogenisierten Gruppe von „Südländern“ etc. zugewiesen, womit es seiner Möglichkeit einer Antwort beraubt wird.“* (Terkessidis 2004: 186).

4. Die Entgleichung

Die vorgenommene Differenzierung beinhaltet meist ein Defizit, das das Individuum gegenüber der „Inländergesellschaft“ denunziert und ihm eine Gleichstellung verweigert (vgl. Terkessidis 2004: 195). Das Defizit ist ebenso arbiträr und gegenstandslos wie die Zuweisung des „auffälligen Elements“: *„Die Unterstellung funktioniert im Übrigen sogar dann, wenn das angebliche Defizit nicht einmal im Ansatz vorhanden ist [...]“* (Terkessidis 2004: 195) Die Verweigte Ungleichheit zeigt der Person, dass sie gegenüber dem „Einheimischen“ keine gleichwertige Konkurrenz bedeutet und sich erst durch die Aneignung bestimmter Fähigkeiten oder Loslösung vom „auffälligen Element“ auf ebenbürtige Stufe bringen müssen, bevor sie als gleichwertig

wahrgenommen werden können (ebd.). „Die Personen nichtdeutscher Herkunft sehen sich eben gezwungen, zunächst einmal die Prozesse der Entgleichung auszugleichen, bevor sie in die Normalität“ der Konkurrenz eintreten können.“ (Terkessidis 2004: 197) Prägnant sind hierbei Verweise auf Kleidungsstile oder sprachliche Merkmale: „Du lerne erst einmal Deutsch!“ ist eine Phrase, die in Konfliktsituationen mit Migrant*innen laufend fällt.

5. Die Spekularisierung

Spekularisierung ist der Prozess, mit dem das Individuum zum Spiegel einer homogenisierten und exkludierten Gruppe gemacht wird, die „anders“ ist und „andere“ Eigenschaften inne hat (vgl. Terkessidis 2004: 199 f.). Migrant*innen wie das hegemoniale Subjekt des „Einheimischen“ basieren auf dieser Oppositionierung und der Spekulation, um sich selbst definieren zu können (ebd.). Das Auseinanderklaffen der Selbst – und Außenwahrnehmung als Vertreterin einer bestimmten Gruppe, entzieht dem determinierten Individuum seine Subjektivität. „Potentiell kann es jedem passieren, dass die Art und Weise, wie er von anderen gesehen wird, mit jener kollidiert, wie er sich selbst sieht. [...] Der weit höhere, weil gesellschaftlicher Organisationsgrad [gesellschaftlicher Bilder] der spezifischen Objektivierung macht im Fall [von „Ausländern“] die Erfahrung der Diskrepanz tendenziell kollektiv und seriell.“ (Terkessidis 2004: 198) Es findet ein laufender Prozess der Differenzierung statt, in der die Individualität auf die Identität einer imaginären Gesellschaftsgruppe transferiert wird (vgl. Terkessidis 2004: 198). Der Prozess der Spekularisierung kann nicht abgeblockt, nur durch multiple Handlungen darauf reagiert werden: „Die Antwortmöglichkeiten sind unendlich: Manche bestehen auf ihre Individualität, etliche bewerten die Differenz neu und erfinden neue kulturelle Praxen, manche wiederum suchen sich eigene Spekularisationsobjekte. [...] Die meisten Erwiderungen sind zudem mehrwertig.“ (Terkessidis 2004: 201)

Quelle: Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus. MigrantInnen zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld: Transcript Verlag.

Um den Rassismus als Ideologie und institutionelle Praxis aufzulösen fordert Hall eine Auflösung des Konzepts binärer Opposition, da dieses eine Reproduktion des Konzepts von Othering beinhalten würde (vgl. Davis 2004: 174). Die Praxis des Anti - Rassismus darf sich nicht den gleichen diskursiven Paradigmen unterwerfen: zielführend ist nicht „anti - weiß“ zu wirken, sondern das Bewusstsein von dialogischen und intersektionalen Gesellschaftsverhältnisse und Populärkulturen zu verbreiten (ebd.). „Hall refuses the comfortable and traditional ideas of binary oppositions; black versus white, high culture versus low culture, incorporation versus marginalization. His vision of popular culture, and black popular culture is no exception, is a space

with many competing voices and many varieties of discursive strategies and identities.“ (Davis 2004: 167)

3.1.2. Einfluss auf Identitätskonzeptionen

Die Ideologie des Rassismus ist in ihrer Beeinflussung von Zugang zu verschiedenen Ressourcen und Kapitalien materiell und legt soziale Positionierungen fest. Auf institutioneller Ebene und jener der Wissensproduktion beeinflusst sie gesellschaftlichen Konsens sowie die Wahrnehmung und Erstellung sozialer Realitäten. Eine weitere ideologische Wirkungsebene ist in Folge die der Identitätskonzeption. In ihrer Funktion der Kategorisierung und Klassifizierung anhand arbiträrer „Merkmale“ wird die Innen - und Außenwahrnehmung von Migrant*innen entsprechend verändert. Hier möchte ich ein Konzept zum Verständnis der Beeinflussung von Identitätskonzeptionen von Frantz Fanon vorstellen. In dieser Arbeit ist das Konzept von großer Bedeutung und zeigt prägnant, in welchem Ausmaß der Apparat Rassismus exkludierte Personen prägt.

Exkurs: „Der weiße Blick“, Frantz Fanon

In seinem Buch „Schwarze Haut, Weiße Masken von 1952 widmet sich Fanon der Beeinflussung von Selbstbildern, die durch die Gegenüberstellung von gesellschaftlichen Gruppen entsteht. Das Bild der „Weißen“ und der „Anderen“, der „Inländer“ und „Ausländer“ existiert nur in dieser Alterität selbst: erst entlang imaginärer Grenzen und Kategorien, können diese Bilder wie in einer Spiegelfunktion wirken.

Seine Arbeit fokussiert sich auf den kolonialen Rassismus und der damit verbundenen Konstruktion von Identitäten, die er als Produkt des kolonialen und „weißen“ Bildungssystems beschreibt. Daher besteht in der Gegenüberstellung keine Gleichberechtigung, was Fanon als Teufelskreis beschreibt: Durch die hegemoniale Position des „Weißen“ kann dieser bestimmen, was anerkannt werden sollte – wodurch das „schwarze Subjekt“ das „weiße“ anerkennt. Der „Weiße“ denunziert das „Andere“ jedoch als unterlegen. Um sich gleichzustellen und in der Gesellschaft anerkannt werden zu können, ist der „Andere“ gezwungen, sich eine „weiße Maske“ aufzusetzen – beispielsweise Sprache und Gewohnheiten anzupassen. „*The white man is desperately trying to achieve the rank of man*“ (xiii) [...] *There is but one destiny for the black man. And it is white.*“ (Fanon 2008: xiii u. 202) Durch diesen Versuch der Kompensation, wird die hegemoniale Position des „Weißen“ immer wieder anerkannt und fortgeführt (ebd.)

Die Konzeption der „Anderen“ bleibt nicht ohne Einfluss auf das Selbstbild jener „Anderen“ und wird Bestandteil der eigenen Wahrnehmung. Die wiederholte Konfrontation und Bewertung mit zugeschriebenen Eigenschaften führt dazu, dass Personen diese Zuschreibung in unterschiedlichem Ausmaß annehmen oder sich sogar durch diese identifizieren (vgl. Fanon 2008: 149). Das „schwarze Subjekt“ wird also zur Konstruktion der „Weißen“, basierend auf Mythen Stereotypen wie darwinistisch konzipierter Unterlegenheit oder Sklaverei (vgl. Fanon 2008: 92). Die dafür notwendigen Merkmale und Eigenschaften sind ebenfalls stets Konstruktion der Hegemonialmacht. „*The black man is a toy in the white man's hands. [...] The white man will always be able to find a specious argument: shameful, dubious, and thus doubly effective.* ” (Fanon 2008: 119 u. 149)

Fanon beschreibt, dass es in Folge zu einem psycho - existentialen Komplex des unterdrückten Individuums kommt, das nur durch die Aufhebung dieser Alterität, der Spiegelung, gelöst werden kann (vgl. Fanon 2008: xvi). Er ruft mit „*Schwarze Haut, Weiße Masken*“ zur Selbstbefreiung des „schwarzen Subjekts“ auf, indem es die geschichtlichen Zuschreibungen als Konstruktionen anerkennt und sich von diesen befreit (vgl. Fanon 2008: 205). Er plädiert dafür, eigene Identitätskonzeptionen zu schaffen: „*Each must move away from the inhuman voices of their respective ancestors so that a genuine communication can be born.*“ (Fanon 2008: 206)

3.1.3. Rassistisches Handeln: Weder Zufall noch Einzelfall

Rassistisches Handeln gegenüber besteht nicht aus separaten Zufällen. Rassistische Praxis kann allein nicht einzelnen Personen und Situationen zugewiesen werden, man kann sie nicht als persönliches Verschulden und als in der Verantwortung einzelner Personen liegend verorten, die rassistisch agieren und von rassistischer Praxis adressiert sind. Die Praxis besteht in der rassistischen Ideologie, die in Österreich gegenüber Migrant*innen politisch und institutionell gefestigt ist (vgl. Terkessidis 2004: 101 - 102). In der Exklusion und Diskriminierung von Migrant*innen besteht ein klares Muster rassistischer Prozesse. Diese Prozesse können wir uns gleich einem festgelegtem Programm der praktischen Umsetzung rassistischer Ideologie vorstellen, das unabhängig von sozial – historischen Kontexten gleich abläuft. Rassistisches Handeln basiert weder auf Zufällen noch persönlichen Einzelfällen: die Wechselwirkung zwischen exkludierenden politischen und staatlichen Institutionen muss ebenso dem gesellschaftlichen Kontext und differenzierenden Diskurs der österreichischen Gesellschaft zugewiesen werden. Der zivilgesellschaftliche öffentliche Diskurs greift jedoch auf genau diese Mittel zurück: In der Schuldzuweisung an Einzelpersonen und der Gebundenheit an Zufällen und bestimmte Situationen, wird von der rassistischen Ideologie und deren Manifestationen abgelenkt, die politisch und institutionell verankert sind (vgl. Gronold 2009: 31 ff.). Terkessidis beschreibt das Wissen über

diesen inhaltlichen Verweis als „Wissen über die Prozesshaftigkeit der rassistischen Praxis“ (vgl. Terkessidis 2004: 9 f.). Der Wissensstand verschiedener Personen über die „Prozesshaftigkeit rassistischer Praxis“ eröffnet eine weitere Kontroverse. Nicht selten werden Migrant*innen oder Personen, die mit Diskriminierung und Rassismus konfrontiert werden, vertieftes Wissen über die Systematik rassistischer gesellschaftlicher Prozesse zugeschrieben. Rassismus zu erfahren bedeutet aber nicht automatisch, mit der Funktion und Ideologie des Rassismus vertraut zu sein (vgl. Terkessidis 2004: 115). Diese Vorannahme wird von vielen empirischen Forschungen zur Diskriminierung impliziert. „[...] [i]ch möchte aber eben nicht den Fehler vieler empirischer Untersuchungen wiederholen, die ich oben kritisiert habe – den nämlich, die Befragten den Gegenstand definieren zu lassen. Angesichts der Probleme, welche die deutsche Gesellschaft mit dem Thema Rassismus hat, und auch angesichts der immensen Begriffsverwirrung in der wissenschaftlichen Literatur, kann ich kaum von den Betroffenen erwarten, dass ausgerechnet sie nun explizite Vorstellungen vom Gegenstand haben.“ (ebd.) Ein Wissenstransfer über die Umsetzung und Festigung rassistischer Ideologie erfordert neben kohärenter und systematischer Forschung auch kommunikativen Transfer, wie intergenerationalen Austausch zum Umgang mit gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen oder eine gemeinsame Sprache, um rassistische Strukturen und Handeln gegenüber Migrant*innen auf einer gemeinsamen Verständnis-ebene adressieren und analysieren zu können (vgl. Terkessidis 2004: 203). Diese mangelnde gemeinsame Verständnis-ebene und systematisch geteiltes Wissen über die rassistische Ideologie und deren Manifestationen, wie es beispielsweise in den anti - rassistischen Bewegungen der USA oder Großbritanniens der Fall ist, macht es schwierig, Situationen von Rassismus gegenüber Migrant*innen als solche aufzuzeigen. „Die herrschende Wahrnehmung, dass Rassismus sich nur in Gewalt und Extremismus äußere, die Disqualifikation der Erlebnisse der Betroffenen sowie das Fehlen einer Sprache, die rassistischen Begebenheiten einzuordnen hilft, hat bei vielen [...] dazu geführt, dass sie krasse Fälle von Diskriminierung oft nicht als solche benennen können.“ (Terkessidis 2004: 208) Von Diskriminierung adressierten Personen können zudem durch die täglichen kleinen Ausgrenzungserlebnisse, die nicht in das Verständnis von extremistischer Gewalt fallen, diese mit der Zeit praktisch als selbstverständlich sehen (siehe 3.2.3..Identität) (vgl. Terkessidis 2004: 116). Situationen struktureller Ungleichheit werden als Vorurteile, Stereotype oder Ungerechtigkeit auf persönlicher Ebene erkannt, der Vorwurf des Rassismus wird in diesen Situationen nur selten geäußert (vgl. Terkessidis 2004: 207). Werden Rassismus, „Fremdenfeindlichkeit“ oder Diskriminierung adressiert, fallen diese meist auf die Adressanden selbst zurück: „Der Vorwurf der „Fremdenfeindlichkeit“, der Diskriminierung oder des Rassismus verletzt [...] das positive Selbstbild der Einheimischen. Daher setzt er gewöhnlich Abwehrreaktionen in Gang. So werden die Deutungen der Migranten als „überempfindlich“, zu subjektiv oder gar als Beleidigung disqualifiziert.“ (Terkessidis 2004: 117) In dieser

verharmlosenden Relativierung rassistischer Ideologie, die politisch und institutionell im Alltag gefestigt ist, wird das Wissen über Rassismus selbst zu einer Art zweitrangigen Wissens: Während Diskriminierungen mit Bezug auf gesellschaftlich produzierten Konsens legitimiert werden, verlieren Vorwürfe von Rassismus ihre Gültigkeit. Ihnen wird unterstellt, dass sie „zu subjektiv“, „zu persönlich“ sind, während der gesellschaftliche Usus als neutral wahrgenommen wird. *„Dieser Mangel an Sprache ist Teil der Disqualifikation des „Wissens über Rassismus“. Dass die Migranten keine gemeinsame Sprache besitzen, um ein Problem anzusprechen, verringert für die hegemoniale Gruppe die Wahrscheinlichkeit von Konflikten erheblich. [...] [Es handelt] sich beim Wissen über Rassismus um eine „unterworfenen Wissensart“ [...] - um ein Wissen also, dass sehr oft unter dem Druck der Disqualifikation steht.“* (Terkessidis 2004: 204 u. 124) Rassismus schließt alle Mitglieder der Gesellschaft ein. Je nach sozialer Positionierung und Kategorisierungen, kontextuell differierend, entscheidet sich ob Personen von Rassismus betroffen sind, oder nicht (vgl. Terkessidis 2004: 207).

Terkessidis Arbeiten gehen auf die verschiedenen Formen und Ebenen des Wissens zu Rassismus ein. Kritik übt er an der hiesigen Rassismusforschung: Im Vergleich zu anderen „Einwanderungsländer“, womit er sich unter anderem auf die USA und Kanada bezieht, sieht er die Rassismusforschung in Deutschland unzusammenhängend und situativ organisiert, angekurbelt durch Ereignisse, die nicht in derartig intensiver Relation zu den Alltagserlebnissen von „Ausländer*innen“ stehen. Ebenfalls große Mängel sieht er im Prozess der Forschungsumsetzung und – Organisation. *„[Rassismusforschung] in Deutschland ist theoretisch inkohärent und methodisch fragwürdig. Geforscht wird [...] immer dann, wenn sich in der Gesellschaft Gewalt oder Extremismus zeigt.“* (Terkessidis 2004: 9) Gleiche Tendenzen sind in der deutschen Gesellschaft erkennbar: eine Auseinandersetzung mit der Thematik Rassismus – eine Erweiterung des Wissens über Rassismus - findet anlassbezogen und sporadisch statt (vgl. Terkessidis 2004: 203). Sie findet in Resonanz zur medialen Berichterstattung statt, die gleichsam das gesellschaftliche Bild von „Inländern“ und „Ausländern“ konzipiert.

3.1.4. Das „Statement on Race“ der UNESCO*: Ein geschlossener Diskurs über differenzierende Begriffe

*(vgl. UNESCO 1969)

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges und angesichts der Schoah, dem Völkermord an den in Europa lebenden Juden und Jüdinnen durch die Nationalsozialisten, begann ein von der UNESCO initiiertes Diskurs unter ausgewählten Wissenschaftler*innen, die sich mit den Begrifflichkeiten der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus auseinandersetzten (vgl. Lentin 2004: 10 f.). Da die

fatale Ideologie des Nationalsozialismus auf dem Begriff der Rasse basierte, versuchte man einen diskursiven Anti - Rassismus als Opponent institutionell zu entwickelnd und dem Rassismus entgegenzustellen (ebd). Beabsichtigt wurde damit, Maßnahmen zum Verhindern zukünftiger ähnlicher Katastrophen zu schaffen (vgl. UNESCO 1969: 17 f.). Angestrebt wurde eine Sicherung der universalen Menschenrechte, die über sozial – historischen oder politischen Kontexten stehen sollte. Dies sollte durch das Auflösen des Diskurses und der Verständnisse von „Rasse“ geschehen. „[The] „majoritarian’ discourse of anti-racism established itself as the defender of the humanist principles of European public political culture, and in so doing worked to exclude an anti-racism grounded in the recognition of ‘difference’ and against an ideology of color-blindness and meritocracy. Anti-racism (re)emerged in the early postwar era, primarily in reaction to the horrors of the Nazi genocide, to construct itself not only in opposition to racism but as ‘an alternative interpretation of political discourse’. [...] ‘race’ has been successfully theorized beyond the realm of the state and politics.” (Anthias Lloyd zitiert nach nach Lentin, Lentin 2004: 10 f.).

Alana Lentin beschreibt die in der Nachkriegszeit startenden Prozesse als ein „institutionalisiertes Projekt“, dominiert von der UNESCO“ (vgl. Lentin 2004: 20). Sie beschreibt dass die Kategorie „Rasse“ und der gesellschaftliche Diskurs um gesellschaftliche Differenzierung dadurch aber kein Ende fand, sondern mittels anderer gesellschaftlicher Kategorien wie Ethnien und Kultur ahistorisch fortgesetzt wurde (vgl. Hall 1994/2: 20 f.). *“In other words, the intellectual tools used in the development of an ontology of racism and are crucial to determining the positioning of a form of anti-racist discourse. [...] By replacing pernicious ‘race’ with a perennial cultural diversity, the so-called UNESCO tradition (Begriff nach Barker Martin) seeks to explain the differences that exist between human groups.”* (Lentin 2004: 74) Differenz wird erneut zu einer institutionellen und theoretisierten Konstruktion, die sich auf Nationalitäten, Kulturen, Religionen, geographische Orte und Sprachen bezieht (vgl. Lentin 2004: 73). Die hegemoniale Ideologie bleibt in ihrer Systematik und Funktion unangetastet. *[...] the anti-racism which emerges in the post-war period as a project of the international institutions, principally UNESCO, and subscribed to by the European states, does not propose a relationship between racism and the nation-state. By introducing alternative explanations of human difference, notably ‘culture’, this form of hegemonic anti-racism ‘marginalizes the role played of modern states in Europe in racism’s development.’* (Lentin 2004: 20) Der Prozess des Cultural Turn ist wichtig, um auf Migrant*innen bezogene Rassismen zu erkennen und verstehen (vgl. Hall 1994/1). Terkessidis benennt den fortwährenden Prozess als die *“seltsame Fortsetzung der kolonialen Situation im Prozess der Migration”*, in dem Differenz innerhalb kultureller Identitäten angesiedelt wird (vgl. Terkessidis 2001). Die Fortsetzung bestehender Hegemonien und In -/ Exklusionen wird anhand neuer Kategorien fortgeführt und gerechtfertigt. Der Cultural Turn beschreibt diesen Wechsel im Bezug auf kulturelle Identitäten, in

dieser Arbeit zentral ist der Wechsel im Bezug auf Nationalitäten und die Verweisung an andere Orte. Wichtig ist hierbei anzumerken, dass die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppierung wie die der Migrant*innen (ob nach generationellen, kulturellen oder auf Mobilität bezogenen Differenzierungsmerkmalen) kein Garant dafür ist, dass:

- betreffende Personen exkludiert werden,
- aufgrund dieser Zuschreibung exkludiert werden,

oder in gleicher Art und gleichem Ausmaß diskriminiert werden (vgl. Terkessidis 2004: 121, 200)

Was diesem Ansatz fehlt, ist die Analyse der Verbindung von “Rasse” und staatlichen Institutionen. Rassismus wird als ein Apparat behandelt, der ausschließlich auf den kolonialen Staat bezogen ist. *“[The UNESCO tradition] fail to account for the relationship between ‘race’ and state. the UNESCO Statement recognizes the racism of colonialism, but proceeds as if such ‘conditions’ were established in the absence of the deliberate actions of the expansionist state”* (Lentin 2004: 76) Kulturelle Geschichte wird in dieser Theoretisierung zum Instrument rassistischer Wissenschaft, da eine Theoretisierung der Hierarchien zwischen “Rassen” auf “Kulturen” und “Ethnizitäten” projiziert wird (ebd.). Da eine biologische Differenzierung der “Anderen” wissenschaftlich nicht länger legitimiert werden kann, beziehen sich gesellschaftliche Positionierungen auf historische, kulturelle und politische Kategorien (vgl. Hall 1994/2: 20 u. 202). *„Die Festschreibung „der Migrantin“ zu einer sozial schwachen, passiven, „unterentwickelten“ [Person] verlangte nach einer stabilen, unwandelbaren Identität, und diese wurde meistens in der „Kultur“ und „Tradition“ gefunden. Das Fremde sollte in seiner „Kultur“ festgeschrieben und die kulturellen Traditionen, aus denen Migrantinnen kamen, als Gegensatz zur „Moderne“ konstruiert werden.“* (Korun 2012, Hervorh. d. Verf.) Mit dieser Repräsentation durch eine alternative Codierung können Nation und “Rasse” wieder verknüpft werden (vgl. Hall 1994/2: 207).

Die institutionelle Festigung der Differenzierung von Migrant*innen findet beispielsweise durch Staatsbürgerschaft statt. Gesellschaftliche Gruppen werden dadurch objektiviert und sichtbar gemacht. “Ausländer” und “Inländer” werden mit der Entstehung der Nationalstaaten konstituiert (vgl. Terkessidis 2004: 22). *“Die Staatsbürgerschaft regelt nicht nur abstrakt und formal die Mitgliedschaft, sie transportiert auch eine bestimmte Definition des Insiders. [...] [B]eruhete die Definition des Insiders zum Zeitpunkt der Masseneinwanderung auf dem Kriterium der Abstammung („ius sanguinis“), was „Gastarbeiter“ prinzipiell von der Zugehörigkeit ausschloss.”* (Terkessidis 2004: 102).

Wie in *Punkt 2.3.2.* beschrieben, nimmt die rassistische Ideologie Einfluss auf Identitätskonzeptionen, die sich an kulturelle und nationalstaatliche Kategorisierungen anpassen. Durch “kulturellen Rassismus” re - identifizieren sich exkludierte Gruppen mit Herkunftskulturen,

kulturelle Traditionalismen (die systematische Instrumentalisierung von Traditionen für politische Strategien) und Gegenidentitäten zur “einheimischen Hegemonialgruppe” sind Folge davon. *“Die Stärkung lokaler Identitäten kann als heftige Verteidigungsreaktion der Mitglieder einer herrschenden ethnischen Gruppe angesehen werden, die sich durch die Präsenz anderer Kulturen angegriffen fühlen. [...] Begründet wird dies oft mit einem, wie ich es vorher nannte, “kulturellen Rassismus, der in der Legitimierung politischer Parteien der Rechten und Linken, sowie in extremistischeren Bewegungen in ganz Europa deutlich zum Ausdruck kommt. [...] Dies ist häufig mit einer strategischen Rückkehr zu defensiveren Identitäten in den Gemeinschaften der Minderheiten [...] begleitet. Solche Strategien beinhalten Re - identifikation mit der Herkunftskultur [...] die Konstruktion stärkerer Gegenidentitäten [...] oder dem Wiederaufbau eines kulturellen Traditionalismus, religiöser Orthodoxie und eines politischen Separatismus in einigen Teilen der Gemeinschaft [...]”* (Hall 1994/2: 216)

3.2. Transnationalisierung

Das Konzept der Transnationalisierung ist für diese Arbeit bedeutend, da ich den medialen Diskurs des daStandard.at als transnationalen Prozess von Kommunikation und Informationsaustausch sehe, dessen Wirken nicht vollends von nationalstaatlichen Grenzen abhängt. Wenn auch nur bedingt, da die Plattform nur auf Deutsch zugänglich und im österreichischen Mediendiskurs verortet ist. Das Konzept der Transnationalisierung ist eine Metapher aus den Mobility Studies sich mit dem „Mobility Turn“ (Definition seit 2006) auf die Untersuchung von Phänomenen wie Migrations – oder Grenzziehungsprozessen konzentriert (vgl. Sheller; Urry 2004: 208). Zentral ist die Untersuchung von Formen der Mobilität, nicht der Gründe, die dazu führen. Grundlegend ist dafür das Verständnis von lokalen Pluralitäten: *„The mobile paradigm indeed emphasizes that all places are tied into at least thin networks of connections that stretch beyond each such place and mean that nowhere can be an island” [...] multiple interacting mobilities have long been significant.* (Sheller; Urry 2004: 209)

Räume werden als transnational verstanden, indem man sie als nationalstaatliche Territorialgrenzen überschreitend konstituiert. Auch wenn im Begriff „Transnationalität“ auf die Analyseeinheit von Nationalstaaten verwiesen wird, werden diese Räume nicht ausschließlich durch nationalstaatlichen Grenzen definiert. Chris Rumford kritisiert dabei eine mangelnde Beschäftigung der Mobility Studies mit Grenzen und argumentiert, dass Mobilitäten nur durch Grenzkonzepte zu neuen Raumlogiken führen können (vgl. Rumford 2006: 157). Da Grenzen maßgeblich soziale Konzeptionen beeinflussen, müssen sie in Analysen von Mobilitäten mit einbezogen werden. *„Theorizing borders also involves an attempt to understand the nature of the social. [...] borders*

have been contextualized by the idea of the network, which shaped much current thinking on society, particularly under the influence of globalization theory.” (Rumford 2006: 155) Nationen bleiben als Bezugspunkte bestehen, schränken jedoch nur bedingt ein (vgl. Pries 2008/1: 12). Nach Konzeption von Ludger Pries: „[...] *transnational und Transnationalisierung werden hier als grenzüberschreitende Phänomene verstanden, die – lokal verankert in verschiedenen Nationalgesellschaften - relativ dauerhafte und dichte soziale Beziehungen, soziale Netzwerke oder Sozialräume konstituieren.*“ (Pries 2008/1:13) Soziale, politische und persönliche Räume können nicht geschlossen behandelt werden, sondern bestehen ineinander verschränkt. Sie basieren auf einer mobilen Raumlogik, die:

- 1.: von der Sesshaftigkeit als Norm und Normalem absieht.
- 2.: Transnationale Räume müssen deswegen nicht geographisch mobil sein (vgl. Sheller; Urry 2004: 211).

Online - Netzwerke oder Services wie „Skype“ bergen das Potential der Führung transnationaler Beziehungen - eines transnationalen Sozialraums (ebd.) Das Online - Magazin daStandard.at ist transnationaler Kommunikationsraum: die Möglichkeit der Gestaltung des Mediendiskurses und der Austausch in Blogs oder Foren beeinflusst den Alltag und die Lebenswelt der Akteur*innen (vgl. Pries 2008/1:30). Der Transnationaler Raum geht über die Dichotomisierung der Klassischen Raumlogik von Herkunftsland und Zielland hinaus (ebd.). Internetbasierte Räume per se können wegen globaler Zugänglichkeit ebenfalls als transnationaler Raum gesehen werden, jedoch würde ich daStandard.at hier als bedingt a - territorialen Kontaktraum einordnen, weil die Website nur auf Deutsch zugänglich ist.

Der Mobility Turn führt zu einer Erforschung der Methoden per se, da er den Fokus der Mobility Studies auf die Wahrnehmung von Orten über Mobilität legt (vgl. Büscher, Urry 2009: 105).

Die methodologische Forderung ist, das Paradigma der Sesshaftigkeit aufzuheben und anzuerkennen, dass räumlich dauerhaft lokalisierte Kategorien soziale Formationen sind (vgl. Büscher; Urry 2009: 100 - 102). Diese sozialen Formationen entstehen in Grenzziehungsprozessen und werden durch Forschung konstituiert. Bezüglich der Untersuchung von Migrationsprozessen werden Herkunfts- - und Zielländer meist voneinander getrennt. Migration wird beispielsweise in der klassischen Kartografie wie durch das International Center for Migration Policy Development (ICMPD) als ein Prozess dargestellt, der sich außerhalb des Ziellandes abspielt und wie eine Belagerung dargestellt wird (vgl. Büscher; Urry 2009: 109 f.). Diese diskursive Reproduktion von Migrationsflüssen als gewaltvollen, unkontrollierbaren Prozessen soll durch neue Untersuchungseinheiten und – Perspektiven entgegengewirkt werden. „*We argue that the mobilities turn folds analysis into the empirical in ways that open up new ways of understanding the relationship between theory, observation, and engagement. It engenders new kinds of research-able*

entities and a new or rediscovered realm of the empirical, and it opens up new avenues for critiques.“ (Büscher, Urry 2009: 100)

3.3. Medienforschung

Zur Untersuchung bestehender Exklusionsmechanismen von Migrant*innen in den österreichischen Medien wird bezieht sich diese Arbeit zusätzlich auf einige Arbeiten aus der Medienforschung. Hierauf wird zurückgegriffen, um den vergleichsweise geringen Forschungsstand zur Thematik der Exklusion in den Medien zu erweitern. Dabei im Fokus stehen die in Kapitel 1.2. erwähnten Autor*innen Assimina Gouma, Daniela Gronold, Selina Thaler und Petra Herczeg.

Die zentralen Texte für diese Arbeit sind folgende:

„Zwischen Medienghettos und Integrationsimperativ“, Assimina Gouma (Gouma 2010)

Goumas Arbeit geht darauf ein, dass das Thema „Migration und Medien“ zu jener Zeit in der österreichischen Medienforschung auftauchte, da sich angeworbene Gastarbeiter*innen entgegen politischer Erwartungen und Pläne in Österreich niederließen und die Phase des Familiennachzuges begann. (Details zur österreichischen Geschichte der Gastarbeit folgen in Kapitel 4.2. *„Kontextualisierung: Österreich und die Gastarbeit“*) Der damals geführte gesellschaftliche und mediale Diskurs finden zu dieser Zeit unter der Dominanz der Integrationsfrage statt. Diese diskursive Prägung wirkt sich infolge auch auf die Perspektivierung der Medienforschung aus: Im Fokus steht die binäre Oppositionierung von „Mehrheitsgesellschaft“ und jenem Teil der Gesellschaft, dessen defizitäre Positionierung durch Integrationsmaßnahmen ausgeglichen werden muss (vgl. Gouma 2010). Es wird das Integrationsparadigma reproduziert, das ein Prinzip individueller Verantwortung erzeugt, die allein auf Seite der Migrant*innen besteht. Die bestehenden sozialen Ungleichheiten und gesellschaftlichen Konflikte werden nicht, wie nahe liegend, im Bezug auf die Rassismusforschung analysiert. Die Aspekte der Rassismusforschung werden bei der Untersuchung der Exklusion von Migrant*innen nicht berücksichtigt oder einbezogen (ebd.). Stattdessen werden soziale Ungleichheiten kulturalisiert und normalisiert.

„Wer denkt an die Opfer?“, Daniela Gronold (Gronold 2008)

Gronold geht mit dieser Arbeit dezidiert darauf ein, welche Assoziationen in Denken und Wahrnehmung durch den gezielten Einsatz von stigmatisierenden sprachlichen und inhaltlichen Mustern entstehen und welche Folgen sie für die bezeichnete Gruppe haben. Sie analysiert die Repräsentation von tschetschenischen Migrant*innen in Österreich, basierend auf der Untersuchung zweier österreichischer regionaler Tageszeitungen: der *“Kleine(n) Zeitung”* und der *“Neue(n)*

Kärntner Tageszeitung“. Zentral ist die Inszenierung von Täter - und Opferrollen im Bezug auf Geschlechterpositionierungen, sowie die Konzeption einer Verbindung von Migration und Bedrohung, die sich im Kollektiven Gedächtnis und der Konzeption Sozialer Realität der Medienkonsument*innen zeigt.

„Man kommt nur rein, wenn man schon drinnen ist. Eine Bestandsaufnahme der beruflichen Integration von JournalistInnen mit Migrationshintergrund in der daStandard.at – Redaktion“
Selina Thaler (Thaler 2014)

Dem Thema struktureller Exklusion von Migrant*innen im österreichischen M widmet Selina Thaler ihre Arbeit: Thaler behandelt in ihrer Analyse ebenfalls das hier verwendete Medienportal daStandard.at. Thaler geht der Frage nach, inwieweit die Schaffung dieses Medialen Raumes zur beruflichen Integration von Journalist*innen mit Migrationshintergrund beiträgt und welche Folgen daraus entstehen. Gegenüber der beruflichen Integration zeigt sich hier der Prozess von Nischenproduktion. Bewirkt wird mehr die Integration von Migrant*innen in bestehende Strukturen, denn dem Aufbrechen und der Beeinflussung ebendieser.

„Geschlossene Gesellschaft: Über Diversität in den Medien, Journalismus und Migration“,
Petra Herczeg (Herczeg 2012)

Diese Arbeit Herczogs im Rahmen der Statistik Austria bezieht sich auf die Analyse verschiedener Online -, Print - und Audiomedien und stellt den unterrepräsentierten Anteil von Journalist*innen mit konzipiertem Migrationshintergrund im Vergleich zur Österreichischen Gesamtbevölkerung dar (vgl. Statistik Austria 2012). Die quantitative Datenauswertung zeigt, dass die Repräsentation von Journalist*innen verschiedener lokaler Kontexte ebenfalls stark zwischen den jeweiligen Medien und unterschiedlichen Herkunftsländern variiert. So sind Migrant*innen in jungen und alternativ eingeordneten Medien wie FM4, Der Falter oder Puls4 stärker vertreten, als in lang bestehenden Großraummedien wie dem ORF, dem Kurier oder Die Presse (ebd.). Bezüglich lokaler Kontexte sind Journalist*innen deutscher Herkunft stark präsent. Dem entgegengesetzt ist die allgemeine Unterrepräsentation von Migrant*innen aus außer - und osteuropäischen, vor allem serbischen und türkischen, Kontexten. *„JournalistInnen mit türkischem und ex-jugoslawischem Migrationshintergrund sind in Österreichs Mainstream-Medien in Relation zum Anteil an der Gesamtbevölkerung sichtlich unterrepräsentiert. RedakteurInnen mit deutschem Background sind hingegen überrepräsentiert und scheinen gefragt: Mehr als die Hälfte der befragten Redaktionen beschäftigt mindestens eine Person mit deutschen Wurzeln.“* (vgl. Statistik Austria 2012).

4. Untersuchungsgegenstand

4.1. Das Online – Portal daStandard.at

Untersuchungsgegenstand im Rahmen dieser Analyse ist das Portal daStandard.at. Die Plattform wurde mit der inzwischen vom Portal entfernten Betitlung „*von Migrant*innen für Migrant*innen*“ gegründet und wirkt als Plattform von Informationsverbreitung und persönlichem Austausch. Die Aufmerksamkeit der Autor*innen und Leser*innen richtet sich dabei auf Migrant*innen (ebd.). Themenschwerpunkte und Perspektivierung der Berichterstattung fokussieren ebenfalls Migration und Lebensbereiche von Migrant*innen (vgl. daStandard 2014/15).

Für einen vertieften Einblick in die Strukturen und Entstehungsgeschichte der Plattform daStandard.at wurden im Rahmen dieser Arbeit qualitative Interviews geführt. Es handelt sich um Offene, genauer gesagt: semistrukturale Leitfadeninterviews. Für Details zu Vorgehen und Konzeptualisierung siehe Kapitel 2.2. „Qualitative Interviews“.

Entstehung und Aufbau des Portals?

Die Idee zur Plattform daStandard.at entstand mit Herbst 2009 unter der damaligen Online - Chefredakteur*innen Gerlinde Hinterleitner und Klaus Weinmaier (vgl. Illhardt 2015). Olivera Stajic war von Beginn an bei der Mitgestaltung an Konzept und Projekt beteiligt und wurde bei der Gründung am 15. Februar 2010 als eigenständiges Ressort von DerStandard zur Chefredakteurin der Plattform (ebd.). Ziel des Projekts war die Förderung von Nachwuchsjournalisten mit Migrationshintergrund, weswegen ausschließlich Migrant*innen eingestellt wurden. „*Gerlinde Hinterleitner, die ehemalige Chefredakteurin von derStandard.at, wollte die Diversität der österreichischen Gesellschaft in der Berichterstattung und in der Zusammensetzung der Redaktion abbilden. [...] Diese Redakteure [mit Migrationshintergrund] sollten über unsere Plattform den Weg in den Beruf finden. daStandard.at war als Sprungbrett, als Türöffner gedacht.*“ (Illhardt 2015). Stajic war für Textproduktion, Koordination und Kommunikation mit der DerStandard – Redaktion zuständig und blieb durchgehend, ausgenommen ihrer Zeit in Mutterschutz von August bis November 2014, in dieser Position (vgl. Thaler 2014: 18).

Abgesehen von Stajic bestand die Redaktion aus freien Mitarbeiter*innen, meist sechs bis acht Personen, die im Laufe der Jahre wechselten und sich einmal pro Woche zu einer Redaktionssitzung trafen (vgl. Interview mit Olivera Stajic 2016). Bezüglich der Themenauswahl lag die Wahlfreiheit

ganz auf Seiten der Journalist*innen und fasste einen breiten thematischen Rahmen. „*Was die Themen anbelangt, orientieren wir uns nicht daran, was zurzeit Migrations- und Integrationspolitik diskutiert wird. Meine Autoren schreiben ausschließlich über das, was sie interessiert. Eine daStandard - Blattlinie haben wir nicht.*“ (Illhardt 2015) Vorwiegend entschieden sich die Journalist*innen für den des gelebten Alltags von Migrant*innen in Österreich, um die gesellschaftliche Zusammensetzung und deren laufende Veränderung aufzuzeigen und eine gerechtere gesellschaftliche Repräsentation zu gestalten (vgl. Illhardt 2015). Neben der Online – Plattform daStandard.at, wurden die Artikel zusätzlich auf der Hauptseite von DerStandard verlinkt (vgl. Thaler 2014: 18).

Gründungsziele:

Die Förderung von Autor*innen mit Migrationsgeschichte

Das explizite und primäre Ziel des Mediums war, Autor*innen mit Migrationsgeschichte im österreichischen Journalismus beruflich zu fördern. Damit bezog man sich auf Gasterbeiter*innenkinder, Flüchtlinge – alle Personen welche in die gesellschaftliche Kategorie einer Migrantin fallen und aufgrund sozialer Segregation erschwerten Zugang zur Berufsbranche haben. „*Wir haben auch explizit nach Leuten mit wenig oder gar keiner journalistischen Erfahrung gesucht. Denn der Journallistenberuf ist einer mit sozialen Schranken. Zwar bedarf es nicht unbedingt eines akademischen Hintergrunds, aber es ist ein durch und durch bürgerlicher Beruf. Deswegen haben wir uns die Nachwuchsförderung auch zum Ziel gesetzt.*“ (Illhardt 2015)

Man wollte jungen Menschen den Einstieg in die Berichterstattung erleichtern und sie infolge beim DerStandard oder anderen Medien unterbringen (vgl. Thaler 2014: 16 – 17). Damit sollte die gesellschaftliche Diskursrepräsentation gerechter gemacht werden (vgl. Thaler 2014: 16 - 17, Illhardt 2015).

Die Veränderung des medialen und damit gesellschaftlichen Diskurses

Durch die Forcierung einem ausgeglicheneren medialen Diskurs sollte durch daStandard.at die Problematik mangelnder Journalist*innen mit Migrationshintergrund sichtbar gemacht werden (vgl. Thaler 2014: 18). Zum Einen soll das mittels Themen und Perspektiven geschehen, welche Autor*innen frei einbringen. „*[...] Medien sind keine objektive Sache. [...] wir haben erhofft, dass wenn wir Leute hereinholen die andere Interessen, andere Netzwerke haben, auch andere Themen in den Standard herein kriegen und ich glaube das ist auch gelungen.*“ (Interview mit Olivera Stajic 2015) Weiter werden fehlende berufliche Netzwerke aufgrund sozialer Segregation angeführt. Zum

anderen sollten medialer und damit gesellschaftlicher Diskurs durch einen differenzierten Sprachgebrauch sensibilisiert werden (vgl. Jäger 1999). In den wöchentlichen Reaktionsmeetings setzte man sich intensiv mit der Politisierung von Begriffen und Performativität auseinander (vgl. Interview mit Jelena Gucanin 2015). Ein weiterer Punkt ist die „Normalisierung“ der Thematik der Migration. Migration und Migrant*innen nicht als Opposition zu produzieren und zu ver-selbstverständlichen. Migrations- und die damit verbundenen gesellschaftlichen Prozesse wurden in der österreichischen Mediendiskurs lange Zeit nicht beachtet und später unter kriminalistischem Fokus aufgenommen oder im Diversity- und Multikulturalität – Diskurs idealisiert wurde (vgl. Illhardt 2013). Konflikte die auf soziale Ungleichheiten zurückzuführen sind, werden unter dem Paradigma der Integration behandelt und damit als Verantwortung der Migrant*innen konzipiert: *„Es ist fatal, dass viele Probleme als „Integrationsprobleme“ betitelt werden, obwohl es sich um soziale Unterschiede handelt. Wenn man darüber berichtet, wie schlecht Migrantenkinder in der Schule sind, dann sollte man sie mit einer ähnlichen sozialen Schicht vergleichen. Dann würde man feststellen, dass der Unterschied gar nicht so groß ist. Es geht uns darum aufzuzeigen, dass es Migration seit jeher gibt. Deswegen berichten wir auch oft über Auslandsösterreicher. Wir möchten eine Gesellschaft beschreiben, die sich verändert.“* (Illhardt 2015) Problematisch ist hierbei die Differenzierung in soziale Schichten, nicht der Politiken, die sie als solche konstruieren. Ebenfalls der Aspekt der Veränderung, gegenüber der Anerkennung gesellschaftlicher intersektionaler Pluralität, die mittels verschiedener Kategorien klassifiziert wird.

Aufbau und Wirkung:

Diskursebene und Strukturelle Ebene

Entgegen der angestrebten „Normalisierung“, zeigten sich Strukturen von Nischenproduktion gegenüber der Journalist*innen des Portals daStandard.at. DerStandard vermittelte dem als eigenständig postulierten Ressort deutlich, dass man sich auf „Migrationsthemen“ fokussieren sollte. *„DaStandard [ist] eine Nische und wir [werden] dadurch wieder in eine Nische gedrängt. [...] [Wir] [sollen] praktisch nur über Migrationsthemen berichten und alles Andere bleibt bei ihnen [DerStandard]. [...] Es ist überhaupt nicht einfach zu normalisieren, wenn du in der Ecke bist - du schreibst für ein Migrantenmedium.“* (Interview mit Jelena Gucanin 2015)

Auf struktureller Ebene war daStandard.at von redaktionellen Entscheidungsprozessen oder Debatten zur Blattlinie exkludiert. Ein Verweis auf Halls These zur mangelnden Möglichkeit des Einflusses von Journalist*innen auf die Ausrichtung eines Massenmediums, das politischen Prozessen untergeordnet ist (vgl. Davis 2004: 34; hier Kapitel 4.2.). Obwohl als eigenständiges Ressort gegründet, war die Redaktion von DaStandard.at von Abhängigkeitsstrukturen geprägt.

Mitarbeiter*innen von daStandard.at hatten begrenzten Zugang zu Rechercheapparaten der DerStandard, zudem keine Schlüssel zum Redaktionsgebäude (vgl. Interview mit Jelena Gucanin 2015). Dieses strukturelle Versäumnis, durch faktische und physische Zugänge auf ungleiche Positionierungen zu bringen, vermittelt die unterschiedlichen Positionierungen und Machtgefüge zwischen den beiden Redaktionen (vgl. Klingseis 2012: 125). Auf prozessualer Ebene waren Isolation und Abhängigkeitsstrukturen prägend: Zwischen den Journalist*innen und Ressorts von DerStandard gab es keine Kommunikation (vgl. Interview mit Jelena Gucanin 2015). Zu Beginn des Projekts war eine Übernahme der Journalist*innen in die DerStandard – Redaktion proklamiert worden, was von 2010 bis 2016 nur bei zwei Personen der Fall war (vgl. Illhardt 2013). Weiters wurden die Mitarbeiter*innen von daStandard nicht über interne Stellenausschreibungen informiert (vgl. Interview mit Jelena Gucanin 2015). „*Wir haben jahrelang dafür geschrieben und niemand hat uns in Betracht gezogen. [...] Du schaust irgendwie immer nur von der Seite rein und du wirst nie dazu gehören. Es fragen mich auch immer wieder Leute, kennst du Den und Den vom Standard... und ich kenne Niemanden.*“ (Interview mit Jelena Gucanin 2015) In Exklusion, Abhängigkeitsgefüge und Isolation bestanden rassistische Strukturen, die Identitätskonzeptionen und persönliche Wahrnehmung beeinflussten. „*Wo man eben immer wieder vor den Kopf gestoßen wird [...] wo viele, die das schon gut kennen [...] ausgeschlossen werden. Ich kann für meinen Teil sagen, ich hab mich beim Standard teilweise auch so gefühlt.*“ (Interview mit Timur Rusen Aksak 2015) Falls Artikel von Migrant*innen bei DerStandard erscheinen, dann kurzzeitig und marginal (vgl. Interview mit Timur Rusen Aksak 2015). „*Olivera musste praktisch um jeden Beitrag kämpfen, die Diskussion bei jedem einzelnen Beitrag wieder von vorne anfangen. Auch wenn die tausende von Klicks hatten, von Kommentaren. [...]*“ (Interview mit Timur Rusen Aksak 2015) Beschrieben wird eine als machtlos und respektlos empfundene Positionierung innerhalb der Redaktionsstrukturen: „*Es war immer wieder das gleiche Ding: Es ist ein Platz frei geworden, das wurde nicht ausgeschrieben, neu besetzt und wir haben nichts davon erfahren. Wir wurden auch nicht davon unterrichtet, dass die Stelle überhaupt neu besetzt wurde.*“ (Interview mit Timur Rusen Aksak 2015) Zwischen antidiskriminierenden und Diskurs - verändernden Gründungszielen und der redaktionsinternen strukturellen Segmentierung ist eine deutliche Diskrepanz zu erkennen. Diese Diskrepanz weist ich auf die gesellschaftlichen Wirkungen des Rassismus – Apparates zurück, der differenzierende Praktiken der Diskriminierung von Migrant*innen legitimiert und reproduziert.

4.2. Kontextualisierung: Österreich und die Gastarbeit

Dieses Kapitel dient dem vertieften Verständnis der gesellschaftlichen Strukturen und Manifestationen von Rassismus gegenüber Migrant*innen in Österreich. Ein Einblick in die Geschichte der Gastarbeit in Österreich ist zentral, um den rassistischen Apparat von Diskriminierung und „Ausländerfeindlichkeit“ kontextualisieren zu können. Zur Kontextualisierung des Untersuchungsgegenstandes geht dieses Kapitel auf die Geschichte und Systematik hinter der „Epoche der Gastarbeit“ in Österreich ein. Diese veränderte gesamtgesellschaftliche Konzeptionen und Verständnisse, staatliche wie private Strukturen und beeinflusste Politik wie Wirtschaft maßgeblich (vgl. Bacher 2011: 3 - 4).

Die mit 1961 staatlich durchgeführten Gastarbeitsregime zwischen Österreich und seinen vertraglich gesicherten Partnerländern orientierten sich in ihrer Gestaltung und ihrem Aufbau nicht primär an den Bedürfnissen der Gastarbeiter*innen (vgl. Matuschek 1985: 180). Die Strukturierung und Institutionalisierung des Gastarbeiterregimes geschah ohne das Mitspracherecht einzelner Migrant*innen. Ihre Etablierung war ein von Beginn an behördliches, institutionalisiertes und politisches Unterfangen (ebd.). Gründungsziel war ein gesteigertes österreichisches Wirtschaftswachstums durch die gering entlohnte und sozial prekäre Positionierungen von Migrant*innen in der Gesellschaft (ebd.). Dieser Zuweisung von gesellschaftlichen Positionen liegen exkludierende und exploitierende Ideologie zugrunde. Die Gastarbeiterregime sorgten zwar für Wirtschaftswachstum, unbedacht und unsteuerbar blieben aber die Aspekte wachsender sozialer Ungleichheit im österreichischen Staat (ebd.). Das Konzept eines Rotationsprinzips begrenzter Gastarbeiter*innen in Österreich erwies sich aus multiplen Gründen als nicht wie geplant durchführbar (vgl. Gächter 2010: 37). Die staatlichen Sozialstrukturen sahen sich Handlungsnotwendigkeiten zum Entgegenwirken sozialer Ungleichheit gegenüber gestellt, die eine Umstrukturierung des Systems forderten und vor allem Gastarbeiter*innen in prekäre Lebensumstände brachten (vgl. Butschek 1974: 222 - 223). Die gesamtgesellschaftliche Steigerung sozialer Ungleichheit, allem voran prekäre Arbeitsverhältnisse und zu wenig Arbeitsplätzen, wurde politisch und medial kaum mit mangelnder staatlichen und wirtschaftlichen Umstrukturierungen verbunden (vgl. Korun 2012). Stattdessen adressierten Politik und der daran gebundene zivilgesellschaftliche Diskurs unter anderem die Bevölkerungsgruppe von Migrant*innen mit der Verantwortlichkeit über die vorliegenden Missstände (ebd.). Auf dieser rassistischen Ideologie basierend, wurden bestehende Strukturen und Machtverhältnisse legitimiert.

Der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit, das Portal daStandard.at, richtet seine Aufmerksamkeit vor allem auf österreichische Migrant*innen, deren Eltern Gastarbeiter*innen gewesen waren (vgl.

Interview mit Olivera Stajic 2015). Das bezieht sich auf die thematische Berichterstattung, sowie den Gründungsgedanken und strukturellen Aufbau der Redaktion. Der Anspruch ist, bestehende Strukturen und Prozesse von Exklusion aufzuheben. Stajic verweist hierbei auch auf die niedrige soziale Mobilität innerhalb der österreichischen Gesellschaft, die durch das Online – Portal entgegengewirkt werden soll (ebd.). Die gesellschaftliche Zugehörigkeit zur Gruppierung der „Migrant*innen“ ist explizit angeführte Voraussetzung zur Anstellung bei daStandard.at. *„Wir wollten junge Menschen integrieren in ein Medium, die sonst vielleicht keinen Zugang hätten. Wir hatten sogar eine Ausschreibung wo wir explizit Leute mit Migrationshintergrund gesucht haben. Das war eigentlich in dem Fall sogenannte positive Diskriminierung. Also es gibt ja Gründe, wieso diese Leute nicht im Journalismus tätig sind. Wenn man das in Österreich betrachtet, dass die soziale Mobilität wahnsinnig niedrig ist. Heißt Kinder von Akademikern werden Akademiker und die Migrantenpopulation in Österreich ist nun mal so, dass sie meist niedriger qualifizierte Leute sind. Nachkommen von Gastarbeiter zum Beispiel. Das heißt [dass] ihre Töchter und Söhne seltener Akademiker sind und noch seltener in so intellektuellen Jobs wie [dem] Journalismus. Ersten sie kommen vielleicht gar nicht auf die Idee, zweitens haben sie keine Netzwerke - und so funktioniert der Job nun mal - und drittens, ist es ein Job wo man am Anfang sehr prekär arbeiten muss. Sehr viele unbezahlte Jobs, Praktika - ohne Unterstützung der Eltern eigentlich nicht machbar. Das heißt wir wollten diese Leute gezielt suchen und fördern.“* (vgl. Stajic 2015) Zum Zeitpunkt der empirischen Datenerhebung dieser Masterarbeit, ist der Großteil der Mitarbeiter*innen von daStandard.at - demnach auch sämtliche Interviewpartner*innen - Nachkomme von Gastarbeiter*innen in der zweiten Generation (ebd.).

In der Geschichte und Gegenwart Österreichs als europäisches Binnen – und Einwanderungsland, spielt Migration seit jeher eine große Rolle. Kontextuell und historisch gebunden änderten sich Formen, Akteur*innen und Systematisierungen von Migration. Ebenso die Migrationsebenen und Richtungen, wie Migrationsziele. Es wird auf die Komplexität und Pluralität von Migrationsprozessen in und um den österreichischen Nationalstaat verwiesen, existent ist sie durchwegs. Der Begriff der Gastarbeiterin ist gleich dem der Migrantin ein gesellschaftliches Konstrukt arbiträrer Stigmatisierungsmerkmale, der zur Differenzierung und sozialen Stratifizierung verwendet wird (siehe Kapitel 3.4.). Die Differenz als institutionelle Konstruktion bezieht sich hierbei dezidiert auf Personen, die in der historischen Phasen der Gastarbeit in Österreich als „Ausländer*innen“ wahrgenommen wurden (vgl. Lentin 2004: 73). Die Kategorie wirkt homogenisierend und zur gesellschaftlichen Abgrenzung und binärer Oppositionierung zu allen „anderen“ Arbeiter*innen in Österreich (Terkessidis 2004: 109). Wie in *Punkt 3.1.1.* beschrieben, weicht gesellschaftlicher Rassismus von der Kategorie „Rasse“ ab und bezieht sich auf neue Merkmale wie „Ethnie“, „Kultur“, nationalstaatlicher Herkunft oder Arbeitsverhältnis (vgl.

Korun 2012). Das „Unwort“ Rassismus wurde durch Konzepte wie „Ausländer -“ oder „Fremdenfeindlichkeit“ legitimiert und relativiert. Der Apparat zur Ungleichheit, institutionalisiert auf der Ebene der Staatsangehörigkeit, bleibt bestehen. *„Die gegenseitige Beeinflussung und/oder Kreuzung der Merkmale „Ethnie“ und „soziale Schichtung“ wurden viel zu lange völlig außer Acht gelassen, und man blendete krampfhaft alle Migrantinnen, die nicht ins Schema passten, als „untypisch“ aus.“* (vgl. Korun 2012)

Die Geschichte der institutionalisierten Wellen der Gastarbeit in Österreich zeigen, dass die dafür entworfenen Mechanismen stets einer temporären Konzeption unterlagen. Maßnahmen zur gesellschaftlichen Eingliederung der Gastarbeiter beinhalteten in den ersten Jahrzehnten kaum Zukunftsplanung oder auf Langfristigkeit bezogene Mechanismen (vgl. Terkessidis 2000). *„Über die Folgen der Arbeitsmigration schließlich machte sich bis in die siebziger Jahre niemand wirklich Gedanken, weil es eine Zukunft der "Fremden" in Deutschland einfach nicht geben sollte.“* (Terkessidis 2000) Eine prägnante gesellschaftliche Schließung findet statt, basierend auf dem Konstrukt einer „Gesamtgesellschaft“, die mit der Gruppe der „Gastarbeiter*innen“ konfrontiert wird (vgl. Terkessidis 2004: 103).

Historischer Einblick

Historisch betrachtet wird die institutionelle Phase der österreichischen Gastarbeit in zwei Phasen geteilt und adressiert bilaterale wie multilaterale staatliche Abkommen. Als erste „klassische“ Phase der Gastarbeit gilt die Periode von 1963 – 1992, in welcher der „Ausländeranteil“ an der Beschäftigung von 0,7% auf 8,8% stieg (vgl. Butschek; Walterskirchen 1974: 39). Berücksichtigt werden müssen die hohen Dunkelziffern an illegalisierten und nicht dokumentierten Personen, die auf Schätzungen basieren. Doch sie lassen durchaus das hohe Ausmaß der Migrationsbewegung erkennen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts finden massive Abwanderungsbewegungen aus Österreich statt, beispielsweise in die USA und nördliche europäische Nachbarstaaten. Zudem besteht in Österreich während des Wirtschaftsbooms der Nachkriegszeit ein hoher Arbeitskräftemangel. Da weder dieser noch die Abwanderungsprozesse durch institutionelle Prozesse verringert werden können, forcieren Wirtschaftsakteur*innen die Zulassung „ausländischer Arbeitskräfte“. *„Die Unternehmer bemühten sicher daher, die Abwanderung der Arbeitskräfte ins Ausland zu verhindern, doch mit wenig Erfolg [...] Da der Arbeitskräftemangel nicht behoben und die Abwanderung von österreichischen Arbeitskräften nicht gestoppt werden konnte, forderten die Sektionen Baugewerbe und Fremdenverkehr der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (BWK 1961, S. 499), die*

49

Zulassung von ausländischen Arbeitskräften zum österreichischen Arbeitsmarkt.“ (Matuschek 1985: 161) Die österreichischen Sozialpartner (die Zusammenarbeit der großen wirtschaftlichen Interessenverbände: Arbeiterkammer – AK, Österreichischer Gewerkschaftsbund – ÖGB, Landwirtschaftskammer – LK und Wirtschaftskammer Österreich – WKO) untereinander und mit der Regierung), initialisierten wirtschaftliche wie zwischenstaatliche Abkommen zur „Rekrutierung“ von Arbeitskräften, abgeschlossen im Raab – Olah - Abkommen des 28.12.1961 durch den Gewerkschafts- - Präsidenten Franz Olah und dem Präsidenten der Wirtschaftskammer Julius Raab (vgl. Yilmaz 2011). Dieses Konzept zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes und der Konjunktur ist kein Neues: *„Österreich zog erst relativ spät ausländische Arbeitskräfte heran, im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten, die schon Mitte der fünfziger Jahre das inländische Arbeitskräftepotential durch Gastarbeiter ergänzten.“* (Butschek; Walterskirchen 1974: 214) System und Diskurs der Gastarbeit sind vor allem wirtschaftlich geprägt, die Schaffung von politischen oder sozialen Rahmenbedingungen folgt relativ spät (ebd). Gastarbeiter*innen waren willkommen, ihr Beitrag zum Wirtschaftswachstum angesehen (vgl. Yilmaz 2011). Die Unternehmen fokussieren sich dabei zur Gewinnmaximierung auf Länder mit hohen Arbeitslosenraten und niedrigem Lohnniveau, was den Konjunkturaufschwung maßgeblich steigert (vgl. Butschek; Walterskirchen 1974: 218 - 219). Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes wird durch zwischenstaatliche Abkommen zur Anwerbung von Arbeitskräften erweitert, durch Gesetzesbeschlüsse wie die Ausländerbeschäftigungsgesetze legalisiert. Diese betreffen die Vorrangigkeit der österreichischen Staatsbürger am Arbeitsmarkt, politische und gesamtwirtschaftliche Interessen und Sicherungsmechanismen für die Beschäftigten (vgl. Matuschek 1985: 195). *„Aus sozialer Perspektive kommt es zur Entwicklung einer strukturell und institutionell diskriminierten Bevölkerungsgruppe, verwiesen auf vorgefertigte Gesellschaftsbereiche: „[...] die Herausbildung einer Unterschicht, die nun anstelle der heimischen Arbeiterschicht die unteren Ränge in der gesellschaftlichen Hierarchie besetzt und über die Akzentuierung ethnisch - kultureller Unterschiede marginalisiert und ausgegrenzt wird. Fragen der sozialen Eingliederung blieben hingegen bis in die späten 1980er- Jahre weitgehend ausgeklammert.“* (Reinprecht; Weiß: 2012: 20)

Die positive Stimmung findet mit der Rezession und Erdölkrise von 1973 ihr Ende. Diese, die Konjunkturkrise 1984 und dem Fall des Eisernen Vorhanges 1989 mit der Auflösung Jugoslawiens 2006 prägen die folgenden Jahrzehnte der Gastarbeit. Es kommt zu einem Anwerbestopp, 1992 folgen Einwanderungsgesetze zur Eindämmung der Migration (vgl. Matuschek 1985: 170 f.). Trotz institutioneller Mechanismen steigt die Zahl der Einwanderer in Österreich aus wirtschaftsstrukturellen und individuellen Gründen. *„Die Zahl der Ausländer in Österreich stieg dennoch. Der Grund dafür waren Familienzusammenführungen. [...] Die Verdienstmöglichkeiten*

und Wohnsituation verbesserten sich mit zunehmender Aufenthaltsdauer und so holten immer mehr Menschen ihre Familien nach.“ (Yilmaz 2011) 1998 – 2005 werden Migrationsbewegungen vorweg durch die Konflikte im Kaukasus, der Türkei, Serbien, Afghanistan und dem Irak geprägt. Diese Intensivierung verstärkt die negative Grundhaltung in der österreichischen Bevölkerung gegenüber „Ausländer*innen“, deren Beschäftigungsanteil am österreichischen Arbeitsmarkt von 9% (1992) auf 16% (2013) ansteigt (vgl. Butschek; Walterskirchen 1985: 39).

Funktion des „Gastarbeiter“- Regimes

Wie beschrieben basiert die Initiative und Systematisierung der Einwanderungsmechanismen, der Migrationspolitik, bis in die 1970er. Erst nach einem knappen Jahrzehnt kommt es zur Anpassung der Gesetzgebung und einer formalen Mitsprache des Parlaments bei den Verhandlungen zu Struktur und Funktion der Gastarbeiterregime, die bis dahin allein den österreichischen Sozialpartnern und ihren Partner*innen im Ausland unterlagen. Es bildet sich eine institutionalisierte Zusammenarbeit von sozialpartnerschaftlichen und staatlichen Interessen (vgl. Matuschek 1985: 164). Die Kritik daran lautet, dass treibende und entscheidende Parteien die Sozialpartner sind, die in ihren Unternehmen Umfang und Umstände der Ausländerbeschäftigung autonom verwalten können (vgl. Matuschek 1985: 180). *„Das Ministerium [österreichische Bundesministerium für Soziale Verwaltung] war hauptsächlich Vermittlungsinstanz, das seinen Verwaltungsapparat zur Verfügung stellen, die Interessen der Sozialpartner mit anderen staatlichen Einrichtungen wie Innen- und Außenministerium koordinieren musste [...]“* (Matuschek 1985: 180) Der Import von Arbeitskräften basiert auf dem Rotationsprinzip: Arbeiter*innen werden durch befristete Arbeitsverträge und Niederlassungs – Bewilligungen für einen bestimmten Zeitraum zugelassen, dem eine Rückkehr in das Herkunftsland folgt (vgl. Butschek; Walterskirchen 1974: 224). Daraus ziehen Akteur*innen enorme budgetäre Vorteile: ihre Arbeitskräfte werden nicht in das Sozialleistungssystem integriert, wie dem Erhalt von Arbeitslosengeld oder Wohnbeihilfe (vgl. Matuschek 1974: 180). Während die Arbeiter*innen damit systematischen strukturellen Kontrollen unterliegen und sich in einem strukturellen Abhängigkeitssystem befinden, haben sie einen äußerst eingeschränkten Rechtsstatus. *„Zur besseren Durchsetzung der restriktiven Politik und der Neuordnung der Arbeitsmarktes wurden Arbeitnehmer entrechtet. Die Konzentration des Bewilligungsverfahrens auf den Arbeitgeber und seinen wirtschaftlichen Bedarf [...] bedeutet daher, daß [sic!] [die Arbeitnehmer*innen] kein Recht auf Arbeit haben, und daß [sic!] die Arbeitsmarktverwaltung jederzeit über sie und ihre Arbeitskraft verfügen [...]“* (Matuschek 1974: 195) Der Verlust des Arbeitsplatzes bringt eine direkte Verschlechterung der rechtlichen Position und Lebensumstände, zuletzt den Entzug der Aufenthaltsbestätigung (vgl. Schmiderer 2008: 38). Gastarbeiter*innen können nicht in Gewerkschaften integriert werden und leben aufgrund der

befristeten Verträge in großer Unsicherheit und struktureller Abhängigkeit (vgl. Bacher 2011: 15). Darauf fußt eine gesellschaftliche Segmentierung und Stigmatisierung: in der Dependenz von ihren Arbeitgeber*innen werden Gastarbeiter*innen vorweg in prekären, risikoreichen und anstrengenden Bereichen angestellt. *„Überdurchschnittliche Fremdarbeiterquoten haben Industrie und verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft und Fremdenverkehrswirtschaft. In Industrie und verarbeitendem Gewerbe erfordert der Produktionsprozeß [sic!] oft anstrengende Tätigkeiten unter ungünstigen Bedingungen (Fließbandarbeit [sic!], Schwerarbeit unter Lärm und Hitze.“* (Butschek; Walterskirchen 1985: 222) Die Verortung der Gastarbeiter*innen auf spezielle Branchen und Wohnunterkünften am Stadtrand bringen weder den Gastarbeiter*innen als gesellschaftlicher Gruppe noch der strukturellen Ungleichheit Sichtbarkeit (vgl. Matuschek 1974). Zu benachteiligenden Rechtslage, sozialer und beruflicher Segregation kommen Rassismen gegenüber den Migrant*innen als „Ausländer*innen“ (vgl. Bacher 2011: 15). *„[...] die Regierung und die Sozialpartner in Österreich [einigten sich] auf ein Rotationsmodell, das wegen seiner geringen volkswirtschaftlichen Kosten beliebt war. Auf der anderen Seite hatte das Modell den Nachteil, dass die ausländischen Arbeitskräfte in großer Unsicherheit leben mussten, weil sie ja nicht damit rechnen konnten, dass ihre Arbeitsverträge verlängert werden würden.“* (Bacher 2011: 13 - 14)

Das Scheitern des Rotationsprinzips? hat viele Gründe. Mit zunehmender Aufrechterhaltung und Intensivierung des Gastarbeitersystems, wird die lokale Wirtschaft wiederum von „ausländischen“ Arbeitskräften abhängig (vgl. Butschek; Walterskirchen 1974: 216). Das System erweist sich zumal als ineffizient für Arbeitgeber*innen, da wiederkehrend in die Ausbildung neuer Mitarbeiter*innen investiert werden muss. *„Das Rotationsprinzip erwies sich zunehmend als unpraktisch, da Firmen jedes Jahr neue Arbeiter einschulen mussten. Gastarbeiter bekamen öfter dauerhafte Arbeitsverträge.“* (Yilmaz 2011) Migrationsprozesse sind nur bedingt steuerbar, da sie mit individuellen Entscheidungen und Lebenszyklen verbunden sind. Die zirkulär begonnene institutionelle Rotationsmigration führt zu Einwanderungsprozessen und Familiennachzug (vgl. Reinprecht; Weiß 2012: 16 f.). Die Auswirkungen der ab 1973 stattfindenden starke wirtschaftliche Konjunkturrückgang wirkte auf die Lebensumstände und Arbeitsmarktsituationen sind zudem in den Auswanderungsländern höher als in Österreich (vgl. Yilmaz 2011). Einwanderung weitet den Rechtsschutz von Personen aus, mit steigender Wohn-, Erwerbs – und Konsumgesellschaft macht eine Ausweitung der sozialen, rechtlichen und politischen Infrastruktur notwendig (vgl. Butschek; Walterskirchen 1974: 224). Mit der zunehmenden Politisierung des Themas der Diskriminierung von Migrant*innen, kommt es zu Forderungen der Gleichberechtigung, eng verbunden mit dem Menschenrechtsdiskurs (vgl. Reinprecht; Weiß 2012: 20).

Eine Auseinandersetzung mit der österreichischen Geschichte der Gastarbeiterregime und deren

Auswirkung auf gesellschaftliche Entwicklungen zeigt sich deren Bedeutung im Rahmen dieser Arbeit. Individuelle Lebensräume und – Möglichkeiten der Migrant*innen sowie nachfolgender Generationen sind maßgeblich eingeschränkt: ethnisch legitimierte Segregation betrifft den Arbeits-, Wohn- und Bildungssektor, zudem schränken soziale und rechtliche Barrieren Migrant*innen ein (vgl. Reinprecht; Weiß 2012: 20). Die Plattform daStandard.at fokussiert sich bezogen auf Inhalt wie Anstellung von Journalist*innen auf Personen nachfolgender Generationen von Gastarbeiter*innen (vgl. Interview mit Olivera Stajic 2015).

4.3. Mediale Exklusion und Segregation von Migrant*innen

In Kapitel 3 „Theoretische Verortung“ wird auf die Arbeit von Daniela Gronold verwiesen. Ihre Untersuchung von medialen Diskursen zeigt, inwieweit diesen sprachliche wie inhaltliche Diskriminierung und Exklusion von Migrant*innen inne ist. Die Exklusion und Segregation von Migrant*innen im medialen Diskurs wirkt auf vielen Ebenen und findet multidimensional statt. Mediale Kommunikation reproduziert den gesellschaftlichen Diskurs um Migrant*innen durch die Schaffung von Wissen und einem gesellschaftlichen Konsens – somit von Sozialer Realität (vgl. Gronold 2008: 31). Gronolds Arbeit ist hier zentral, da sie gleich der vorliegenden Masterarbeit diskursive Stigmatisierung und Strukturen rassistischer Diskurse aufzeigt. Die Offenlegung diskursiver Exklusion ist von großer Bedeutung, um die Reproduktion des gesellschaftlichen Diskurses als Grundverständnis sozialer Realität nachzuvollziehen. Das Verständnis von medialer Wissensproduktion und der medialen Vermittlung eines kollektiven gesellschaftlichen Konsens bedeutet zudem, rassistische Strukturen und Prozesse zu identifizieren. Das führt zu einem tiefer gehenden Verständnis der Komponenten rassistischer Politiken, Bewegungen und Gruppierungen. *„Für eine von Medien geprägte Gesellschaft wie Österreich bedeutet dies, dass die Einstellung von Alteingesessenen gegenüber MigrantInnen oftmals nicht auf individuellen, in direktem Kontakt gewonnenen Erfahrungen basiert, sondern auf medial vermittelten kollektiven Erfahrungen, die nicht nur Einstellungen gegenüber Gruppen wie AusländerInnen aus nicht westlichen Kontexten prägen, sondern diese Gruppe gegenüber der „eigenen“ ausschließen.[...] Die Identitätsanalyse für die unterschiedlichen so genannten „anderen“ Gruppen in der (Medien-) Nation ist daher hilfreich und notwendig, um die Strategien in gegenwärtig erfolgreichen rechtspopulistischen Diskursen aufzudecken und um Zielsetzungen für eine verantwortungsvolle mediale Aufarbeitung in einer demokratischen Gesellschaft zu formulieren.“* (Gronold 2008: 31, Hervorh. d. Verf.)

Medien vermitteln Bilder und Identitätskonzeptionen von Migrant*innen, die das Verständnis der Gesellschaft prägen. Insofern wirken Medien für Produzenten wie Konsumenten als soziale

Erziehungsmechanismen und kreieren gesellschaftliches Bewusstsein (vgl. Davis 2004: 43 u. 43). Hall beschreibt die Medien als einen „*institutionalized source of hidden consensus*“. Er adressiert die politische Prägung des gesellschaftlichen Konsens und die Marginalisierung Jener, die eine Änderung des gegenwärtigen sozialen Machtgefüges notwendig machen (vgl. Davis 2004: 43). Massenmedien sind großteils von privaten oder politischen Unternehmen finanziert und reflektieren im Hinblick auf die Konsumentin gewisse soziale Positionen und Gefüge (vgl. Davis 2004: 34). Das impliziert auch die Vereinfachung oder Denunzierung sozialer Veränderungen (ebd.). Hall führt fort, dass Ausrichtung und Stil eines Massenmediums als politischen Apparates demnach nicht von einzelnen Journalist*innen prägnant verändert werden kann, sondern vielmehr deren sozialer Hintergrund prägend für die Anstellung ist (ebd.). Eine These nach Thaler fügt hinzu, dass nicht nur der sozialer Hintergrund sondern auch die persönliche Positionierung der Journalist*innen ihre Berichterstattung grundlegend beeinflusst – ob sie sich beispielsweise als neutrale Berichterstatter sehen oder soziale Ungleichheiten und gesellschaftliche Problematiken ansprechen und analysieren (vgl. Thaler 2014: 12).

Individueller persönlicher Erfahrungen im Kontakt mit Migrant*innen ist zur Meinungsbildung nicht notwendig, da die Medien eine gesamtgesellschaftliche kollektive Erfahrung mit Migrant*innen vermitteln (ebd.). „[...] *die einheimische Bevölkerung [...] [verfügt] meist nicht über direkten Kontakt zu ethnischen Minderheiten und Menschen mit Migrationshintergrund [...] und darum [ist] die Berichterstattung der Mehrheitsmedien über [...] Asylwerber, Flüchtlinge und Arbeitsmigranten besonders relevant.*“ (Thaler 2014: 10) Mediale Berichterstattung vermittelt die soziale Opposition von „Wir“ und den „Anderen“, Differenzierungsmerkmale und Kategorien der Ex - / und Inklusion (vgl. Gronold 2008: 31). Daniela Gronold beschreibt die öffentliche Sphäre westlicher Länder als „weiß“ und beschreibt, dass in Medien vor allem Personen zu Wort kommen, die den vorgestellten Normen einer „normalen“ weißen – westlichen Person entsprechen, während „Andere“ begrenzt involviert sind oder als aktive Sprecher auftreten (vgl. Gronold 2008: 36). Auf der gegenübergestellten Seite findet die Konstruktion des „Europäischen“ statt, das dem „Österreichischen“ Nationalverständnis als scheinbar natürliche zugrunde liegt (vgl. Gronold 2012: 39). Massenmedien kommunizieren einen gemeinsamen Grundkern von Werten und Vorstellungen, der zur Inszenierung von „Fremdheit“/ „Anderen“ beiträgt (vgl. Thaler 2014: 10). Kontextgebunden vermitteln sie arbiträre Kategorien und Merkmale, welche wiederum als Erfahrung eines kollektiven Gedächtnisses aufgenommen werden. „[...] *Assoziationsketten stehen mit unterschiedlichen Kulturen in Verbindung. Sie aktivieren jeweils andere Erinnerungen des kollektiven österreichischen Gedächtnisses und gehen auf verschiedene Ereignisse der österreichischen Geschichte zurück.*“ (Gronold 2008: 35) Das kollektive Gedächtnis und gesellschaftlicher Konsens prägen durch ihre Norm – und Wertvorstellungen Soziale Realität (Davis

2004: 34 ff.). Der gesellschaftliche Diskurs konstruieren so Identitäten, deren Rollen und soziale Positionierungen (ebd.). Im Bezug auf die Darstellung von Migrant*innen findet mediale Exklusion oft durch Objektivierung, Problematisierung oder Verweis in Täter – und Opferrollen statt. *“[Es stellt sich die] Frage, inwieweit Massenmedien als Disziplinierungsinstrumente bzw. Technologien des Regierens fungieren. In der Berichterstattung bedeutet MigrantIn zu "sein [...] nichts anderes, als "problem people“ zu sein: Menschen mit Problemen, die Probleme verursachen.”* (Gouma 2010, Hervorh. Der Verf.) In Berichterstattungen über Migrant*innen überwiegen Darstellungen, in welchen über Migrant*innen gesprochen und sie objektiviert werden (vgl. Gronold 2008: 34). Über Migrant*innen wird meist gesprochen, vor allem in konflikthaltigen oder kriminell konnotierten Situationen – Migrant*innen selbst kommen selten zu Wort (ebd.). Die vorliegende Sprachlosigkeit ist eine strukturelle: Im scheinbar neutralen Mediendiskurs zeigt sich, dass gemäß gesellschaftlichem Konsens die Perspektiven der “Anderen” marginalisiert sind (ebd.). Intersektionelle Kategorien wie Kapitalien oder Kultur haben ebenfalls Einfluss, der beispielsweise in sozialen Geschlechterrollen stark zum Ausdruck kommt (vgl. Gronold 2012: 37). Die soziale Positionierung von Migrant*innen wird je nach Thema und Kontext durch ihre Repräsentation vermittelt: *„Häufig stehen [...] Männer im Familienkontext nicht im Vordergrund der Medienberichterstattung, wie auch an Repräsentationen von Flüchtlingen aus anderen Ländern sichtbar wird. Stattdessen werden vor allem auf der Bildebene ihrer gut integrierten Töchter (wie im Fall der Kosovarin Arigona Zogaj) oder Frauen in den Mittelpunkt gerückt [...]“* (Gronold 2008: 39) Daran gebunden sind Täter – wie Opferrollen, durch die Männer in einen konflikthaltigen und aggressiven Kontext gestellt werden, während gegenüber Frauen familiärer Zusammenhang und Mütterlichkeit betont wird (vgl. Gronold 2008: 38).

Für das Behandeln von Exklusion muss gezeigt werden, was Partizipation von Migrant*innen im Mediendiskurs bedeutet. Laut Thaler wird gesellschaftliche Partizipation primär durch Kommunikation ausgehandelt: mediale Partizipation und Sprachsouveränität ist Grundlage für Teilhabe und Zugehörigkeit zur Gesellschaft (vgl. Thaler 2014: 10). Medien werden damit zu Vermittlungsinstanzen zwischen verschiedenen Akteur*innen, die eine gemeinsame Interaktion, Anerkennung der Pluralität der Gesellschaft und gegenseitige Wissensvermittlung bedeutet (ebd.). Sie bietet die Möglichkeit der Einflussnahme auf den gesellschaftlichen Konsens und seine normativen sozialen Positionierungen (vgl. Gouma 2014). Diese Positionierungen festigen gesellschaftliche Grenzziehung und damit die gesellschaftliche Ordnung, die „Fremde“ und „Wir“ erzeugt (vgl. Gronold 2008: 34). Notwendig zur Aufrechterhaltung dieser sozialen Ordnung ist, dass sich der Diskurs um Migrant*innen und Migration nicht ändern darf (ebd.). Differenzierungen werden kulturalisiert und als natürlich angegeben, die Identität der MigrantIn konstruiert. *„Soziale Ungleichheiten in Zusammenhang mit Herkunft werden so als "natürlich", selbst verschuldet oder*

als Ergebnis kultureller Differenzen begriffen, während strukturelle Rassismen und Exklusionsmechanismen ausgeblendet werden. Die Kulturalisierung gesellschaftlicher Konflikte liefert also Erklärungen, die ein unmündiges Migrations-Subjekt konstruieren und paternalistische Strategien rechtfertigen.“ (vgl. Gouma 2014) In Österreich wird vorwiegend nicht über mediale Partizipation, sonder Integration von Migrant*innen gesprochen. Integration ist ein undifferenzierter und dehnbarer Begriff. Mediale Integration bezieht sich auf verschiedene Ebenen wie der interkulturellen Integration von Migrant*innen in die Gesellschaft, in das medial vermittelte Bevölkerungsverständnis oder das Mediensystem (vgl. Thaler 2014: 6 f.). Assimilative mediale Integration findet auf institutioneller Ebene statt und wirkt nur bedingt auf den medialen Diskurs ein, da kaum multiperspektivische Wissensproduktion stattfindet sondern Personen in bestehende Strukturen aufgenommen werden und sich diesen anpassen müssen (vgl. Thaler 2014: 6). Mediale Segregation liegt vor, wenn gesellschaftliche Minderheiten in strukturelle Nischen, wie „Ethnomedien“, verwiesen sind. Der medienwissenschaftliche Diskurs zeigt, dass mediale Segregation unter dem Paradigma der Integration steht (vgl. Gouma 2014). Der Diskurs um „Integration von Migrant*innen“ ist ein präsenter, während rassismustheoretische Perspektiven mit Fokus auf die Veränderung politischer Verhältnisse kaum vorzufinden sind (ebd.). Zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit mangelnden medialen Strukturen kommt es mit dem System der Gastarbeiter*innen, dessen Scheitern eine Veränderung gesellschaftlicher und politischer Strukturen fordert. *„Die GastarbeiterInnen bleiben entgegen den Erwartungen hier, und niemand weiß so recht, wie der Staat seine Vorstellungen von diesem Zusammenleben kommunizieren soll.[...] Das Dilemma wächst aber mit der "Zweiten Generation", und der Österreichische Rundfunk (ORF) sucht nach einem Programmkonzept für MigrantInnen.“* (Gouma 2014) Widerstand gegen bestehende Strukturen wird als „Integrationsproblem“ konstituiert, womit eine Änderung hegemonialer Verhältnisse aus dem Fokus fällt: *„Die Kämpfe der Gastarbeiterinnen nach Gleichberechtigung und Inklusion in die gesellschaftlichen Strukturen wurden politisch in einen Integrationsimperativ umgedeutet. [...] So verteidigte etwa der österreichische öffentlich-rechtliche Rundfunk in den 1980er Jahren das Fehlen der Sprachenvielfalt im Programm als Maßnahme, Minderheiten vor den Aggressionen der Mehrheitsgesellschaft zu schützen.“* (Gouma 2014)

Im österreichischen Mediendiskurs ist eine deutliche Unterrepräsentation von Journalist*innen mit Migrationshintergrund erkennbar. Letzte Datenerhebungen wurden im Rahmen einer Studie der Statistik Austria von Dr. Petra Herczeg durchgeführt. Ergebnis ist, dass 18,9% der österreichischen Bevölkerung formell Einwohner*innen mit Migrationshintergrund sind. Zwar repräsentiert die Studie keine aktuellen Zahlen, zeigt jedoch deutlich die gesellschaftlichen Relationen und Strukturverhältnisse des medialen Kontext. Herczogs Untersuchungen über den Stand 2009/2012

zeigen, dass in den Redaktionen geschätzte 0,49% der Beschäftigten Migrant*innen sind (vgl. Statistik Austria 2012). Im Detail ergab die Datenerhebung einen Schätzwert von 7.100 Journalist*innen mit Migrationshintergrund in 37 österreichischen Medien (ebd.). Zu betonen ist, dass die Ergebnisse je nach Definition von „Migrant*innen“ variieren und sich hierbei auf die gesetzliche Kategorie auf Migrant*innen erster und zweiter Generation bezieht. Bezüglich der Berichterstattung in österreichischen Massenmedien ist die Repräsentation marginalisierter Bevölkerungsgruppen, inhaltlich wie strukturell, begrenzt (vgl. Thaler 2014: 11).

Weiters bestehen je nach Herkunftsländern unterschiedliche Ausmaße von Exklusion: überrepräsentiert sind deutsche Migrant*innen (1,6%), deutlich unterrepräsentiert türkische oder serbische Migrant*innen (0,2%) (vgl. Thaler 2014: 16). Als Gründe der Unterrepräsentation werden primär mangelnde Sprachbeherrschung und Benachteiligung im Bildungssystem angegeben (ebd.). Puncto Sprachbeherrschung zeigt sich dieses Argument als hinfällig: mangelnde Sprachbeherrschung lässt sich im Vergleich zu anderen österreichischen Bevölkerungsgruppen als kein spezifisches Problem von Migrant*innen nachweisen: *„Die Sprachbeherrschung [ist] aber per se kein spezifisches Problem der MigrantInnen, dies könne genauso gut ÖsterreicherInnen betreffen. Hinzu [kommt], dass eigentlich die perfekte Beherrschung einer Fremdsprache [...] ein immenser Vorteil für die Redaktion [ist] – vor allem in der Wirtschafts- und Außenpolitik, sowie im Sportressort.“* (vgl. Thaler 2014: 16). Vielmehr erweitern zusätzliche Sprachkompetenzen das Humankapital. Als prägnantester Exklusionsmechanismus erweist sich strukturelle Marginalisierung bezüglich Benachteiligung im Bildungssystem und aufgrund mangelnder Branchen – bezogenen Netzwerkbeziehungen, die auf die soziale und berufliche Segregation der Gastarbeiter*innen – Generation zurück zu führen ist (ebd.).

Um der strukturellen medialen Exklusion von Migrant*innen entgegenzuwirken, fordern Wissenschaftler*innen wie Maria del Mar Castro Varela und Nikita Dhawan das Schaffen von Kommunikationsräumen, die einen Kontenpart zum dominanten Diskurs darstellen und Jene zu Wort kommen, die mittels der Massenmedien objektiviert und positioniert werden (vgl. Gouma 2012). *„Die Medienpraktiken der Migrantinnen können dann mit Bedeutung versehen werden, wenn die gesellschaftlichen Machtverhältnisse nicht ausgeblendet, sondern ins Zentrum der Analyse gerückt werden. Nicht die Suche nach "Integrationsproblemen", sondern "das Recht, verstanden zu werden", unterbricht das Schweigen vor den dominanten Diskursen.“* (Gouma 2012, Hervorh. d. Verf.) Hierbei zentral ist der Aspekt der Transnationalität, da mit aktuellen Kommunikationstechnologien und Mobilitätsmöglichkeiten Medienpraktiken existieren, die grenzüberschreitend sind und verwendet werden (vgl. Gouma 2014). Die Informations- – bezogene Unabhängigkeit vom nationalen Kontext überbrückt als kommunikative Praxis strukturelle Marginalisierung in nationalen Mediendiskurs(ebd.). *„MigrantInnen nutzen damit eine Autonomie*

in ihrem Umgang mit Medien. Der Hinweis auf diese Autonomie macht aber nicht die Auseinandersetzung mit strukturellen Ungleichheiten obsolet [...]“ (Gouma 2012)

5. Empirischer Teil

Analysiert wurden Artikel und Kommentare von der Plattform daStandard.at die zwischen 13.10.2015 und 2.5.2016 veröffentlicht wurden. Behandelt wurden Artikel und Kommentare der Redaktion, die von Sinisa Puktalovic und Olivera Stajic verfasst wurden, da jene im untersuchten Zeitraum die meisten Texte auf der Online - Plattform veröffentlichen und damit den Diskurs des Mediums maßgeblich prägen.

Für die Analyse wurden mittels folgender Kriterien Textbeispiele ausgewählt: Zentral war die Beantwortung der forschungsleitenden Fragestellung. Daran orientiert wurde in der Fallauswahl ein besonderes Augenmerk auf Inhalte und Kriterien gelegt. Zudem wurden auch inhaltliche Kriterien herangezogen, die die Auswahl weiter verfeinerten und Themen rund um die Auseinandersetzung mit in Österreich bestehenden Ungleichheiten gegenüber Migrant*innen den Vordergrund rückten. Inhaltlich war das Behandeln von in Österreich bestehenden Ungleichheiten, wie exkludierender Politiken, institutionellen und behördlichen Strukturen und dem Belegen dieser rassistischen Manifestationen durch konkrete Zahlen und Aussagen von als Expert*innen angeführten Personen im Vordergrund. Anhand dieser entworfenen Eingrenzung wurden Fallbeispiele gewählt, die zur Änderung von Ungleichheitsverhältnissen zwischen „Ausländer*innen“ und „Inländer*innen“ aufrufen: Artikel, in denen Projekte zur Bekämpfung von Ungleichheit vorgestellt werden und der öffentliche Diskurs um Migrant*innen als politisiert vermittelt wird. Im Fokus stand ebenso die Verwendung differenzierender Begriffe wie „Herkunft“, „autochtone Bevölkerung“ oder „Einheimische“. Konzepte die der Festigung von Differenzierung dienen, beispielsweise kulturelle, ethnische oder traditionelle Zugehörigkeiten und Tradition, waren weitere Auswahlkriterien.

Folgende Texte wurden hinsichtlich der Beantwortung der Forschungsfrage untersucht:

- **Puktalovic**, Sinisa (2016/1): Wir beide sind nicht in Konflikt, es sind unsere Identitäten. Artikel in: DaStandard.at, 13.4.2016. <http://derstandard.at/2000034690418/Wir-beide-sind-nicht-in-Konflikt-es-sind-unsere-Identitaeten> [Zugriff: 4.6.2016]
- **Pukatolvic**, Sinisa (2016/2): Eine Million vom Wahlrecht ausgeschlossen. Artikel in: DaStandard.at, 2.5.2016. <http://derstandard.at/2000036004726/Eine-Million-vom-Wahlrecht->

[ausgeschlossen](#) [Zugriff: 4.6.2016]

- **Stajic**, Olivera (2015): Serbischstämmiger wird FPÖ – Gemeinderat in Wien. DaStandard.at, 13.10.2015. <http://derstandard.at/2000023919532/Serbischstaemmiger-wird-FPOe-Gemeinderat-in-Wien> [Zugriff: 4.6.2016]
- **Stajic**, Olivera (2016/1): 50 Jahre jugoslawische Gastarbeiter in Österreich. Artikel in: daStandard.at, 3.4.2016. <http://derstandard.at/2000034028208/50-Jahre-jugoslawische-Gastarbeiter-in-Oesterreich> [Zugriff: 4.6.2016]
- **Stajic**, Olivera (2016/2): Wieso Migranten irren, wenn sie mit der FPÖ sympathisieren. Kommentar in: daStandard.at, 27.4.2016. <http://derstandard.at/2000035844599/Wieso-Migranten-irren-wenn-sie-mit-der-FPOe-sympathisieren> [Zugriff: 4.6.2016]

Wie in der Einleitung erläutert, ist die persönliche und gesellschaftliche Positionierung der Forscher*innen prägend für die empirische Analyse. Forschungs- – wie Erkenntnisinteresse, Wahrnehmung und Informationsrezeption sind an die Subjektivität der ForscherIn gebunden. Diese wird in einem bestimmten sozialhistorischen und - geographischen, politischen, sozialen, kulturellen und persönlichem Kontext konzipiert. Wissenschaftliches, berufliches und persönliches Interesse sind Aspekte, die den Forschungsprozess stets bis zu einem gewissen Grad perspektivieren. Zentral ist ebenfalls das vorliegende Bildungskapital und die wissenschaftstheoretische Positionierung. Die darin liegende Balance des Kritischen Realismus besteht darin, die kontextuellen Bezugspunkte der Forschung als soziale Realität wahrzunehmen und sie gleichsam als gesellschaftliche Konstruktion zu erkennen.

5.1. Textbeispiele

Im folgenden Abschnitt werden die ausgewählten Textbeispiele inhaltlich vorgestellt.

„50 Jahre jugoslawische Gastarbeiter in Österreich“, Olivera Stajic. (vgl. Stajic 2016/1)

Der Artikel von Olivera Stajic erschien am 3.4.2016 auf der Online - Plattform daStandard.at. In dem Artikel beschreibt sie die staatlichen Feierlichkeiten zum 50 – jährigen Jubiläum von 50 Jahren Gastarbeiter*innen des ehemaligen Jugoslawien in Österreich. Sie stellt den Rahmen der Veranstaltung dar und geht infolge auf die Gastarbeiter*innenabkommen zwischen Österreich und den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens ein. Zwischen dieser Veranstaltungsgestaltung und dem

59

betreffenden Teil österreichischer Migrationsgeschichte zieht Stajic in dem Artikel Linien zwischen politischen Hintergrundstrukturen und Sozialer Realität zwischen den 1960er und 1990er Jahren.

Sie beschreibt den formell - offiziellen Rahmen der Jubiläumsveranstaltungen, die medial und informativ die Epoche der Gastarbeitsregime durchwegs in ein positives Licht stellen. Politisch - wirtschaftlicher Hintergrund ist, dass aufgrund eines bilateralen Abkommens zehntausende Menschen im Rahmen der Arbeitsmigration nach Österreich kamen. Das führte in Folge dazu, dass von 1966 an in den darauf folgenden 30 Jahren Gastarbeiter*innen jugoslawischer Herkunft zur größten Migrant*innengruppe in Österreichs wurden. *„Jugoslawische Arbeiter waren zu diesem Zeitpunkt seit knapp 30 Jahren die größte Migrantengruppe in Österreich. Seit Beginn der 1960er – Jahre kamen zehntausende junge Männer und Frauen, um vor allem auf Baustellen und in Fabriken zu arbeiten.“* (Stajic 2016/1)

Stajic beschreibt den Rahmen der Veranstaltung, die gezielt an zwei Orten Wiens stattfand, die sie als „Orte der Erinnerung“ benennt: den ehemaligen Südbahnhof (inzwischen der Wiener Hauptbahnhof), den Wiener Westbahnhof und das Filmcasino. Ausgewählt wurden diese Standorte aufgrund ihrer damaligen Rolle für Gastarbeiter*innen in Wien. Stajic beschreibt, dass die beiden Wiener Bahnhöfe sowohl *„Orte des Ankommens“* und *„Treffpunkte der Migrant*innen“* als auch *„Orte der Erinnerung“* seien: sie werden in dem Artikel als Orte von Informations- – und Kommunikationsaustausch beschrieben. (vgl. Stajic 2016/1). Das Filmcasino wird als kultureller Veranstaltungsort und eine Art Sammelpunkt an Freizeitaktivitäten für jugoslawische Gastarbeiter*innen beschrieben, geführt wurde es von dem ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund) und der Jugoslawischen Gewerkschaft. Zwischen 1979 und 1989 wurde der Standort laut Stajic als sozialer Treffpunkt genutzt. Durchgeführt wurden dort Sportveranstaltungen, muttersprachlicher Unterricht, Filmvorführungen und traditionelle Veranstaltungen wie Folkloretanz (ebd.). Die dort nun stattfindenden Ausstellungen und Videoinstallationen zeigen die Geschichte der Arbeitsmigration, die unter dem Titel *„Das Filmcasino als Heim der Jugoslawen“* läuft.

„Wieso Migranten irren wenn sie mit der FPÖ sympathisieren“, Olivera Stajic

(vgl. Stajic 2016/2)

In diesem am 27. April 2016 online veröffentlichten Kommentar erörtert Stajic, aufgrund welcher gesellschaftlich verorteten Fehlglauben und Fehlverständnissen medialer – als auch politischer - Propaganda, Migrant*innen Anhänger*innen der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ) seien. Thematisiert wird hier das Werben rechtspopulistischer Parteien um Personen mit Migrationsgeschichte, wobei das Werben der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ) in Communities serbischer Migrationsgeschichte fokussiert wird.

Stajic verfasst den Artikel nach der öffentlichen Bekanntgabe, dass Verfassungsgerichtshof die Bundespräsidenten-Stichwahl aufgehoben hat. Die am 22. Mai 2016 durchgeführte Bundespräsident*innenwahl wurde als ungültig erklärt. Dadurch komme es wie gesetzlich veranlagt zu einer zweiten Wahlrunde am 4. Dezember 2016 (vgl. Wien - konkret Medien GmbH 2016). Anlässlich dieser politischen Ereignisse gibt Stajic einen dazu geäußerten außenpolitischen Kommentar der bosnischen Republik an: *„Der Präsident der bosnischen Republik Srpska, Milorad Dodik, hat es sich nicht nehmen lassen, den Serben in Österreich zu bestellen, sie mögen doch bitte in der zweiten Runde der Bundespräsidentenwahl Norbert Hofer von der FPÖ wählen. Diese Wahlempfehlung [...] ist symptomatisch für die Zweckgemeinschaft, die rechte Parteien mit bestimmten Migrantengruppen eingehen.“* (Stajic 2016/2) Stajic arbeitet hier heraus, wie mittels politisch – medialer Kommunikation Migrant*innen zur Unterstützung rechtspopulistischer Parteien beeinflusst werden würden (ebd.). In ihren Informationsquellen bezieht sich Stajic hierbei auf Umfragen, deren Herausgeber*innen oder Impressum sie nicht benennt und als *„ohnehin unzuverlässig“* beschreibt (Stajic 2016/2). Als Beispiel beschreibt sie die enge Verbindung zwischen der FPÖ, insbesondere seit der Führung durch Heinz Christian Strache, und nationalistischen rechtspopulistischen Parteien im Kosovo und in Serbien, wie etwa mit der Serbischen Fortschrittspartei (SNS). Parteiführer*innen der FPÖ seien oftmals auf Veranstaltungen der serbischen Community in Österreich vertreten und aktive Sponsor*innen (vgl. Stajic 2016/2). Als zweites Beispiel zeigt Stajic die Wahlkampfaktivitäten der nationalistischen rechtspopulistischen deutschen Partei Alternative für Deutschland (Afd) auf.

Stajic bezeichnet diese politischen Aktivitäten als Strategien, um Wähler*innen mit Migrationsgeschichte anzuwerben: *„Eine ähnliche Strategie verfolgt die AfD. Ihr Programm ließen die deutschen Rechtspopulisten ins Russische übersetzen und sprechen mit Reden über das „Asylchaos“ gezielt Russlanddeutsche an, die große Vorbehalte gegenüber muslimischen Zuwanderern haben. Damit will die AfD Menschen auf ihre Seite ziehen, die selbst erst vor einigen Jahren nach Deutschland gekommen sind und lange als „schwer integrierbar und problematisch“ galten.“* (Stajic 2016/2, Hervorh. d. Verf.)

Auf dieser Aussage basierend gibt Stajic Gründe an, warum Migrant*innen nationalistische und rechtspopulistische Politik unterstützen könnten. Sie schreibt aus Sicht der die FPÖ unterstützenden Migrant*innen und setzt zu Erklärungsversuchen an, die deren Meinungen und Gedankengänge nachvollziehbarer machen sollen (vgl. Stajic 2016/2).

Eines ihrer Argumente ist, dass Gruppen mit Migrationshintergrund nicht wüssten, dass und zu welchem Ausmaß die „Ausländerfeindlichkeit“ der FPÖ – Politik auch sie adressiert. Stajic skizziert, dass Gruppen verschiedener geographischer Verortungen in politischen Strategien in *„gute“* und *„schlechte Ausländer“* unterteilt und somit gegeneinander ausgespielt werden würden

(ebd.).

Weiter gibt sie an, dass beispielsweise Migrant*innen der Balkanländer und aus Russland konservative Einstellungen zu Gesellschaft und Wertvorstellungen hätten und diese in den Programmen der FPÖ wieder fänden. Ihre Einstellung mache sie vor allem für anti - islamische Aspekte der politischen Linie der FPÖ empfänglich (ebd.).

Als weiteren Grund nennt sie die Angst davor, dass ein rasanter Anstieg des Migrant*innenanteils in Österreich die ökonomische Lage der bereits lang in Wien lebenden Migrant*innen verschlechtern würde. Stajic gibt an, dass Migrant*innen um ihre prekäre berufliche Positionierung Bescheid wüssten. Sie wären sich darüber im Klaren, dass sie als erste gesellschaftliche Gruppe die negativen Folgen schlechter Konjunktur zu spüren bekämen und sich diese mit einem höheren Anteil an Zuwander*innen linear intensivieren würden. Diese Argumentation verbindet Stajic wieder mit der Gegenüberstellung von „guten“ und „bösen“ Migrant*innen, definiert durch geographische und religiöse Verortung, sowie dem Zeitraum in dem der Migrations- Prozess nach Österreich stattgefunden hat. Migrant*innen fürchten einen sozialen Abstieg ihrer gesellschaftlichen Positionen - dass einer erhöhten Zuwanderungsquote negative Folgen für Bevölkerung und Staatsstrukturen zugrunde lägen. Hier spricht Stajic den österreichischen Arbeitsmarkt und das Sozialversicherungssystem an. *„Die [Angst vor sozialem Abstieg] ist zwar auch bei den autochthonen Wählern einer [sic!] wichtiges Motiv, aber bei den Zugewanderten gewinne sie mehr Brisanz, weil sie die Ersten sind, die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten von Arbeitslosigkeit und Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind. Damit sind neu zugewanderte Gruppen ein erklärtes Feindbild für „alte Migranten“ aus Süd- und Südosteuropa. Da die Neuen nun mehrheitlich Flüchtlinge aus muslimischen Ländern sind, spricht der „Anti-Islam-Kurs“ der Rechten zusätzlich jene Migranten an, die generell Vorbehalte gegenüber Muslimen haben.“* (Stajic 2016/2)

Abschließend stellt Stajic fest, dass die FPÖ vor allem mit sozial schwachen Bevölkerungsgruppe sympathisiere, obwohl ihnen die politischen Maßnahmen dieser Partei die meisten strukturellen und sozialen Nachteile brächte. Das Zustandekommen dieses Widerspruchs begründet Stajic nicht nur durch die medial – politische Strategie der FPÖ, sondern auch darin, dass Migrant*innen diese Strategien nicht durchschauen könnten und ihrem Irrglauben unterlägen. (Siehe Punkt 5.2.3.4. *Bevormundung*).

„Serbischstämmiger wird FPÖ – Gemeinderat in Wien“, Olivera Stajic (vgl. Stajic 2015)

Am 15. Oktober 2015 veröffentlichte Stajic den Artikel zur Vorstellung von Nemanja Damjanovic, einem Simmeringer Bezirksrat, der als Gemeinderat der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ) in das Wiener Rathaus einziehen wird. Aufgrund seiner politischen Einstellung und seiner serbischen

Herkunft wird Damnjanovic in dem Artikel als „Bindeglied“ zwischen der serbischen Community in Wien und der FPÖ angegeben (vgl. Stajic 2015). Im Artikel verortet Stajic Damnjanovic gesellschaftlich als Migrant und spricht von seiner Kompetenz, als „*Bindeglied*“ zwischen der serbischen Community in Wien und der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ) fungieren zu können. Begründet werden diese Statements über Damnjanovics Kompetenzen oder gesellschaftliche Positionierung nicht per se. Stajic gibt hierbei biografische und politische Informationen zu seiner Person an, aus privatem wie beruflichem Bereich: *„Der ehemalige Fußballprofi und Versicherungsvertreter wurde 1972 in der zentral-serbischen Stadt Kragujevac geboren und engagierte sich mehrere Jahre lang als Bindeglied zwischen der serbischen Community und den Freiheitlichen. Unter anderem sorgte er für das Sponsoring von Konzerten und Kulturveranstaltungen. Im Wiener Wahlkampf war er mit Öffentlichkeitsarbeit betraut und arbeitete auch an [Heinz Christian] Straches Musikvideo mit.“* (Stajic 2015)

Diese Beschreibungen werden im Interview nicht mit direkten Aussagen von Damnjanovic in Verbindung gebracht. Er positioniert sich als Fürsprecher einer serbischen Community in Wien und meint, dass sein politisches Engagement unter anderem dazu diene, diese gesellschaftliche Gruppe in der Erfüllung ihrer Bedürfnisse unterstützen zu können (vg. Stajic 2015). Ebenfalls sagt Damnjanovic, dass *„seine Arbeit nun endlich anerkannt werde“*. (Stajic 2015) Auf welche Arbeit er damit konkret referiert, sei es nun im Bereich der FPÖ, der Förderung der serbischen Migrant*innen in Österreich oder der Verbindung zwischen diesen Akteur*innen, ist nicht erkennbar.

„Wir beide sind nicht in Konflikt, es sind unsere Identitäten“, Sinisa Puktalovic
(vgl. Puktalovic 2016/1)

Puktalovics Artikel zum Vorantreiben von Versöhnungsprozessen am Balkan erschien am 13. April 2016 auf der Online - Plattform daStandard.at. Der Artikel berichtet von einer Veranstaltung mit dem Titel „Erinnerung an den Krieg - Krieg der Erinnerungen“ im Albert – Schweizer - Haus in Wien, die sich der Aufarbeitung des Balkankrieges widmet (vgl. Puktalovic 2016/1). Auf eine Friedensorganisation geht Puktalovic genauer ein: das Center for Nonviolent Action (CNA) in Sarajevo und Belgrad, geleitet von Nedžad Horovic (ebd.). Sie dient der Aufarbeitung des Balkankrieges und Instandhaltung der Erinnerungen als präventive Sicherheitsmaßnahme gegen ähnliche Konflikte. Die Organisation hält Trainings zu gewaltfreiem Aktionismus, an denen Veteran*innen verschiedener Parteien des Balkankrieges gemeinsam teilnehmen.

In dem Artikel lässt Puktalovic Nedžad Horovic und Ivana Franovic zu Wort kommen, die Gründungsursachen und den Zweck ihrer Organisation dezidiert angeben. Beide verweisen darauf, dass die Folgen des Balkankrieges noch deutlich erkennbar sind und weiterhin für Konfliktpotential

sorgen. „[Der Balkankrieg] dominiert [vor allem in Bosnien und Herzegowina] den Alltag von uns allen, nach wie vor. Die Aufarbeitung des Krieges geht nur sehr langsam voran. Viele versuchen es zu verdrängen, aber das geht nicht. Wir müssen uns erinnern, die Frage ist bloß, wie?“ (Horovic nach Puktalovic 2016/1) Als Vertreter*innen der Friedensorganisation geben Franovic und Horovic an, dass aufgrund dieser Prozesse aufgrund des nach wie vor vorhandenen Konfliktpotenzials adäquate und umfassende Aufklärungsarbeit unterbrochen werden kann. Franovic beschreibt, dass die Aufklärungsarbeit des Krieges Verständnis darüber bringe, wie es zum Ausbruch und Entstehen des Balkankrieges kommen konnte (vgl. Puktalovic 2016/1). Könne man diesen Prozess nachvollziehen wisse man auch, wie man hinsichtlich des aktuellen Konfliktpotentials agieren müsse, um weitere Konflikte zu vermeiden. Ergo sollen Anzeichen für einen Krieg schneller registriert und umfassende Aufarbeitung geleistet werden, um die Möglichkeit eines in Zukunft weiteren Konflikts weitestgehend zu verringern (ebd.). Franovic beschreibt diese Verpflichtung zur Friedensförderung mit großer Dringlichkeit: „Wir müssen [das Fortbestehen der Balkankonflikte], so schnell es geht, klären, weil das Konfliktpotential zu hoch ist. Die Anzeichen für Krieg müssen erkannt werden, die gab es damals schon in Jugoslawien auch. [...] Die Anzeichen waren da, die Bevölkerung hat es nicht erkannt und sich in den Konflikt manipulieren lassen. Damit es nie wieder passiert, müssen wir aufarbeiten.“ (Franovic nach Puktalovic 2016/1)

Sie verortet die Problematik der multilateralen Aufarbeitung je nach nationalstaatlicher und ethnischer Positionierung: Ihrer Meinung nach bestehen drei verschiedene Narrative, vertreten von den drei verschiedenen Ethnien der Region. Sie führt an, dass sämtliche Verbrechen zu wenig adressiert werden und sich jede Ethnie als das „größte Opfer des Krieges“ sieht (Puktalovic 2016/1).

Die Organisation veranstaltet Trainings zur Aufarbeitung der Kriegserfahrungen von Veteran*innen. Dabei wird für ehemalige Kriegskontrahent*innen die Möglichkeit eines friedenssichernden Dialoges zwischen den ehemaligen Kriegsparteien geschaffen (ebd.). Beispielsweise werden Kriegsdenkmäler besucht und besprochen und der Dialog zwischen den betroffenen Ethnien herbeiführt. Die Trainings werden seit zehn Jahren geführt und fassen bisher rund 200 Teilnehmer*innen (vgl. Puktalovic 2016/1).

Horovic erklärt, dass in Bosnien, Serbien und Kroatien die Versöhnung zwischen den ehemaligen Kriegsparteien aufgrund nationalistischer Politischer Player blockiert ist. „In den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien sitzen in den meisten Regierungen Nationalisten, die, wenn sie an den Krieg erinnern, dann meist nur der eigenen Opfer gedenken.“ (Horovic nach Puktalovic 2016/1). Diese Politiken tragen zum Bestand der gesellschaftlichen Konflikte zwischen Bevölkerungen und Ethnien bei (ebd.).

Mit dem Projekt „War of Memories“ dokumentierte das CNA Denkmäler in Serbien, Bosnien und Kroatien (vgl. Puktalovic 2016/1). Das Projekt wurde bei der Veranstaltung „Erinnerung an den Krieg - Krieg der Erinnerungen“ in Wien vorgestellt und diskutiert. Hierbei verweist Puktalovic auf weitere Organisationsvertrener*innen, die die Relevanz von Denkmälern zur Vergangenheitsaufarbeitung innerhalb einer Gesellschaft angeben: Historiker Robert Streibel von der Plattform Erinnern.at, Pete Hämmerle vom Versöhnungsbund und Jasmina Haracic vom Österreichischen Roten Kreuz (vgl. Puktalovic 2016/1). Horovic verweist bei der Vorstellung des Projekts „War of Memories“ darauf, dass der Großteil der Denkmäler hässlich und verunstaltet ist. Er interpretiert es als ein Zeichen des Fortbestehens des Balkankonfliktes: *„Diese Hässlichkeit der Denkmäler erinnert uns daran, wo wir derzeit als Gesellschaft stehen, sie zeigt uns, dass etwas nicht stimmt. Durch konstruktives Reden über die Denkmäler werden die zukünftigen besser. [...] Auf den Denkmälern wird der Krieg weitergeführt. Es wird noch lange dauern, bis sich die Situation normalisiert.“* (Horovic zitiert nach Puktalovic 2016/1)

„Eine Million vom Wahlrecht ausgeschlossen“, Sinisa Puktalovic (vgl. Puktalovic 2016/2)

Puktalovics Artikel erschien im Rahmen der Bundespräsidentenwahl 2016. Er behandelt den Ausschluss von 13% der Bevölkerung, da diese keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen – allein über 380.000 Personen in Wien. Es wird das Projekt „#InitiativeWahlrecht“ vorgestellt, das für die Änderung des Wahl – und Staatsbürgerschaftsrechts wirbt. Puktalovic adressiert das österreichische Staatsbürgerschaftsgesetz als eines der strengsten und restriktivsten in Europa, laut Puktalovic eingebettet in veralteten Systemstrukturen. Im Artikel wird das durch die Forschungen des Migrant Integration Policy Index (Mipex) bestätigt. Ebenfalls stellt er die Forderung der gesellschaftlichen und politischen Partizipation von Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Vertreter*innen des Projekts „#InitiativeWahlrecht“ kritisieren dass das für die Staatsbürgerschaft geforderte Mindesteinkommen zu hoch und die geforderte Mindestaufenthaltsdauer zu lang ist. Adressiert wird das Erlangen der Staatsbürgerschaft nach dem Geburtsland (ius solis), gegenüber dem Erlangen der Staatsbürgerschaft nach Staatsbürgerschaft der Eltern (ius sanguinis). Puktalovic beschreibt, dass für die Identitätskonzeptionen von Migrant*innen in Österreich das Recht auf politische Partizipation besonders wichtig ist.

5.2. Die Analyse

In diesem Abschnitt folgt die Darlegung der Ergebnisse der durchgeführten Diskursanalyse. Die angegebenen Artikel von daStandard.at werden im Bezug auf die Fragestellung und das darin festgehaltene Forschungsinteresses behandelt. Die zentrale Fragestellung sei hier noch einmal angeführt: *„Wie und wodurch wird in der diskursiven Repräsentation von Migrant*innen in daStandard.at eine destigmatisierende Wirkung gegenüber exkludierten Personen sichtbar?“*

Orientiert an Jägers Methodik deckt die Durchführung einer Diskursanalyse mehrere diskursive Bereiche ab: Der Prozess von Informationsverbreitung und -vermittlung findet in Fakten, Sprache und Narrativen statt (vgl. Jäger 1999). Unter dem Aspekt der Performativität gilt es sowohl spezifischen Wortgebrauch und das direkte, erzähl - basierte Vermitteln von Inhalten zu untersuchen. Auch die indirekte Vermittlung von Inhalten und Assoziationen, durch sprachliche Stilmittel (beispielsweise Metaphern) und der Verknüpfung von Diskurssträngen muss beachtet werden (vgl. Jäger 1999). Die Beeinflussung der konnotativen Ebene von Diskursrezipient*innen wirkt in deren Alltagsverständnis und – handeln fort.

Der Arbeitsprozess der kritischen Diskursanalyse

Abschnitt 5.1. Textbeispiele zeigt die inhaltliche Zusammenfassung der Artikel, die für diese Masterarbeit aufgrund ihrer auf dem Forschungsinteresse basierender Relevanz ausgewählt wurden. Dem folgte die Ausarbeitung und Feinanalyse der vorliegenden Diskursstränge. Beispielsweise haben sich unter anderem spezifische Diskursstränge zur struktureller Diskriminierung von Migrant*innen, Exklusionsmechanismen gegenüber diesen oder der medialen Repräsentation des Österreichischen Gesellschaftsbilds ergeben. Anschließend wurden sämtliche vorliegenden Diskursstrang - Verschränkungen adressiert und dahingehend untersucht, inwieweit solche Verschränkungen in den betreffenden Fällen zu bestimmten diskursiven Effekten führen. In der durchgeführten Analyse zeigte sich, dass die vorkommenden Diskursstrangverschränkungen sowohl zur Verstärkung, als auch zur Abschwächung der Diskursstränge führt. Das kann sich auf die Verstärkung vermittelter Inhalte auswirken, wenn beispielsweise Konnotationen – wie der Verbindung von Migrant*innen und Kriminalität – erzeugt werden. Umgekehrt kann eine humanisierende Darstellung von diskursiv adressierten Personen, diskriminierende Gesellschaftsbilder abschwächen. Den Abschluss der Analyse bildet die Einordnung der dadurch zustande gekommenen Untersuchungsergebnisse unter Rückgriff auf die vorliegenden Materialaufbereitungen sowie Diskursstrangverschränkungen. In Verbindung von Forschungsinteresse, Forschungsstand und empirischem Material, wurden die

Untersuchungsergebnisse hinsichtlich des Fokus der vorliegenden Arbeit analysiert. Die Datenerhebung im Rahmen dieser Untersuchung brachte prozessual neue Erkenntnisse, die eine entsprechende Adaption der Umsetzung forderte. Datenerhebung und -aufarbeitung fanden demnach bis zur finalen Kategorienbildung laufend statt.

Die Bildung der hier vorliegenden Analysekategorien basiert auf dem wissenschaftlichen Anspruch, die Forschung nachvollziehbar und schlüssig aufzuarbeiten - die Qualitätskriterien empirischer Forschung zu sichern. Die Qualitätskriterien dienen im Forschungsprozess dazu, inhaltliche und narrative Diskursstränge und -themen hinsichtlich ihrer diskursiven Positionierung wahrzunehmen. Diese prozessuale Konzeptualisierung durch die ForscherIn ist eine analytische Orientierungshilfe und Informationsaufbereitung hinsichtlich des spezifischen Forschungsinteresses. In dieser Arbeit werden diskursive Elemente aufgrund wissenschaftlich erarbeiteter Erkenntnissen zueinander in Beziehung gesetzt. Stehen beispielsweise mehrere diskursive Stilmittel und Prozesse mit der Konstruktion von Differenzkategorien in Verbindung, werden diese zur Sicherung eines empirischen Überblicks sowohl einzeln als auch in Relation zueinander untersucht. Diskursstränge und -themen bestehen hier immer ineinander verschränkt und in Wechselwirkung zueinander, weswegen sie in dieser Arbeit aus verschiedenen erkenntnistheoretischen Perspektiven gestellt und analysiert werden. Es erleichtert den Forschungsprozess, verschiedene Wechselwirkungen auszuarbeiten und differenziert wahrzunehmen, um deren Relationen und Positionierungen sichtbar zu machen. Gleichzeitig dient es der besseren Nachvollziehbarkeit der Analyseergebnisse und -prozesse für die Leser*innen dieser Masterarbeit. Auf diesem Vorgehen und Verständnis von kritischer und achtsamer Forschung basierend, werden in der Forschung über den Diskurs um Migrant*innen bei daStandard.at konzeptionelle Analysekategorien gebildet. Durch die Analyse anhand dieser Kategorien soll ein qualitativ gesicherter Forschungsprozess zu den diskursiven Ebenen garantiert werden, die für die Beantwortung der forschungsleitenden Fragen relevant und prägnant sind. Im Laufe des Forschungsprozesses entwickeln und formen sich konzeptionelle Untersuchungsebenen, um diesem Anspruch gerecht zu werden.

Die Auswahl der Analysekategorien:

Der erste Arbeitsschritt bestand aus einer inhaltlichen Bestandsaufnahme, um einen Eindruck über die Sprachverwendung zu bekommen. Hier bot sich zuerst an, Begriffe und Benennungen auszumachen, die sich mit Bezug auf die Erforschung von Rassismen gegenüber Migrant*innen zeigten. Benennungen, die im Medium kritisch adressiert oder unreflektiert verwendet werden. Das sind beispielsweise Begriffe wie „Ausländer*innen“, „Inländer*innen“, „serbische Community“, oder „autochtone Bevölkerung“. Mit Bezug auf die Rassismusforschung und den Forschungen zu

Exklusionen gegenüber Migrant*innen in den österreichischen Medien, wurden derartige Begriffe zur kritischen Hinterfragung hervorgehoben. Beispielsweise der kritischen Hinterfragung dessen, ob diese Begriffe politisiert sind oder zur Differenzierung von Personen und Personengruppen verwendet werden. In der Verwendung dieser Differenzkategorien, zeigten sich performative Prozesse von Othering, einer Darstellung von Migrant*innen als etwas „Anderes“ gegenüber einer sogenannten österreichischen Mehrheitsgesellschaft. Solche Diskursstränge der Differenzierung bestehen in der Verwendung von Begriffen die Einfluss auf Identitätskonstruktionen haben, wie Nation, Ethnie und Community. Ethnitisierungsprozessen dienen dem Erzeugen und der Vermittlung ethnischer Zugehörigkeit. Ethnitisierungsprozesse werden dazu verwendet, Gruppen als Ethnien zu verstehen. Im nächsten Analyseschritt wurden diskursive Codierungen ausgearbeitet, um diese Begriffe zum besseren Verständnis darzulegen und der Garantie der Forschungsqualität in spezifischen und überschaubaren Analyse kategorien nachzukommen. Diese Codierung ist mit einer Zuordnung zu Überbegriffen vergleichbar, die sich an einem sprachlichen und inhaltlichen Diskursmittel orientieren. Diese Zuordnung bestand im Bereich der Sprachverwendung, wenn in den Textbeispielen Begrifflichkeiten wiederholt und regelmäßig verwendet wurden. Ein anderer Aspekt der Codierung von Diskurssträngen besteht in der Bedeutung und den Informationen, die hinter den Begriffen stehen. So inkorporiert der Hinweis auf bürokratische und gesetzliche Hürden von Migrant*innen in Österreich, wie dem stark begrenzten Zugang zum Wahlrecht und der damit verbunden politischen Partizipation, das Adressieren der Diskriminierung von Migrant*innen auf struktureller Ebene. Die identifizierten Diskursstränge werden in ihrer Codierung auch ihrer diskursiven Herkunft zugeordnet: dem Aufzeigen davon, wie Begriffe verwendet werden und was sie beschreiben. Die Differenzierungsbegriffe zur Differenzierung von Migrant*innen vermitteln Zugehörigkeit zu: Religionen, Kulturen, geographischer Herkunft, Nationen oder Sprache. Dies ist nur ein Auszug der prägnantesten Differenzkategorien, die in der Analyse der Textbeispiele sichtbar werden. Diskursive Ethnitisierungsprozesse von Migrant*innen wirken zur Differenzierung durch und Zuordnung von Menschen zu verschiedenen Gruppen. Ethnitisierungsprozesse sind diskursive Prozesse rassistischer Ideologie. Hier sei auf *Punkt 3.1.4. Das „Statement on Race“ der UNESCO: Ein geschlossener Diskurs über differenzierende Begriffe* verwiesen. Darin wird beschrieben, wie differenzierende Begriffe zur Zuordnung von Menschen institutionell verändert werden sollen. Die Analyse kategorien die im Laufe des Forschungsprozesses ausgearbeitet wurden, sind:

5.2.1. Differenzkategorien

5.2.2. Diskriminierung auf struktureller Ebene

5.2.3. Sprachverwendung

Die im Forschungsprozess fortwährend ausgearbeiteten Codierungen und diskursanalytischen

Untersuchungskategorien wurden diese drei Analysebereiche ausgearbeitet. Hier besteht relevanter Bezug zur forschungsleitenden Fragestellung, formal durch Kriterien der Frequenz und Präsenz von diesen drei Diskurssträngen von Differenzkategorien, Diskriminierung auf struktureller Ebene, sowie der Sprachverwendung. In der Aufbereitung der empirischen Analyseergebnisse werden die erstellten Analysekategorien mit den ausgearbeiteten Codierungen und den daraus gezogenen Forschungsergebnisse vorgestellt. Sämtliche in der Analyse ausgearbeiteten Punkte und Unterpunkte können nicht als voneinander getrennt konzipiert werden. Sie ergänzen und bedingen einander. Die hier im Forschungsprozess entwickelte analytische Kategorisierung dient dazu, durch Ausarbeitung einzelner diskursiver Phänomene deren Wechselverhältnisse genauer adressieren und beleuchten zu können. Die untersuchten Differenzbegriffe sind die der Nation, der Community, jenen die Einfluss auf Identitätsverständnisse haben und jene, durch Ethnitisierungsprozesse erzeugt werden. Im Bezug auf die genannten Differenzkategorien von den Autor*innen der Fallartikel wird darauf verwiesen, dass differenzierende Begriffe nicht „naturgegeben“ sind, sondern von bestimmten Personen mit bestimmten Absichten konstruiert werden. Wichtig ist festzuhalten, dass diese Differenzkategorien im Diskurs um Migrant*innen bei daStandard.at in ihrer Wirkung nicht als voneinander getrennt konzipiert oder analysiert werden können. Die Aufteilung wurde ausgearbeitet um auszumachen, welche Begriffe und Diskursstränge am öftesten verwendet werden und daher einen prägnanten Einfluss auf den untersuchten Diskurs über Migrant*innen in Österreich haben. Die einzelne analytische Aufarbeitung der Differenzkategorien hilft dabei, jede dieser Kategorien per se genau zu beleuchten, um die Wechselwirkung und Verbindung der Diskursstränge genau untersuchen und festmachen zu können. Gemeinsamer Kernpunkt der Begriffe und Prozesse auf daStandard.at ist, dass sie stets zur Vermittlung von Zugehörigkeit verwendet werden. Der Begriff der Zugehörigkeit ist zentral und fällt im Forschungsprozess schnell ins Auge. Das Benennen von Zugehörigkeiten impliziert die ambivalente Festlegung von In – und Exklusionen von Personen zu bestimmten Personengruppen, die als geschlossene gesellschaftliche Container konzipiert werden (siehe: 5.2.1. Differenzkategorien).

Der Diskursstrang der Diskriminierung von Migrant*innen in Österreich auf struktureller Ebene, womit unter anderem Institutionen, Gesetze oder Behörden gemeint sind, impliziert verschiedene Aspekte sozialer Realität. Die Ausführungen dazu siehe in *Punkt 5.2.2. Diskriminierung auf struktureller Ebene*. Im Vordergrund steht das Aufzeigen von Missständen gegenüber Migrant*innen. Von den Autor*innen wird darauf aufmerksam gemacht, dass der öffentliche Diskurs um Migrant*innen politisiert ist. Es wird darauf verwiesen dass mit politisch motivierter Argumentation die Differenzierung und Exklusion von Migrant*innen erzeugt, erhalten und legitimiert wird. In den Fallartikel werden Leser*innen dazu aufgefordert, der strukturellen Exklusion von Migrant*innen entgegenzuwirken. Die Autor*innen verweisen darauf, dass soziale Realität und die strukturelle Rahmenregelungen zum Umgang mit sozialer Realität nur bedingt auf

einander abgestimmt sind, sich nur bedingt gegenseitig entsprechen.

Punkt 5.2.3. Sprachverwendung ist in folgende Unterpunkte gegliedert: Depolitisierung und Naturalisierung, Humanisierung, Repräsentation von Migrant*innen sowie Konstruktion von Sprachlosigkeit, Bevormundung. Im Bezug auf die Beantwortung der forschungsleitenden Fragestellung steht der Aspekt der Performativität, des Sprechhandelns im Vordergrund. Das Schaffen von sozialer Realität durch Sprache, Sprachverwendung und Begrifflichkeiten wird mit dieser empirischen Analyse aufgezeigt. Die untersuchten Diskursstränge bestehen in ambivalenter Wechselwirkung zueinander und werden wie die anderen analytischen Kapitel bedingt einzeln betrachtet, um ihr Verhältnis zueinander besser zu verstehen und nachvollziehen zu können.

5.2.1. Differenzkategorien im Diskurs über Migrant*innen

In den folgenden Analysepunkten wird angegeben, welche diskursiven Werkzeuge zur Differenzierung von Migrant*innen untereinander und gegenüber der sogenannten „Mehrheitsgesellschaft“ Österreichs im untersuchten Diskurs vorkommen. Die jeweiligen Punkte von 5.1.2.1. bis 5.1.2.1.5. zeigen, inwieweit die hier ausgewählten Analysekategorien in den Textbeispielen von daStandard.at als Differenzkategorien dienen. Je Kategorie geht die Arbeit darauf ein, wieso eben diese Kategorien gefasst und ausgearbeitet wurden. Es werden drei Differenzbegriffe analysiert, die für diese Arbeit von essentieller Bedeutung sind: der Begriff der Nation, der Community und der Ethnie. Diese Begriffe werden im Diskurs um Migrant*innen auf daStandard.at verwendet. Infolge geht diese Analyse der Frage nach, inwieweit diese Begriffe Differenz produzieren und wodurch sie Differenz erzeugen. Damit verbunden analysiert die Arbeit den Einfluss von Differenzkategorien auf Identitätsverständnisse. Eine Frage, die Puktalovic in ihrem Artikel „*Wird beide sind nicht in Konflikt, es sind unsre Identitäten*“ aufwirft (vgl. Puktalovic 2016/1). Um verständlicher zu machen, weswegen der Begriff der Ethnie hier als Differenzbegriff behandelt wird, spricht Punkt 5.2.1.4. *Begriff der Ethnie* an, wie und inwiefern diskursive Ethnitisierungsprozesse dazu verwendet werden, Gruppen von Menschen als Ethnien zu verstehen. Es geht um die Nachvollziehbarkeit dessen, inwiefern der Begriff der Ethnie in den Textbeispielen verwendet wird. Durch das Erzeugen der Differenzen zwischen Migrant*innen und einer sogenannten österreichischen „Mehrheitsgesellschaft“ oder dem Zuordnen von Migrant*innen in verschiedene Gruppen, wird Zugehörigkeit vermittelt.

Wie im vorhergehenden Punkt erklärt, wurde diese analytische Aufteilung und Einteilung aufgrund ihrer Relevanz zur forschungsleitenden Fragestellung und ihren starke Frequenz und Präsenz in den Fallbeispielen ausgearbeitet. Sie können nur bedingt voneinander getrennt untersucht werden, keineswegs aber voneinander getrennt konzipiert werden. Dieser diskursanalytische Arbeitsprozess dient dazu, die gegenseitige Bedingtheit und Gebundenheit dieser Kategorien

analysieren zu können. Wo und wie begegnen sich Diskursstränge zu Differenzkategorien? Welche Differenzkategorien stehen in den untersuchten Textbeispielen im Vordergrund? Im Vordergrund steht die Funktion von differenzierenden Begriffen, die Zugehörigkeiten vermitteln, erzeugen und legitimieren. Der Begriff der Zugehörigkeit bildet Grenzen zwischen sozialen Gruppen und Einzelpersonen, zwischen denen sich klare Grenzen von In – und Exklusion ziehen lassen. Personen und Personengruppen werden im Containerkonzept gedacht und vermittelt. In den Textbeispielen wird der Differenzbegriff der Nation und Ethnie kritisiert und reproduziert. Der Begriff der Ethnie, werden mittels diskursiver Ethnitisierungsprozesse werden in den Textbeispielen von daStandard.at nicht dahingehend kritisiert, dass sie bereits durch ihr Bestehen Differenz erzeugen. Stajic und Puktalovic gehen darauf ein, inwieweit die Verwendung des Ethnie – Begriffes politisch instrumentalisiert wird und Einfluss auf Identitätsverständnisse nimmt.

Die Analysekategorien sind wie folgend aufgeteilt:

5.2.1.2. Einfluss auf Identitätsverständnisse

5.2.1.3. Begriff der Nation

5.2.1.4. Begriff der Ethnie

5.2.1.5. Begriff der Community

Es ist wichtig, bei der analytischen Betrachtung dieser Begriffe stets im Auge zu behalten, dass der übergeordnete Zweck jener ist, Zugehörigkeit zu vermitteln. Große Bedeutung hat der Begriff der Nation, der im untersuchten Diskurs eng mit Identitätsverständnissen sowie den Begriffen der Ethnie und Community verbunden ist. Die Vermittlung von geographischer Herkunft, beispielsweise durch den Begriff der Heimat, spielt eine große Rolle. In den Textbeispielen und damit der Diskursanalyse wird behandelt, dass Differenzkategorien mit weiteren Begriffen der Zuordnung von Personen und Personengruppen wie Religion, Tradition oder Sprache erweitert werden. Beispielsweise stellt sich mit Puktalovics Artikel „*Wir beide sind nicht in Konflikt, es sind unsre Identitäten*“ die Frage, inwieweit das ambivalente Verhältnis von mehreren Differenzkategorien sich auf das Identitätsverständnis einer Person auswirkt (vgl. Puktalovic 2016/1). In Puktalovics Artikel zur Aufarbeitung des Balkankonfliktes wird darauf verwiesen, welche Spannungen Identitätsverständnisse bergen, wenn sie mit unterschiedlich konzipierten Begriffen von Zugehörigkeit adressiert werden (vgl. Puktalovic 2016/1). Der Begriff der Community dient ebenso dem Vermitteln von Zugehörigkeit und wird im untersuchten Diskurs laufend verwendet. Differenzkategorien implizieren, dass eine Person einer einzelnen Community oder geographisch Konzipierter Heimat zugewiesen werden und dementsprechend agieren muss. Im untersuchten Diskurs auf daStandard.at wird der Begriff der Community als geschlossene Einheit verwendet, die im Gegensatz zu einer sogenannten Mehrheitsgesellschaft steht einer sogenannten

„Mehrheitsgesellschaft“ gezeigt wird.

Punkt 5.2.1.1. *Begriffe werden konstruiert* bezieht sich auf alle Differenzkategorien im Diskurs um Migrant*innen in Österreich. Es ist ein Hinweis der Autor*innen bei daStandard.at darauf, dass differenzierende Begriffe als geschlossene Konzepte laut Wörterbuch nicht als „neutralen“ Beschreibung sozialen Realität verstanden werden können – dass sie sich oft widersprechen und soziale Realität nur bedingt erfassen und zeigen können. Es sind Begriffe, die In – und Exklusionen bedingen und legitimieren. Inwiefern werden diese Aspekte den Informationsempfänger*innen auf daStandard.at näher gebracht? Der Diskurs auf daStandard.at weist darauf hin, dass Begriffe nicht naturalisiert werden dürfen, sondern als Konstrukte sozialer Realität gesehen werden müssen. Als Begriffe, die von bestimmten Menschen mit bestimmten Zielen geschaffen werden.

5.2.1.1. Begriffe werden konstruiert

Im Diskurs über Migrant*innen auf daStandard.at weisen die Autor*innen unterschiedlich darauf hin, dass Begriffe nicht als unveränderbar und ahistorisch verstanden werden dürfen, sondern in bestimmten Kontexten unter Absichten bestimmter Personen geschaffen werden. So wird in Puktalovics Artikel über die Aufarbeitung des Balkankonflikts darauf hingewiesen, dass die Bedeutungszuweisung durch diskursive Ethnitisierungsprozesse bedeutenden Einfluss auf die Zusammensetzung von Identitätsverständnissen hat (vgl. Puktalovic 2016/1). Differenzbegriffe wie der Nation, der Community und der Ethnie sind zentraler Bestandteil des untersuchten Diskurses bei daStandard.at. Ihre diskursive Wirkung fällt je nach Anwendung unterschiedlich aus (ebd.). Auf der anderen Seite führt eine unreflektierte Verwendung zur Reproduktion der Differenzkategorie, das dem Prinzip hegemonialer Opposition zugrunde liegt. Wenn zum Beispiel konstruierte Begriffe zur Vermittlung von Zugehörigkeit, wie zu Nationen oder Communities reproduziert wird. Im Fall von Stajics Artikel ist die Zugehörigkeit von Migrant*innen zu Communities verschiedener geographischer Herkunft und sozialer Positionierung an deren politische Gesinnung gebunden (vgl. Stajic 2015 u. 2016/2). Begriffe zur Vermittlung von Zugehörigkeit, die Identitätsverständnisse von Migrant*innen spezifizieren und definieren, implizieren Ab – und Ausgrenzungen von gegenüber einer österreichischen „Mehrheitsgesellschaft“. Sie wirken als deskriptive Zuschreibungen, indem sie das standardisierte und homogenisierte Bild der Migrantin innerhalb des rassistischen Diskurses fixieren. Sie wirken als präskriptive Zuschreibungen, indem sie soziale Realität um, von und mit Migrant*innen in Österreich zweckorientiert auslegen und begründen. Im untersuchten Diskurs werden differenzierende Begriffe einerseits reproduziert, als auch dekonstruktivistisch hinterfragt. Die Auslegung als auch Festlegung dieser Begriffe ist arbiträr und ist ein Merkmal rassistischer Strukturen. Im Prozess des Othering werden im untersuchten Diskurs homogenisierende und standardisierende Differenzen zwischen Menschen oder Menschengruppen erzeugt. Infolge werden ihnen besondere Merkmale und Charakteristika zugeschrieben, die „sie“ in Opposition zum hegemonialen „wir“ stellen. Es liegt vor, was Terkessidis in seinem Konzept „*Das Inventar rassistischer Praxis*“ durch den Begriff des „auffälligen Merkmals“ beschrieben hat: arbiträre Außenzuschreibungen (wie der Zugehörigkeit zu einer Ethnie oder Community) dienen der konventionellen Differenzierung von Migrant*innen und „*österreichischen Einheimischen*“ (vgl. Terkessidis 2004: 179 f.). Einer Differenzierung von Migrant*innen, die von bestimmten Personen zu bestimmten Zwecken gemacht wird. Dazu ein Beispiel aus Puktalovics Artikel „*Eine Million vom Wahlrecht ausgeschlossen*“: Hier weist Puktalovic direkt darauf hin, dass Begriffe zur Vermittlung von Zugehörigkeit differenzierend verwendet werden, was die Rechtfertigung gesellschaftlich konstruierte Segregation und Exklusion implizieren kann (vgl. Puktalovic 2016/1).

Hier stellt sich die Frage, inwieweit sich diese Differenzierungen auf den Begriff der Nation berufen. Es wird aufgezeigt, dass solche Unterscheidungen nicht „natürlich“ sind, sondern sozialhistorisch konstruiert und politisch instrumentalisiert werden. Mit dem Hinterfragen von Differenzkategorien wird sichtbar gemacht, wie institutionelle Strukturen und Prozesse, ausgelagert auf die Ebene persönlicher Identitätsverständnisse und individueller Zugehörigkeiten, durch den Apparat des Rassismus produziert werden.

5.2.1.2. Einfluss auf Identitätsverständnisse

Differenzkategorien beeinflussen individuelle und kollektive Identitätsverständnisse. Identitätsverständnisse selbst werden im Diskurs als ein Konstrukt gezeigt, die strukturell und gesellschaftlich geprägt sind. In dem Artikel *„Wir beide sind nicht in Konflikt, es sind unsre Identitäten“* (Puktalovic 2016/1) werden ethnitisierte kollektive Identitätsverständnis verschiedener Kriegsparteien des Balkankonfliktes der persönlichen Subjektivität von Kriegsveteran*innen entgegengestellt und damit den Rezipient*innen vermittelt, wie sozialhistorische und politische Kontexte das Selbstverständnis einer Person beeinflussen. Es wird darauf hingewiesen, dass Veteran*innen verschiedener Parteien des Balkankonfliktes sich weniger als persönliche Individuen im Krieg kämpfen sehen, denn als Mitglieder eines nationalstaatlich – ethnisch geprägten kollektiven Identitätsverständnisses. *„Bei einem dieser Treffen hat ein Kriegsveteran zu einem anderen gesagt: „Wir beide sind nicht in Konflikt, es sind unsere Identitäten“* (Horovic nach Puktalovic 2016/1) Hier wird der Begriff der Identität als Etwas angegeben, dass sich konstant verändert und dabei in Interaktion mit seinem Umfeld steht.

Neben dem Begriff der Nation und der Ethnie sind in den analysierten Textbeispielen Kultur und kulturelle Zugehörigkeit ein zentrales diskursives Differenzwerkzeug. Die *„kulturelle Identität“* von Migrant*innen wird bei daStandard.at wiederholt verwendet und per se konzipiert. Das implizieren beispielsweise Aussagen, die gesellschaftliche Positionierungen von Migrant*innen, an kulturellen Traditionalismen binden und auf der Re - Identifikation der Migrant*innen mit einer Herkunftskultur aufbauen. *„Etwas formeller war das Filmcasino, das der jugoslawischen Community zwischen 1979 und 1989 als Veranstaltungsort für kulturelle Aktivitäten diente. Hier zeigten die Arbeitervereine neue Filme aus der alten Heimat und hielten Folklore – Tanzproben ab, hier trafen sich die Schiedsrichter der Sportvereine und die Lehrer für den muttersprachlichen Unterricht.“* (Stajic 2016/1). Daran gebunden, wird unter verschiedenen Aspekten auf den Begriff der Heimat verwiesen. Entgegen dem Begriff der Identität, der sowohl reproduziert als auch kritisch adressiert und als gesellschaftliches Konstrukt aufgezeigt wird, wird das Begriff der Heimat nicht hinterfragt. „Heimat“ erscheint als ahistorisch existenter und

geographischer Ort, der im untersuchten medialen Diskurs laufend instrumentalisiert und reproduziert wird. Beispielsweise heißt es bei Stajic: „*Der ehemalige Südbahnhof (jetzt Hauptbahnhof) und der Westbahnhof waren [...] wichtige Treffpunkte für die Arbeiter aus dem ehemaligen Jugoslawien. Hier trafen sie sich, um Neuigkeiten aus der Heimat auszutauschen [...]*“ (Stajic 2016/1). Dieser fiktive Ort der Heimat erscheint als ein fixierter, beinahe geographisch begrenzter Ort, der für alle Gastarbeiter*innen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien gleich ist. Das Verständnis von Heimat ist das eines konstruierten Ortes, der national – territoriale Separation sowie Geschlossenheit und Einmaligkeit vermittelt. Heimat ist hier ein standardisiertes Konstrukt sozialer Realität. Für die betreffenden Personen besteht eine singuläre Heimat - sie kann nicht im Plural bestehen und dient als Eckpfeiler persönlicher Identitätsverständnisse. Daran gebunden werden einheitliche gesellschaftliche Bereiche, wie der Kultur, Traditionen und Sprache (vgl. Stajic 2016/1). Gebunden an sozialhistorische und politische Kontexte, ist der Begriff der Heimat hier als räumlich definierter Traditionalismus zu sehen, der bestimmten Bevölkerungsgruppen Zugehörigkeit zuspricht, während er andere Gruppen exkludiert. Auf dieser Vorstellung basierend, wird das Filmcasino in Wien aufgrund sportlicher und kultureller Aktivitäten für Migrant*innen aus dem ehemaligen Jugoslawien ihre „*Heimat der Jugoslawen*“ angegeben, Österreich als „*neue Heimat*“ (ebd.). Hier wird die Singularität des Begriffes der Heimat ausgeweitet, indem von einer „*alten* -“ und einer „*neuen Heimat*“ gesprochen wird. Der Begriff zur standardisierten Beschreibung sozialhistorischer Kontexte und sozialer Lebensrealität, wird von einem singulären territorialen Ort losgelöst. Gleichzeitig ist der Bereich der „*neuen Heimat*“ wieder auf bestimmte Orte, meist innerhalb nationalstaatlich definierter Grenzen, beschränkt. Der Ort räumlicher Niederlassung, das „*Ziel*“ der Migrant*innen ist Österreich, ist Wien, sind bestimmte Orte in Wien – allesamt standardisiert und durch soziale wie geographische Grenzen definiert. Neben der „*alten*“ wird auch die „*neue Heimat*“ als Eckpfeiler persönlicher Identitätsverständnisse von Migrant*innen dargestellt. Beide Begriffe wirken im gleichen Sinne als räumlich definierte Traditionalismen, denen In – und Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen eigen sind.

5.2.1.3. Begriff der Nation

Räumlich - geographisch gebundene Identitätsbegriffe können nicht untersucht werden, ohne den Begriff der Nation mit einzubeziehen. Im Rahmen der Analyse wird der Begriff der Nation als institutioneller Handlungsrahmen aus kritisch - realistischer Perspektive adressiert. Kritisiert wird vor allem die Einordnung von Menschen hinsichtlich ihrer nationalen Staatsbürgerschaft, mittels derer die Lebensrealität von Personen geregelt wird. Diese Einordnung von Menschen anhand ihrer nationalen Staatsbürgerschaft birgt gerade für Migrant*innen ohne österreichische

Staatsbürgerschaft viele Einschränkungen und Exklusionen auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen. Das reicht von banal wirkenden Alltagserlebnissen wie den Ausschluss von Ermäßigung von Jahresfahrkarten der Österreichischen Bundesbahn (ÖBB), bis hin zu großen strukturellen Prozessen wie dem Zugang zum Arbeitsmarkt.

Nationalstaatliche Zugehörigkeit wird bei daStandard.at zur differenzierenden Beschreibung von Personengruppen verwendet, deren institutionellen Implikationen und Differenzierungen jedoch kritisiert. Nationale Staatsbürgerschaft wird als Differenzbegriff adressiert und darauf Bezug genommen. Jedoch wird an dem Begriff direkte Kritik geübt, insbesondere bezüglich der Einschränkung und Regelung von Lebensrealitäten. *„In den Jugendzentren beschäftigen wir uns schon lange mit politischer Bildung und Partizipation – verstärkt seit der Wahlaltersenkung. Viele der Jugendlichen, die zu uns kommen, zeigen zwar reges Interesse an der Politik, aber eine zunehmende Zahl von ihnen darf nicht wählen.“* (Langer zitiert nach Puktalovic 2016/2) Der Fokus dieses Artikels liegt auf der Regelung des österreichischen Wahlrechts. Hier wird die Schere zwischen denen aufgezeigt, die Recht zur strukturellen politischen Partizipation (wie das Wahlrecht) haben und jenen, die von solchen Politiken zwar direkt betroffen sind, aber über keine formalen Partizipationsmöglichkeiten wie das Wahlrecht verfügen. Infrage gestellt wird damit auch die bürokratisch – politische Festlegung und Einordnung der Einwohner*innen Österreichs. Begriffe wie Staatsbürger*innen, Einwohner*innen, Personen mit/ ohne Aufenthaltsbestätigung oder Personen die/ nicht in Österreich gemeldet sind, bergen verschiedene In – und Exklusionen. Diese wirken auf gesellschaftliche Bereiche wie politische Rechte und öffentliche Sozialleistungen ein. Auf die Arbitrarität dieser Konzepte gesellschaftlicher Positionierungen verweist Puktalovic in ihrem Artikel *„Eine Million vom Wahlrecht ausgeschlossen“* verwiesen, indem zum Beispiel die Begriffe von Staatsangehörigkeit, Bevölkerung und Einwohner*innen gegenübergestellt werden: *„Und wie schon in der ersten werden auch in der zweiten Runde [der Bundespräsidentenwahl] knapp eine Million Einwohner Österreichs von der Wahl ausgeschlossen sein. Das sind knapp 13 Prozent der Bevölkerung.“* (Puktalovic 2016/2) Damit verweist Puktalovic auf die Unterschiede zwischen den Begriffen Bevölkerung und Staatsbürger*innen, die durch institutionelle Regelungen sichtbar werden. Individuelle Aspekte, wie die der Aufenthaltsdauer, persönlicher Positionierungen zu Gesellschaft oder Nationalstaat, Kontakte und Netzwerke spielen eine Rolle für die Einwohner*innen Österreichs betreffende Person. In den formellen Kategorien finden sie nur eingeschränkt Platz oder Berücksichtigung. Kritisiert werden neben strukturellen Differenzierungen auch die Simplifizierung verschiedener gesellschaftlicher Positionen. Kontextuell und situativ variierende Definitionen wie Wohnort, Familiensitz, Aufenthaltsbescheid oder Arbeitsplatz werden in vielen institutionellen Mechanismen auf das Konzept der Staatsangehörigkeit reduziert. „Abstammung“ und lokale Herkunft wirken als legitime Kategorien von Segregation und Exklusion aus gesellschaftlichen Räumen und Prozessen (vgl. Puktalovic 2016/2).

Der Begriff der Nation und die daran gebundene Staatsangehörigkeit wird in dieser Arbeit de – konstruktivistisch hinterfragt. Rezipient*innen von daStandard.at werden dazu aufgefordert, an den Begriff der Nation gebundene Prozesse von Grenzziehung insofern so zu sehen, dass sie auf multiplen gesellschaftlichen Ebenen stattfinden. Sie nicht als unüberwindbar sondern veränderbar zu denken. Diese Forderung bezieht sich auf Positionierungen des Individuums in der Gesellschaft, die rein mittels geographisch gebundener Lokalität argumentiert werden (beispielsweise auf Gesetzesebene) (vgl. Puktalovic 2016/2; Terkessidis 2004: 102).

5.2.1.4. Begriff der Ethnie

In dieser Arbeit wird der Begriff der Ethnie kritisch und als problematisch adressiert: Er wird in den untersuchten Textbeispielen von Stajic und Puktalovic verwendet und reproduziert. Gleich dem Begriff der Nation wirkt der Begriff der Ethnie im Diskurs von daStandard.at dahingehend, dass er Menschen differenziert und verschiedenen Gruppen zuordnet. Die diskursive Wirkung ist sowohl in – als auch exkludierend und in der hier durchgeführten Analyse zeigt sich, dass der Begriff der Ethnie, gleich dem der Community und Nation, starken Einfluss auf individuelle wie kollektive Identitätsverständnisse von Personen hat. Bei daStandard.at wird der Begriff der Ethnie durch diskursive Ethnitisierungsprozesse erzeugt. Wie und inwiefern werden in dieser Masterarbeit demnach diskursiver Ethnitisierungsprozess in ihrer Wirkung als solche identifiziert?

In Punkt 3.1.4. *Das „Statement on Race“ der UNESCO: Ein geschlossener Diskurs über differenzierende Begriffe* wurde ausgearbeitet, wie auf institutioneller Ebene der UNESCO in einer Gruppe von Wissenschaftler*innen ein geschlossener Diskurs darüber geführt wurde, wie man der rassistischer Ideologie vorbeugend entgegenwirken kann. Dieser Diskurs bezog sich auf den Bereich der Sprachverwendung und den Begriff der „Rasse“: der Ansatz war, den Begriff der „Rasse“ abzuschaffen (vgl. Punkt 3.1.4. *Das „Statement on Race“ der UNESCO: Ein geschlossener Diskurs über differenzierende Begriffe*, S.36). Die Institution der UNESCO beschreibt in den veröffentlichten *„Four Statements on Race on the race question“* folgendes Ziel: den Diskurs und das Verständnis von „Rasse“ aufzulösen, so die universalen Menschenrechte zu sichern und zukünftigen Katastrophen ähnlich der Schoah damit vorbeugend entgegenzuwirken (vgl. UNESCO 1969: 17 f.). In den *„Four Statements on the race question“* wird nicht die Differenzierung von Menschen in Gruppen per se (mittels verschiedener Differenzbegriffe mit der gleichen Wirkung wie dem der Rasse) als problematisch ausgearbeitet (ebd.). Vielmehr führte der institutionalisierte Diskurs der UNESCO, dass der Differenzbegriff der „Rasse“ gegen den der „Ethnie“ abgelöst wurde (vgl. Lentin 2004: 80 – 88). Es wurden diskursive Ethnitisierungsprozess etabliert, die zu der Zuordnung von Menschen in verschiedenen Gruppen führen: Auf daStandard.at

zeigen sich diese Ethnitisierungsprozess darin, dass sie Menschen auf verschiedenen Ebenen ihrer Lebensrealität adressieren und gruppieren. Dem Begriff der Ethnie werden Sprachen, Kulturen, geographische Verortung, Traditionen und viele andere Aspekte sozialer Lebensrealität untergeordnet – meist ist es die Kombination und Bündelung mehrerer Aspekte, die das Gesamtbild einer Ethnie erstellen. Diesem Gesamtbild werden Menschen zugeordnet. Infolge werden Menschen Eigenschaften und Charakteristika zugeschrieben, die als „typisch“ für deren ethnische Zugehörigkeit konzipiert werden. Der Begriff der Ethnie wirkt dabei als kulturell relativierender Ersatz für den Begriff der „Rasse“ und der Reproduktion von Ungleichheitsverhältnissen (vgl. Lentin 2004: 80 - 88). Die diskursive Positionierung von verschiedenen „Ethnien“ unterscheidet sich in Struktur und Wirken nicht von denen, die auf verschiedenen „Rassen“ basieren (siehe Punkt 3.1.4. *Das „Statement on Race“ der UNESCO: Ein geschlossener Diskurs über differenzierende Begriffe*). In dieser Arbeit ist der Begriff der Ethnie deshalb als problematisch konzipiert, weil er den Prozess des „Othering“ sozusagen unter einem anderen Namen fortführt.

Im Unterschied zum Begriff der Nation besteht in den Analysebeispielen kein Verweis darauf, dass der Begriff der Ethnie oder dessen Verwendung Differenzierung und damit verbundene Exklusion und soziale Ungleichheit reproduzieren. Diskursive Ethnitisierungsprozesse werden in den Textbeispielen verwendet, um Personen stereotypisierten und homogenisierten Gruppen zuzuweisen. Sie dienen zur Deskription und Präskription von Menschen, die voneinander unterschieden werden. Siehe im Artikel von Puktalovic: *„Die Allgegenwärtigkeit des Krieges hat dazu geführt, dass die vermeintliche Wahrheit über den Krieg zu einem Teil der DNA der ethnischen Identität geworden ist. [...] Die Zusammentreffen von Kriegsveteranen verschiedener Ethnien stimmen die beiden Mitarbeiter des Zentrums für gewaltfreie Aktion positiv.“* (Puktalovic 2016/1). Kritisch adressiert werden die Folgen auf struktureller Ebene, die Differenzbegriffe mit sich bringen. Gefordert wird das Auflösen der Instrumentalisierung von Differenzbegriffen, nicht das kritische Enttarnen von Differenzbegriffen an sich als gesellschaftliches Konstrukt. Diese Verwendung ist insoweit kritisch, als dass sie auf Ungleichheiten aufmerksam macht, die der Zuschreibung von Menschen in verschiedene Ethnien zugrunde liegen. Schlussendlich bleibt sie aber problematisch, da der Begriff der Ethnie zur Konstruktion und Legitimation von Othering impliziert. Es wird auf die nationalstaatliche Spaltung auf politischer Ebene aufmerksam gemacht. Diskursive Ethnitisierungsprozesse jedoch, die ebenso Differenzierung und Othering bedeuten, werden weiterverwendet und erscheint als natürliche Differenzkategorie zwischen den verschiedenen Konfliktparteien. Reproduziert wird das Verständnis von in sich geschlossenen und nationalstaatlich gebundenen Bevölkerungsgruppen, die auf dem Konzept der Ethnie basieren. Puktalovic übernimmt hier die Position der als ExpertIn vermittelten Friedensaktivistin Ivana Franovic vom Zentrum für gewaltfreie Aktion (Center for Nonviolent Action, CNA): *„All diese*

Narrative [über begangene Kriegsverbrechen] haben eines gemeinsam und zwar, dass die eigene Ethnie immer das größere Opfer des Krieges ist. So hat jede Ethnie immer ein passendes Beispiel parat, falls die "andere Seite" ihr Verbrechen vorwirft." (Puktalovic 2016/1, Hervorh. d. Verf.) Positionierungen von Kriegsparteien und deren Handlungen werden auf ethnische Zugehörigkeit zurückgeführt, die hier auch das Fortbestehen politischer Konflikte legitimiert.

Ein weiterer Punkt zur Legitimation bestehender Konflikte wird in der nationalistischen Regierungspolitik angegeben. Kritisiert wird die Differenzierung und Oppositionierung von Gesellschaftsgruppen aufgrund politischer Prozesse. Unausgesprochen bleibt der Prozess des Othering als ein Bestandteil des rassistischen Diskurses um Migrant*innen: diskursive Ethnitisierungsprozesse wirken zur hegemonialen Differenzierung von „unserer -“ und „anderen Ethnien“. Puktalovic gibt hier die Positionierung wieder, dass die mangelnde Aufarbeitung der Kriegsverbrechen des Jugoslawien – Krieges von den nationalistischen Regierungsparteien der Nachfolgestaaten beabsichtigt sei: *„Viele wollen auf dem Balkan nicht die Aussöhnung vorantreiben – die Politik noch am wenigsten [...] In den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien sitzen in den meisten Regierungen Nationalisten, die, wenn sie an den Krieg erinnern, dann meist nur der eigenen Opfer gedenken [...].“* (Franovic nach Puktalovic 2016/1). Im Diskurs werden die Begriffe von Ethnie und Nation verbunden (vgl. Hall 1994/2: 23).

5.2.1.5. Begriff der Community

Wo Differenzkategorien verwendet werden, kommt der übergreifende Begriff der Community ins Spiel. Bei daStandard.at wird der Begriff der Community mehrheitlich verwendet und naturalisiert: eine Community, definiert durch ähnliche Migrationserfahrung wie der Emigration aus dem gleichen Land, existiert und ist eindeutig auszumachen. Im Bezug auf Migrant*innen in Österreich birgt eine nationalstaatliche Herkunft zugleich eine darauf basierende Community in Österreich: im Untersuchungsmaterial besonders prägnant wirken die dargestellte Community jugoslawischer Gastarbeiter*innen in Wien die aus Serbien stammenden FPÖ – Wähler*innen (vgl. Stajic 2015 u. 2016/1).

Naturalisierte Differenzkategorien wie Ethnie oder Nationalstaatlichkeit werden durch den Begriff der Community für Rezipienten noch deutlicher gefasst und abgebildet. Diese definierte "Einheit" von Menschen vermittelt eine soziale Positionierungen nach dem Container – Konzept: Communities werden als nach Innen und Außen homogene und geschlossene Räume ohne Übergänge oder Grauzonen dargestellt (vgl. Puktalovic 2016/1). „Community“ wirkt Diskurs - verschränkend: unterschiedliche Begriffe werden mit gleicher Maßeinheit behandelt. Verstärkt wird dabei der Effekt des Othering. Beispielsweise heißt es in einem Kommentar von Stajic: *„Sowohl*

der Großteil der Migranten vom Balkan als auch die sogenannten russischen Spätaussiedler denken mehrheitlich konservativ. [...] [Sie finden] bei den Rechtskonservativen eher ihre Werte vertreten als bei den Linken. Außerdem sind sie dem Irrtum aufgesessen, dass die ausländerfeindlichen Parolen nicht an sie gerichtet sind, weil sie sich zu den Guten und Anständigen zählen, die angeblich von den Anfeindungen ausgenommen sind.“ (Stajic 2016/2) Hier werden als homogen konzipierte Bevölkerungsgruppen voneinander differenziert: Migrant*innen verschiedener Herkunftsländer, Religionen oder Ethnien werden zu Einheiten gemacht, die man klar voneinander trennen und gegenüberstellen kann. „Migrant*innen – Communities“ wird ein einheitlicher Bestand an „eigenen Werten“ zugeschrieben, die ebenso wie ihre Denkweise per se als konservativ und vorwiegend politisch – rechts angegeben wird (ebd.).

Betont wird das Oppositionsverhältnis zwischen “Communities” und einer anderen einheitlichen Bevölkerungsgruppe, die hierarchisch über dem Begriff einer Community steht. Hier werden “Communities” als die defizitäre Abweichung zur “Mehrheitsbevölkerung” vermittelt, gleich der Migrantin gegenüber dem “Einheimischen” (vgl. Stajic 2015). Im Diskurs entsteht eine homogenisierte soziale “Einheit” der Identitätsverortung, die als “natürliches Ganzes”, von Innen – wie Außenperspektive, offensichtlich und selbstverständlich erscheint. So wird im untersuchten Diskurs der Bezirksrat Nemanja Damjanovic als “Bindeglied” zwischen der FPÖ und der “serbischen Community” in Österreich angegeben: FPÖ – Anhänger*innen werden nicht in Verbindung zu ihren politischen Interessen, sondern der Zugehörigkeit zu einer homogenen und stereotypisierten “Migrant*innen – Community” gezeigt (vgl. Stajic 2015; Stajic 2016/2). Unterschiedliche Positionierungen zwischen Individuen oder Gruppen werden ausgeblendet.

5.2.2. Differenzierung auf struktureller Ebene

Dieser Punkt stellt nun verschiedene Phänomene und Aspekte *struktureller Diskriminierung* vor, die sich im Laufe der Analyse als zentral für die Beantwortung der forschungsleitenden Fragestellung erwiesen haben. Das betrifft den kritischen Verweis auf Exklusion durch gesellschaftliche Strukturen, sowie direkte Forderungen der Autor*innen, diese Strukturen infrage zu stellen und zu verändern. Gleich im vorigen Punkt stellt sich auch hier die Frage, inwieweit jene Bereiche der Exklusion von Migrant*innen nicht nur kritisch adressiert, sondern auch diskursiv reproduziert werden. Strukturelle Diskriminierung, variiert kontextuell und sozialhistorisch, wird prozessual ständig produziert und reproduziert. Strukturelle Exklusion wirkt multipel und oftmals alltäglich auf die Lebenssituationen von Migrant*innen ein. Beispielsweise des erschwerten Zugangs zu Arbeitsmarkt, Bildungs- und Sozialleistungen. Diese wirken aufgrund differenzierenden Gesellschaftskategorien wie der nationalen Staatsbürgerschaft, aufgrund von Sprache,

Religionszugehörigkeit, Aufenthaltsdauer oder geographischer Herkunft. Für die vorliegenden Analyse stehen jene drei Bereiche struktureller Diskriminierung im Mittelpunkt: Gesellschaftlicher „Verweis“ (Siehe: *Punkt 3.1.1. Systematik und Funktion. Exkurs: Das Inventar rassistischer Situationen, Punkt 2. Die Verweisung, Mark Terkessidis*), Politisierung des öffentlichen Diskurses, sowie gesellschaftlicher Realität und strukturelle Rahmenregelung. Jene drei Kategorien wurden im Forschungsprozess als am prägnantesten und häufigst vorkommenden ausgearbeitet. Wie auch im Fall der diskriminierenden Gesellschaftskategorien wirkt strukturelle Diskriminierung von Migrant*innen in Österreich ständig, sich erweiternd und erneuernd. Die Vorstellung der ausgearbeiteten Kategorien wie folgend:

5.2.2.1. Gesellschaftlicher „Verweis“ (vgl. Terkessidis 2004: 180)

5.2.2.2. Politisierung des öffentlichen Diskurses

5.2.2.3. Gesellschaftlicher Realität und strukturelle Rahmenregelung

Der Begriff „Verweis“ wird hier von Mark Terkessidis übernommen, der damit die Exklusion von Migrant*innen aus bestimmten gesellschaftlichen Räumen beschreibt (Siehe: *Punkt 3.1.1. Systematik und Funktion. Exkurs: Das Inventar rassistischer Situationen, Punkt 2. Die Verweisung, Mark Terkessidis*). Im medialen Diskurs über Migrant*innen, so Terkessidis, werden diese auf entpolitisierte, private, traditionelle, kulturelle Räume verwiesen (vgl. Terkessidis 2004: 180). Politische Aktivität und Positionierung von Migrant*innen rücken dadurch in den Hintergrund. So beschreibt Stajic in ihrem Artikel zum 50 – jährigen Jubiläum von Gasterbeiter*innen aus dem ehemaligen Jugoslawien in Wien deren Partizipation in Aktivitäten von Sport, Kultur, Tradition und Sprachunterricht (vgl. Stajic 2016/1). Politische Räume werden nicht erwähnt, worauf Puktalovic wiederum kritisch eingeht (vgl. Puktalovic 2016/2).

Punkt 5.2.2.2. Politisierung des öffentlichen Diskurses behandelt die, in den Textbeispielen aufgezeigte, politische Beeinflussung und Prägung des medialen Diskurses.

In den Textbeispielen wird durchwegs kritisiert, dass der öffentliche Diskurs über Migrant*innen in Österreich stark politisiert ist und vor allem im Rahmen von politischen Wahlen je nach Zielsetzung der Parteien unterschiedlich adressiert wird. Dabei wird unter anderem auf die Aufteilung in „gute -“ und „böse Ausländer*innen“ in den politischen Kampagnen der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) verwiesen (vgl. Stajic 2016/2).

Punkt 5.2.2.3. Soziale Realität und strukturelle Rahmenregelung zeigt die Ambivalenz der beiden Bereiche auf. Oder vielmehr: die Autor*innen Stajic und Puktalovic zeigen in ihren genannten Beispielen, dass soziale Realität und strukturelle Rahmenregelungen durch Institutionen und Staatsapparate in steter Wechselwirkung zueinander stehen, was aber nicht bedeutet, dass die gesetzten Rahmenregelungen immer den Bedürfnissen der sozialen Realität entsprechen. In den

Fallartikel wird anhand der Bundespräsidentenwahlen 2016 die Exklusion von Migrant*innen von politischen Partizipationsprozessen aufgezeigt (vgl. Puktalovic 2016/2). Das restriktive Staatsbürgerschaftsgesetz in Österreich wird mit dem Hinweis darauf beschrieben, dass es ein „indirektes Zensuswahlrecht“ stützt, das Migrant*innen in Österreich von politischem Mitspracherecht exkludiert (ebd.). Die Benennung jener Diskrepanzen wird durch laufende Projekte erweitert, wie das Projekt *#Initiative Wahlrecht* von den Wiener Jugendzentren, die es sich zum Ziel machen, diesen Unterschieden entgegenzuwirken (vgl. Puktalovic 2016/2). In den Textbeispielen wird die Frage danach aufgeworfen, wo die Verantwortung zum Entgegenwirken von diskriminierenden Rahmenbedingungen liegt, vor allem, wo die Hauptverantwortung und konkrete Aktionen dieser Zielrichtung liegen.

5.2.2.1. Gesellschaftlicher „Verweis“ (vgl. Terkessidis 2004: 180)

Wie zum Aspekt der Nationalstaatlichkeit beschrieben, legitimieren und bedingen gesellschaftliche Kategorien die Differenzierung von Migrant*innen. Die Differenzierung in Folge von Diskriminierung wirkt auf struktureller und institutioneller Ebene in hegemonialen Praxen und Prozessen.

Hier ein kurzer Auszug zum besseren Verständnis der hierbei vorliegenden Analyseergebnisse:

Ein in der Rassismus – und Migrationsforschung vielerorts angeführtes Thema, ist das des Verweises von Migrant*innen auf begrenzte gesellschaftliche Räume (vgl. Terkessidis 2002/2). (Siehe: *Punkt 3.1.1. Systematik und Funktion. Exkurs: Das Inventar rassistischer Situationen, Punkt 2. Die Verweisung, Mark Terkessidis*). Migrant*innen sind damit ein marginalisierter Teil der Bevölkerung. Sie werden auf vorbestimmte soziale Räume in der Gesellschaft verwiesen, beispielsweise auf den beruflichen Raum der Hilfsarbeit, Pflegearbeit oder den Lehrbereich. Betroffen sind sämtliche Bereiche der Lebensrealität von Migrant*innen: vom Verweis auf bestimmte Arbeits-, Wohn-, oder Bildungsorte bis hin zu bestimmten Lokal-, Club-, oder Vereinsszenen. Auch wird nur im Fall von bestimmten gesellschaftlichen oder politischen Räumen darauf verwiesen, dass Migrant*innen an diesen Räumen teilhaben und in diesen agieren. In einem Großteil gesellschaftlicher Räume bleiben sie unerwähnt oder werden exkludiert (vgl. Leela 2013). Die Exklusion kann durch persönlich adressierten Rassismus, aber auch durch gesellschaftliche Strukturen bedingt sein.

Im Diskurs von daStandard.at wird unterschiedlich mit dem Bestehen struktureller Diskriminierung umgegangen. Ein Diskursstrang ist der explizite Aufruf zur Veränderung bestimmter struktureller

Barrieren, wie der des an die Staatsbürgerschaft gebundenen politischen Wahlrechts in Österreich, (vgl. Puktalovic 2016/2). Rezipient*innen des Mediums wird sichtbar gemacht, dass die Regelung der Vergabe der österreichischen Staatsbürgerschaft besonders restriktiv ist - dass es sogar im internationalen Vergleich sehr restriktiv ist. *„Restriktives Staatsbürgerschaftsrecht [Untertitel]. Auch der Politikwissenschaftler Gerd Valchars von der Universität Wien sieht Reformbedarf: „Österreich hat ein sehr restriktives Staatsbürgerschaftsrecht, eines der restriktivsten in ganz Europa. Und das sowohl für den Erwerb der Staatsbürgerschaft für Personen, die nach Österreich zuwandern, als auch für die zweite Generation, die hier geboren ist.“* (Valchars nach Puktalovic 2016/2). Verstärkt wird die Aussage des Artikels durch das Statement des Politikwissenschaftlers Gerd Valchars und den Verweis auf die Auswertungen des Migrant Policy Index (Mipex). Hier dienen ein Vertreter der Politikwissenschaften der Universität Wien und der international verwendete Index zur Analyse von nationalen Integrationspolitiken, als Untermauerung von Puktalovics Kernaussage. Das darauf basierende Wahlrecht wird daher als „Zensuswahlrecht“ angegeben, das als struktureller Exklusionsmechanismus das Identitätsverständnis von Migrant*innen mehrerer Generationen beeinflusst und entfremdet. *„Für viele erschwert das [Ausschluss vom Wahlrecht] das Gefühl, ein Teil der Gesellschaft zu sein.* (Puktalovic 2016/2) *„Eine Erleichterung der Einbürgerung würde auch den Integrationsprozess erleichtern und den Kindern das Gefühl geben, hier zugehörig zu sein“, sagt Langer.“* (Langer zitiert nach Puktalovic 2016/2) Der Diskursstrang struktureller Diskriminierung ist hier widergespiegelt durch die Einschränkung der Partizipationsmöglichkeiten von Migrant*innen in Österreich. Dieser wird durch den Hinweis auf die Auswirkungen auf das Identitätsverständnis ausgeweitet. Der Diskurs auf daStandard.at beschreibt eine individuelle Erfahrung struktureller Differenzierungsmechanismen. Terkessidis beschreibt den gleichen Prozess, wie er hier vorliegt: *„Darüber hinaus hat „zweite Generation“ auch den Beigeschmack einer nicht enden wollenden „Fremdheit“ - wann werden Personen eigentlich nicht mehr mit der Einwanderung in Verbindung gebracht?“* (Terkessidis 2004: 125)

Wie erwähnt, bleiben im untersuchten Diskurs auch manche Prozesse struktureller Diskriminierung bestehen und werden fortgeführt. Neben dem Ansprechen struktureller Mechanismen der Diskriminierung bleibt der gesellschaftliche Verweis von Migrant*innen auf entpolitisierte und persönliche Räume konzentriert. Die Sichtbarkeit von Migrant*innen besteht im untersuchten medialen Diskurs vorwiegend in kulturellen und privaten Bereichen. Migrant*innen werden im Bezug auf Freizeitaktivitäten, Sport oder Tradition präsentiert und repräsentiert. So berichtet Stajic über die Jubiläumsveranstaltung zur jugoslawischen Gastarbeit in Wien, bei der sogenannte „Orte der Erinnerung“ das Alltagsleben der Arbeitsmigrant*innen repräsentieren sollen (vgl. Stajic 2016/1). Im Zentrum steht dabei unter anderem das Wiener Filmcasino, das als „neue Heimat“ der Gastarbeiter*innen angegeben wird. Im Vordergrund steht ein Ort und die darin

durchgeführten Veranstaltungen von Freizeitaktivitäten aus Kultur und Sport, sowie traditionell gebundenen Tätigkeiten. Wohn- oder Arbeitsrealitäten, Orte politischer oder sozialer Bewegungen sind in dem Konzept der „Orte der Erinnerung“ marginalisiert und in Stajics Artikel unerwähnt (vgl. Stajic 2016/1). Migrant*innen sind in entpolitisierten Bereichen verstärkt sichtbar. Im gleichen Moment werden sie aus politischen oder sozial - gesellschaftlichen Räumen ausgeklammert und ausgeschlossen. Infolge wird das Adressieren und die Kritik an strukturellen und institutionellen Mechanismen der Exklusion und Diskriminierung unsichtbar.

5.2.2.2. Politisierung des öffentlichen Diskurses

Im untersuchten Material ist das Adressieren des öffentlichen Diskurses ein thematisch roter Faden, der sich auf die damit verbundenen Differenzierungen von Migrant*innen auf struktureller Ebene konzentriert. Die Autor*innen bauen analytische und kritische Aspekte zum öffentlichen Diskurs um Migrant*innen ein. Konstant behandelt wird die Instrumentalisierung gesellschaftlicher Kategorien im Zusammenhang mit separierender und differenzierender Politik: Beispielsweise durch die Begriffe der „In-“ und „Ausländer“, der „Einheimischen“, der Migrant*innen.

Die Oppositionierung von den Migrant*innen gegenüber „Inländern“ sowie die zwischen verschiedenen Gruppen mit Migrationsgeschichte, besteht in verschiedenen Diskurssträngen und ihren Verschränkungen. Ein zentrales Werkzeug diskriminierender Politik gegenüber Migrant*innen in Österreich ist die Diskursverschränkung von Migration und einer davon angeblich ausgehenden Bedrohung für die Bevölkerung. Damit werden auch gesellschaftliche Konflikte, wie der sozialen Ungleichheit, in den diskursiven Raum um Migrant*innen verlegt. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass diese Diskursführung die Assoziation von Migration und einer ihr angeblich folgenden Bedrohung vermittelt und bestärkt, dass soziale Ungleichheit die Diskriminierung von Migrant*innen legitimiert. Diskriminierendes Handeln und die Unterstützung exkludierender Prozesse wie Politiken wird mit der Angst vor steigender sozialer Ungleichheit bedient. Stajic kommentiert hierzu: *„Eine weitere wichtige Motivation, die FPÖ und andere Rechtspopulisten zu wählen oder auch ohne Staatsbürgerschaft und Wahlrecht zumindest mit ihnen zu sympathisieren, ist die Angst vor dem sozialen Abstieg.“* (vgl. Stajic 2016/2) Hier werden Rezipient*innen mit dem kritischen Hinterfragen des öffentlichen Mediendiskurses adressiert. Es wird aufgezeigt, dass der rassistische Diskurs davon ablenkt, dass die bestehende soziale Ungleichheit eine Folge von verschiedenen politisch – strukturellen Mechanismen zur sozialen Schichtung der Bevölkerung ist (ebd.). Der Anstieg oder die Entwicklung neuer Formen von Migration wird als ein Risiko für die Gesellschaft dargestellt, das Gleichgewicht der Bevölkerungszusammenstellung zu gefährden und

damit soziale Unruhe und Ungleichheit herbeizuführen. Im politisierten Diskurs werden derartige Szenarien instrumentalisiert um mit der daraus folgenden Notwendigkeit struktureller Exklusion von Migrant*innen politischen Zuspruch zu erlangen. Der Diskurs auf daStandard.at zeigt diese Politisierung des gesellschaftlichen Diskurses um Migrant*innen in Österreich auf. Es wird darauf verwiesen, dass die diskursive Kreation der Notwendigkeit von struktureller Diskriminierung eine Wahlkampfstrategie ist, die Ausschnitte sozialer Realität nach eigenem Bedarf instrumentalisiert. *„Norbert Hofer ließ in der Elefantenrunde vor dem ersten Wahldurchgang Ingrid Thurnher und die ORF-Zuschauer wissen dass er eine Sozialversicherung nur für Inländer durchsetzen will: man werde sich „wundern, was alles möglich“ ist. Dass damit Familienmitglieder und Freunde vieler FPÖ - Anhänger auf der Strecke bleiben, blieb ungesagt.“* (Hofer zitiert nach Stajic 2016/2) Hier ist Lentins Konzept der „Politics of Fear“ zu politischen Diskursen um gesellschaftliche Sicherheit ein hilfreicher Anhaltspunkt zur Perspektivierung der durchgeführten Analyse (siehe *Punkt 3.3.1. Systematik und Funktion*). Die binäre Gegenüberstellung zwischen einem nationalstaatlich geprägten „Wir“ und den durch Migrationserfahrung identifizierten „Anderen“ wird durch die naturalisierte Angst vor sozialem Abstieg gerechtfertigt, was sich hier konkret auf Migrant*innen verschiedenster Erfahrungen bezieht (beispielsweise Asylwerber*innen, Menschen auf der Flucht, Menschen mit Subsidiärer Schutzberechtigung, Arbeitsmigrant*innen etc.).

Disparität wird zur Differenzierung und Verfestigung von gesellschaftlichen Kategorien instrumentalisiert, um Konflikte weg von struktureller hin zur individuellen Ebene umzuleiten. Problematisch ist hierbei, dass das Adressieren der Instrumentalisierung sozialer Ungleichheit teilweise mit der Stereotypisierung von Migrant*innen einher geht. *„Die perfide Teilung in gute und schlechte Ausländer durchschauen die FPÖ - Sympathisanten aus den Migranten-reihen nicht. Dabei lassen die Blauen immer wieder durchklingen, wen sie mit „unsere Leute“ meinen“* (Stajic 2016/2) Hier homogenisiert Stajic FPÖ – Wähler*innen mit Migrationsgeschichte. Sie spricht ihnen gleichermaßen ab, die politischen Absichten und Strategien der FPÖ erkennen und verstehen zu können, oder aus alternativen Gründen denn des Unwissens die FPÖ zu wählen. Die Mechanismen und Folgen populistischer Politik werden von Stajic direkt angesprochen. Die separierende diskursive Systematik und Struktur des Populismus wird gezeigt und mit politischen Interessen und Absichten in Verbindung gebracht: *„Ein Grund [für das restriktive österreichische Staatsbürgerschaftsrecht] sei sicher auch, dass über Migration und Integration in Österreich populistisch diskutiert werde und [laut Politologen Gert Valchars] der Eindruck bestehe, dass man Wählerinnen und Wähler eher mit restriktiven Maßnahmen gewinnen kann.“* (vgl. Puktalovic 2016/2). Besonders aufmerksam gemacht wird auf die politische Konstruktion von Oppositionierung, die diskursverschränkend wirkt. Oppositionierung findet arbiträr auf verschiedenen diskursiven Ebenen statt: sowohl zwischen „Einheimischen“ und „Ausländern“ als

auch zwischen „guten“ und „bösen“ Migrant*innen. Zur Festigung dieses Analyseergebnisses und dem wissenschaftlichen Vergleich ist Gronolds folgende Aussage hilfreich: sie verweist darauf, dass die binäre Gegenüberstellung und Abgrenzung verschiedener Gruppen von Migrant*innen die Oppositionierung zwischen „Einheimischen“ und „Ausländern“ stabilisiert: *„Während die Instanzen „FreundInnen“ und „FeindInnen“ eine binäre Gegenüberstellung bilden und sich einander durch Ausschluss abgrenzen, sind sie insofern „sichere“ KontrahentInnen [...] [Es ist ein] Paradoxon, dass das Besetzen der Vorstellung von „Fremden“ [...] dazu beiträgt, dass diese nicht nur „Unruhe“ in einer Gesellschaftsordnung auslösen, sondern gleichzeitig die Funktion übernehmen, die „Unruhe“ für die Zugehörigen einer Gemeinschaft zu stabilisieren.“* (Gronold 2008: 34). Wird beispielsweise die Kategorie der Migrantin dahingehend konzipiert, inwieweit das Individuum sich dem Integrationsparadigma fügt, wird die Gegenüberstellung messbar. Die Gegenüberstellung ist gerechtfertigt, weil sie sich im Integrationsparadigma als naturalisiert und messbar zeigt.

Hier impliziert der politische Diskurs, dem Diskriminierung und Rassismus zentral sind, die Notwendigkeit von Abgrenzung und Differenzierung gegenüber Migrant*innen. Dabei spielen sprachliche und mediale Darstellungen von Migrant*innen eine große Rolle und festigen ebenso das Gefühl der „Bedrohung“, da Einstellungen von Bevölkerungsgruppen zueinander oftmals nicht auf individuellem Kontakt basieren, sondern dem Bild der kollektiven Erfahrung der Bevölkerung (ebd.). Diskriminierung und Exklusionen vermitteln wiederum verschiedenen Gruppen oder Generationen von Migrant*innen die Notwendigkeit, sich voneinander abzugrenzen und als „gute Migrant*innen“ (hierum wieder der Verweis auf das hegemoniale Konzept der Integration) zu positionieren (vgl. Stajic 2016/2).

5.2.2.3. Gesellschaftliche Realität und strukturelle Rahmenregelung im Diskurs um Migrant*innen in Österreich

Im untersuchten Diskurs wird die Disparität zwischen der sozialen Realität der österreichischen Bevölkerung und dem institutionellen wie strukturellen Regelwerk angesprochen. Das Adressieren der Diskriminierung von Migrant*innen findet, auf rassistische Gesellschaftsstrukturen verweisend, über individuelle Ebenen hinaus statt. Mit der Kritik an der im internationalen Vergleich restriktiven Gesetzesregelung zur Staatsbürgerschaft und dem politischen Wahlrecht, verweisen die Autor*innen auf Rassismus auf institutioneller Ebene. *„[Dass Österreich eines der restriktivsten Staatsbürgerschaftsrechte ganz Europas hat] bestätigt auch der Migrant Integration Policy Index (Mipex). Dieser vergleicht nationale Integrationspolitiken und bescheinigt Österreich in der vierten*

Auflage aus dem Jahr 2015 einen Reformbedarf hinsichtlich eines einfacheren Zugangs zur Staatsbürgerschaft und mehr politischer Partizipationsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten.“ (Puktalovic 2016/2) Es wird darauf hingewiesen, dass Mechanismen sozialer Exklusion auf institutioneller Ebene verankert sind. Strukturelle Rahmenbedingungen nehmen hier Einfluss auf Lebensrealitäten, sie bedingen soziale Realität.

Ein weiteres Beispiel der Abweichung von gesellschaftlicher Realität und deren Rahmensetzung zeigt sich in der Dekonstruktion des Konzepts der Gastarbeit (vgl. Stajic 2016/1). Hier wird indirekt darauf aufmerksam gemacht, dass die temporär begrenzte Konzeption des Gastarbeiter*innen – Modells sich nicht durchsetzen konnte, da bei den Migrant*innen Dynamiken und Bedürfnisse permanenten Aufenthalts bestanden. Dem anfänglichen Prinzip der geographischen Rotation von Arbeitskräften, stellte sich persönlich gewollte Permanenz in der Form von Einwanderung und Familiennachzug entgegen. Wie in *Punkt 5.2.1.2. Einfluss auf Identitätsverständnisse* beschrieben, konstruieren die Begriffe der „neuen“ und „alten Heimat“ ahistorische Orte. Diese ahistorischen und anti – prozessualen Konzepte bestehen durch den permanenten Aufenthalt von Migrant*innen und dem Familiennachzug. Die geplanten strukturellen Rahmenbedingungen wichen hier von den Prozessen und Geschehnissen der sozialen Realität ab und mussten sich gleich dem medialen Diskurs entsprechend anpassen.

Die diskursive Gegenüberstellung von Struktur und gesellschaftlicher Realität auf daStandard.at birgt Destigmatisierung, da sie die Veränderbarkeit struktureller Bedingungen zeigt und darauf hinweist, dass der strukturelle Rahmen einer Gesellschaft sich den Bedürfnissen dieser anpassen muss und nicht umgekehrt. In dem Hinweis auf die Adaptierung von Arbeitsverträgen und zwischenstaatlichen Abkommen der ersten „klassische“ Phase der Gastarbeit von 1963 – 199 wird aufgezeigt, wie staatliche Strukturen sich an soziale Realitäten anpassen und inwiefern das in der Periode der Gastarbeiter*innen – Abkommen, bedingt durch politische und wirtschaftliche Interessen, vonstatten ging. Die Bedingtheit dieses Prozesses zeigt jedoch auch, in welchem Ausmaß Strukturen von hegemonialen Interessenvertretungen einer Gesellschaft konzipiert werden und zu welchen Bedingungen diese veränderbar sind. Die Beschreibung des Wiener Filmcasino als einem Ort kultureller und sozialer Aktivitäten von Migrant*innen, wirkt nicht nur als gesellschaftlicher Verweis, sondern zeigt auch das Abhängigkeitsgefüge zwischen Bevölkerungsgruppen mit Migrationsgeschichte und damit in Zusammenhang stehenden Institutionen: *„Hier zeigten die Arbeitervereine neue Kinofilme aus der alten Heimat und hielten Folkloretanz – proben ab, hier trafen sich die Schiedsrichter der Sportvereine und die Lehrer für den muttersprachlichen Unterricht. Finanziert wurde der soziale Treffpunkt mithilfe des ÖGB [Österreichischer Gewerkschaftsbund] und der jugoslawischen Gewerkschaft.*“ (Stajic 2016/1) Hier werden diskursive Aspekte der Naturalisierung von Abhängigkeitsgefügen sowie gesellschaftlichen

Verweises auf apolitische und private Bereiche reproduziert. Ebenso naturalisiert und reproduziert wird das Container – Konzept geschlossener Communities und Mechanismen sozialer Segregation.

Ähnlich verhält es sich mit der Frage des Strukturwandels und anti – diskriminierendem Handeln. Wie erwähnt wird strukturelle Anpassung an die Bedürfnisse der österreichischen Bevölkerung gefordert (vgl. Puktalovic 2016/2). Der hier angeführte Artikel impliziert drei zentrale Aspekte: das Adressieren der Notwendigkeit des Strukturwandels und dessen Umsetzung durch zivilgesellschaftliche und private Akteur*innen, wie der Aktion „#InitiativeWahlrecht“ der Wiener Jugendzentren (ebd.). Hier stellt sich die Frage, inwieweit durch die Aufforderung an zivilgesellschaftliche Akteur*innen eine Entlastung institutioneller Akteur*innen geschieht. Es stellt sich die Frage, inwiefern das Hervorheben zivilgesellschaftlicher Aktionen impliziert, dass diese erst im Falle von umfassender gesellschaftlicher Kritik an bestehenden Strukturen zur Handlung aufgefordert werden. Dennoch darf der hier vorliegende diskursive Aspekt nicht übersehen werden, dass zivilgesellschaftliches Handeln eine treibende Kraft strukturellen Wandels sein kann. Ein nächster Aspekt zeigt sich die Kompromisshaltung hinsichtlich der Aufforderung zu strukturellen Änderungen mit bestehenden, problematischen Konzepten. Indem angegeben wird, dass eine Öffnung des österreichischen Wahlrechts für Migrant*innen den „Integrationsprozess“ erleichtere, wird das Integrationsparadigma reproduziert (vgl. Puktalovic 2016/2). Einem gesellschaftlichen Paradigma, dass Migrant*innen in eine untergeordnete Position gegenüber „Einheimischen“ bringt: erst wenn Migrant*innen sich und ihren Lebensalltag entsprechend der Wertvorstellungen der „Mehrheitsgesellschaft“ verändern, erwirken sie die Möglichkeit, diese Unterordnung aufzuheben. Verantwortung und Handlungsverpflichtung liegen dabei auf Seite der Migrant*innen (siehe Kapitel 4.3.).

5.2.3. Sprachverwendung

Unter dem Analysepunkt der strukturellen Differenzierung und Diskriminierung wurde mit dem gesellschaftlichen Verweis beschrieben, wie Migrant*innen und das Thema der Migration Bereichen zugeordnet werden, die abseits gesellschaftlicher oder Struktur – bezogener Kritik bestehen. Das betrifft auch die Ebene der verwendeten Sprache, die diskursiven Einfluss auf den kollektiven Wissensbestand und Einstellung sozialer Gruppen hat. Sprache ist ein Teil von und wirkt im Bezug auf die gesellschaftliche Rezeption sozialer Realität – sei es in gezielter Wortverwendung und der damit verbundenen Konnotationen. Sprache ist kein leeres Kommunikationsmittel, das auf neutrale Weise Informationen transportiert. Über Sprache wird soziale Realität geschaffen. Diese Arbeit unterscheidet zwischen den Aspekten formaler Sprachverwendung (womit die Verwendung von konkreten Begriffen gemeint ist) und subtiler

Sprachverwendung. Der Begriff subtiler Sprachverwendung dient in dieser Arbeit dazu, Metaphern, Motive und Diskursverschränkungen aufzuzeigen, um dadurch bedingte Assoziationen und das Vermitteln von Inhalten zu erzeugen. In den untersuchten Textbeispielen findet dies mitunter statt, wenn steigende soziale Ungleichheit und steigende Migration zueinander in Verbindung gesetzt werden. Damit wird die Assoziation der Gefahr steigender sozialer Ungleichheit aufgrund steigender Migration erzeugt (vgl. Puktalovic 2016/2).

Migrant*innen kommen im Diskurs auf daStandard.at persönlich zu Wort. Größtenteils werden sie aber durch Stajic und Puktalovic repräsentiert. Sie reden über Migrant*innen in Österreich, marginal mit ihnen. Die diskursive Außendarstellung trägt Beschreibungen in sich und wo jemand „Anderer“ beschrieben wird, folgen Zuschreibungen. Migrant*innen werden auf daStandard.at beschrieben und diskursiv dargestellt. Die Frage ist hierbei, inwieweit die diskursive Darstellung sich an Diskursmitteln wie der Homogenisierung und Stigmatisierung bedient, der Differenzierungsprozesse inne sind. Mit den ausgearbeiteten Analysekategorien beschreibt diese Arbeit, wie der vorliegende Sprachgebrauch auf die Darstellung von Migrant*innen prägt. Folgende Punkte bringen Aufschluss darüber, was der Sprachgebrauch in den Textbeispielen im Bezug auf die Darstellung von Migrant*innen in Österreich impliziert:

5.2.3.1 Depolitisierung und Naturalisierung

5.2.3.2. Humanisierung

5.2.3.3. Repräsentation von Migrant*innen

5.2.3.4. Konstruktion von Sprachlosigkeit

5.2.3.5. Bevormundung

Depolitisierung und Naturalisierung sind Prozesse, die diskursiv vermittelte Information als „natürliches Faktenwissen“ erscheinen lassen. Soziale Realität wird als Situation dargestellt, die sich in einem ahistorischen und depolitischen Raum befindet. Es wird grundsätzlich nicht über politische Ideologien oder Hintergründe zu Geschehnissen gesprochen. Hier trägt auch die Historisierung von Informationen bei, die im Artikel von Stajic die diskriminierte Positionierung von Gastarbeiter*innen in Österreich als zeitlich geschlossenes Kapitel in der Österreichischen Geschichte darstellt (vgl. Stajic 2016/1). Hier zeigt sich die Frage, inwieweit das Errichten von Denkmälern zur Historisierung von Geschehnissen beiträgt (vgl. Puktalovic 2016/1) Mittels Naturalisierung, Historisierung und Depolitisierung des Sprachgebrauchs in diesem Textbeispiel, gibt es keine Verweise auf politische wie zeitlich offene Prozesse und Entwicklungen. In Stajics Artikel wird ausgeklammert, inwiefern Gastarbeiter*innen und deren Kinder fortlaufend diskriminiert werden. Die humanisierende Darstellung von Migrant*innen löst bei

Informationsempfänger*innen Emotionen wie Pietät, Mitleid und Mitgefühl aus. Diese werden meist durch Bilder und persönliche Geschichten von Frauen und Kindern, insbesondere von Müttern vermittelt. Auf soziale Bereiche bezogen, werden Migrant*innen in Tätigkeiten und Situationen aus dem „Alltag“ beschrieben: in Bereichen von Sport, Kultur oder Bildung. Als weitere Analysekategorie wurden die diskursive Repräsentation von Migrant*innen und der Konstruktion von Sprachlosigkeit auf deren Seite ausgearbeitet. In den Textbeispielen wird über Migrant*innen gesprochen, sie selbst kommen nicht zu Wort. Zu der repräsentativen Darstellung von Migrant*innen bei daStandard.at stellt sich die Frage, inwieweit Repräsentation Interpretation bedingt. So beschreibt Stajic im Artikel „Warum Migrant*innen irren, wenn sie mit der FPÖ sympathisieren“ die Beweggründe des Handelns und Denkens von Migrant*innen dar (vgl. Stajic 2016/2). Stajic gibt an, was Personen im Bezug auf politische Medieninhalte wissen und was sie nicht wissen (ebd.). Inwieweit bedingt also diese Interpretation Stajics zur Wertvorstellung und dem Erleben von sozialer Realität von FPÖ – Wähler*innen mit Migrationserfahrung, deren Bevormundung?

5.2.3.1 Depolitisierung und Naturalisierung

In *Punkt 5.2.2.2.* wurde darauf eingegangen, inwieweit bei daStandard.at auf die Politisierung des medial - öffentlichen Diskurses um Migrant*innen verwiesen wird. Zentrale Aussage des Punktes ist, dass der Diskurs über Migrant*innen stark von politischer Interessen und Zielen geprägt ist. Es ist ein Diskurs rassistischer Ideologie, in dem die Diskriminierung und Exklusion von Migrant*innen normalisiert und gerechtfertigt wird. Auf diese politischen Beweggründe machen die Autor*innen von daStandard.at durchgehend aufmerksam. Der vorliegende Punkt behandelt nun, inwiefern und inwieweit im untersuchten Diskurs die Depolitisierung der Informationsvermittlung über Migrant*innen stattfindet. Eine Möglichkeit zur Depolitisierung des Diskurses um Migrant*innen in Österreich ist dessen Historisierung. Dabei werden Diskursthemen dargestellt, als wären sie in der Vergangenheit abgeschlossen – als stünden sie nicht im Zusammenhang zur Gegenwart. Indem nicht über die politischen Prozesse gesprochen wird, welche gesellschaftliche Kontexte und das daran gebundene Handeln bedingen, erscheinen Kontexte und Handeln als neutral und natürlich. Es wird nicht darüber gesprochen, dass die gesellschaftlichen Prozesse von Interessensparteien bedingt und herbeigeführt waren. So erscheinen die dargestellten gesellschaftlichen Umstände, als bestünden sie außerhalb jedes menschlichen Wirkens.

In der narrativen Historisierung der Thematik der Gastarbeit, wird Rezipient*innen der Eindruck universeller Gültigkeit und Neutralität vermittelt (vgl. Stajic 2016/1). In der Beschreibung geschichtlicher Ereignisse ohne einer analytischen Auseinandersetzung mit politischen und

gesamtgesellschaftlichen Prozessen, bleibt dieser Aspekt unbeachtet und dahingehend das Verständnis von Geschichte verformt. Mit Stajics Artikel über jugoslawische Gastarbeiter*innen in Österreich werden bestimmte Assoziationen stimuliert: Die Periode der jugoslawischen Gastarbeit wird als ein zeitlich geschlossenes Kapitel in der österreichischen Vergangenheit gezeigt (vgl. Stajic 2016/1). Geschehnisse und Prozesse zur jugoslawischen Gastarbeit in Wien werden vorwiegend durch das Adressieren von in der Vergangenheit geschlossenen Zeiträumen oder Zeitpunkten aufgezeigt:

Berichtet wird über das Filmcasino, das zwischen 1979 und 1989 als kultureller Veranstaltungsort diente. Berichtet wird davon, dass innerhalb von 30 Jahren jugoslawische Gastarbeiter*innen zur größten Migrant*innen – Gruppe in Österreich wurden. Angesprochen wird damit der geschlossene Raum von den 1960er - bis hin in die 1990er Jahre. Das Fortbestehen dieser nationalstaatlich verorteten Bevölkerungsgruppe wird nicht angesprochen – es wird keine Verbindung zur Gegenwart gezogen (vgl. Stajic 2016/1).

Auffallend ist ebenso der Aspekt, dass in Stajics Berichterstattung von der Jubiläumsveranstaltung zu 50 Jahren jugoslawischer Gastarbeit in Österreich keine Verbindungen zur Gegenwart gezogen werden. Dazu trägt auch der strukturelle Rahmen der Jubiläumsfeier bei, über die berichtet wird. Der Fokus liegt dabei auf öffentlichen Projekten, die zwischen den 1960er und 1990er Jahren von gesellschaftlicher Bedeutung waren. Das Filmcasino und die Wiener Bahnhöfe wirken als geschichtliche Orte, die nicht mit dem gegenwärtigen Leben von jugoslawischen Gastarbeiter*innen und deren Familienmitglieder in Zusammenhang stehen. Infolge wird auch das Fortbestehen jugoslawischer Migrant*innen als Teil der österreichischen Bevölkerung verschwiegen. Rezipient*innen wird der Eindruck vermittelt, dass sowohl die vorgestellten „Orte der Erinnerung“ als auch der damit verbundene Teil der Gesellschaft Österreichs, etwas sind, das an einen zeitlichen abgeschlossenen Teil der Vergangenheit gebunden ist. Die Entwicklungen nach der Phase der ersten Anwerbe - Abkommen werden nicht adressiert, ebenso wenig nachkommende Generationen. Auch struktureller oder gesellschaftlicher Kontext, wie die Adaption gesetzlicher Regelungen an die soziale Realität oder gesetzliche Einschränkungen werden nicht angesprochen (ebd.).

Davon Bestandteil ist die Metapher der Erinnerung und die Vermittlung manifester Historisierung, in diesem Fall durch Denkmäler. Denkmäler produzieren die Assoziation historischer Geschlossenheit und gesellschaftlicher Anerkennung der dargestellten historischen Ereignisse (*siehe Punkt 5.2.1.2. Einfluss auf Identitätsverständnisse*). Die Metapher der Erinnerung impliziert eine Naturalisierung und damit politische Neutralisierung eines historischen Prozesses der Gastarbeit. Durch die Ausblendung dieser Aspekte wird eine Ausklammerung ebendieser reproduziert, wenn es sich um die Themen der Gastarbeit und Migration handelt. Dahingehend wird „anerkanntes Allgemeinwissen“ beziehungsweise der gesamtgesellschaftliche Konsens

entpolitisierend geprägt. Die Metapher der Erinnerung dient zur Konstruktion des gesamtgesellschaftlichen Konsens als einer Basis von universal und immerfort gültigem Wissen und blendet jede kontextuelle oder sozialhistorische Gebundenheit aus. Es ist wichtig hierbei darauf zu verweisen, dass dieses Konzept universal und immerfort gültigen Wissens nichts als ein gesellschaftliches Konstrukt ist. Dieses Konstrukt wird laufend adaptiert und beeinflusst ebenso die Wertung gesellschaftlicher Kategorien (wie neutral oder natürlich). Zur Erweiterung wird hier auf ein Zitat von Davis verwiesen, das diesen Prozess treffend beschreibt: „*[I]f we do not understand that when we speak, we do so from a particular point in history, then we misapprehend both the possibility of other positions and, even more crucially, the fact of our temporal-spatial condition. What we take today to be the common sense of the age is not and could never be, universally or eternally true. Where common sense tries to always speak of the general and the universal, it is, in fact, a fragmented and incoherent wisdom.*“ (Davis 2004: 82).

Die Historisierung des Diskurses um Migrant*innen in Österreich impliziert einen weiteren Aspekt, den Stajic im gemeinsamen Interview beschreibt. Stajic vertritt hier die Position, dass eine historisierte Diskursführung und die damit verbundene „Normalisierung“ der Thematik der Gastarbeit destigmatisierend wirkt (vgl. Interview mit Stajic 2015). Stajic verweist im mit ihr geführten Interview darauf, dass die Thematik der Migration im österreichischen Mediendiskurs lange Zeit nicht beachtet, später unter kriminalistischem Fokus aufgenommen oder im Diversity - und Multikulturalität – Diskurs idealisiert wurde (vgl. Interview mit Stajic 2015). „*Das Thema (Zusammenleben in einer Migrationsgesellschaft) ist in der österreichischen Medienlandschaft lange Zeit gar nicht angeschaut worden, wurde nur in der Kriminalstatistik abgebildet in den 90ern. [...] Es gab eine Studie dazu, weswegen nicht darüber [Migrant*innen in Österreich] geschrieben wurde und 3 Antworten darauf: Es interessiert mich nicht, mein Chefredakteur will das nicht und mir ist es zu „haglich“ [heikel]. Und dann in den Nullerjahren ist mir aufgefallen, dass es [Thema der Migrant*innen in Österreich] aufgekommen ist. Aber nur positive Geschichten, also was sie [Migrant*innen] nicht alles leisten... Aber das Thema auf einer Normalitätsebene zu bearbeiten [...], das kam überhaupt nicht vor.*“ (Interview mit Stajic 2015)

Sie vertritt die Position, dass eine journalistische Behandlung ohne Bezug auf kriminalisierende oder kritische Aspekte ebenso dazu beitragen kann, mittels destigmatisierender Diskurselemente ebensolche Gesellschaftspositionen zu etablieren (ebd.). Die Repräsentation als Sichtbarmachung soll so aufgehoben werden und so dem narrativen Othering entgegenwirken, das dazu beiträgt dass Migrant*innen nicht als „normaler“ Bestandteil der Gesellschaft angesehen werden: „*Wir wollten nicht die übliche Integrationsberichterstattung machen also zu sagen, über Integrationsrecht, Asylrecht und so weiter. Sondern wir wollten wirklich so eine Art Normalität ablichten was aber nicht heißt, dass wir unpolitisch waren. Aber wir wollten uns nicht vom politischen Diskurs treiben lassen sondern sozusagen unser Ding machen. [...] Wir wollten die Medien diverser machen. [...]*

andere Bilder und Narrative über Migrantinnen in den Vordergrund zu bringen, als [...] die „Anderen“. (Interview mit Stajic 2015) Die Idee ist, dass die binäre Oppositionierung zwischen Migrant*innen und Staatsbürger*innen im gesellschaftlichen Konsens nicht fortgeführt wird, wenn diese nicht narrativ reproduziert wird. Dass Migration und Migrant*innen nicht als Problematik konzipiert werden, wenn sie nicht problematisiert werden und beispielsweise das Thema der Gastarbeit mit nüchternem und sachlichem Tonfall adressiert wird (vgl. Stajic 2016/1).

Was der Ansatz verabsäumt ist das Aufzeigen bestehender Differenzierung und Diskriminierung innerhalb gesellschaftlicher Strukturen. Eine Aufforderung zur narrativen „Neutralisierung“ des Themas der Migration impliziert das Ausklammern der Kritik an stattfindender struktureller Diskriminierung und Machtbeziehungen. Ebenso bestehen Mechanismen gesellschaftlicher Differenzierung und Oppositionierung, die dieser Ansatz ebenso ausklammert. Hier gilt es zu hinterfragen, inwieweit Ausklammern Verschweigen ist und inwieweit dieses Schweigen diskriminierte Personen an Handlungsfähigkeit einschränkt, indem es schlussendlich deren Stimmen ausklammert.

5.2.3.2. Humanisierung und Individualisierung

Wie im vorhergehenden Punkt erwähnt, werden Diskurse um Migration und Migrant*innen unter bestimmten Aspekten geführt, während andere ausgeklammert werden. Die Perspektive der Humanisierung und Individualisierung zählt zu jenen, die sehr oft diskursiv eingebunden werden. Dabei spielen Assoziationen von Emotionalität sowie das Erzeugen von Pietät mittels der Vermittlung persönlicher Details oder Geschichten eine Rolle. Ein weiterer Eckpunkt ist die persönliche Erzählperspektive. Diskursive Humanisierung und Individualisierung wird den Rezipient*innen oft aus der Perspektive von Migrant*innen vermittelt. Teil davon ist die Informationsvermittlung durch Personen, die sich beispielsweise beruflich oder ehrenamtlich für die Bedürfnisse von Migrant*innen einsetzen. So wird in Puktalovics Artikel „Eine Million vom Wahlrecht ausgeschlossen“ aus Perspektive der Leiterin der Wiener Jugendzentren gesprochen und matriachale Züge eingebunden (vgl. Puktalovic 2016/1). Im gleichen Moment wird von der Darstellung von Migrant*innen als Opfern Gebrauch gemacht. Im genannten Beispiel geht es um die Exklusion von rund einer Million Einwohner*innen Österreichs von politischen Wahlrechten. Dabei in der Vordergrund gerückt wird ein Projekt der Wiener Jugendzentren und die Position der Jugendlichen, die nicht an der Bundespräsident*innenwahl 2016 teilnehmen können (ebd.). Die Darstellung der Jugendlichen ist eine von motivierten, an Politik interessierten und sich ausgeschlossen fühlenden Personen, denen strukturelle Exklusionsmechanismen eine Möglichkeit zur gesellschaftlichen Partizipation verwehren. Die Wiener Jugendzentren erscheinen als ihr

Sprachrohr, durch das sie an dieser Exklusion Kritik bringen und sich äußern können. Hier werden Leser*innen von daStandard mittels der Opferdarstellung von jugendlichen Migrant*innen auf Ebene ihres Mitgefühls angesprochen. Problematisch ist hierbei anzumerken, dass nicht Migrant*innen selbst zu Wort kommen, sondern von Außenperspektive durch dritte* Diskursakteur*innen als Opfer skizziert werden. Als Dritte Diskursakteurin gilt hier eine weitere kommunikative Vermittlungsinstanz, zusätzlich zu Senderin und Empfängerin von Informationen. Indem nicht exkludierte Personen selbst zu Wort kommen, werden sie mittels diskursiver Repräsentation auf eine bestimmte Art dargestellt und konstruiert. Die Opferdarstellung verlegt die beschriebene Person nicht selten in eine passive und hilflose Position, in der es auf Hilfe von Außenstehenden angewiesen ist. Sie wirkt deskriptiv und präskriptiv darauf ein, wie Migrant*innen gesehen, kategorisiert und welche gesellschaftlichen Rollen ihnen zugeteilt werden. Gronold verweist zu diesem Punkt darauf, dass Opferdarstellungen von Gender – Kategorien beeinflusst werden (vgl. Gronold 2008: 38 – 39). Emotionalität und Pietät adressierende Beschreibungen beziehen sich großteils auf Frauen, Kinder und Familien, während männliche Migrant*innen in den Hintergrund gestellt werden (ebd.). Genauere Ausführungen dazu siehe *Punkt 5.2.3.3. Repräsentation von Migrant*innen*.

Eine weitere Diskursverschränkung der Humanisierung besteht im untersuchten Diskurs in der Metapher der „Erinnerung“: sie konzentriert sich auf persönliche Erlebnisse und Erfahrungen von Migrant*innen als individuelle Einzelerlebnisse (vgl. Stajic 2016/1). Diese diskursive Verschränkung weitet sich auf das Konzept sozialen Verweises aus, indem Themen um Migration und Migrant*innen Bereichen des Privaten und des Individuums zugewiesen werden (ebd.). Kritik und Ansprechen von struktureller Ungleichheit und Diskriminierung durch den Apparat Rassismus verlieren an Dringlichkeit gegenüber moralischen Appellen der Menschlichkeit. Mit der Voranstellung diskursiver Aspekte die sich auf das Individuum konzentrieren, verlagert sich das Ansprechen von systematischer Diskriminierung und struktureller Ungleichheitsverhältnisse auf die persönliche Verantwortungsebene von Migrant*innen.

Auch der Verweis auf persönliche Identitätsverständnisse führt von der strukturellen Ebene auf die des Individuums. Diskriminierung und deren Verankerung werden vom gesellschaftlichen Apparat losgelöst. Exklusionsmechanismen und rassistische Prozesse werden mit dem diskursiven Strang der Einzelperson und ihrer Verantwortlichkeit zugeteilt. In Puktalovics Artikel „*Wir beide sind nicht in Konflikt, es sind unsre Identitäten*“ beschreibt die Vielschichtigkeit von Identitätsverständnissen und deren Verortungen im Zusammenhang mit strukturellen Differenzierungsprozessen (vgl. Puktalovic 2016/1). Wie in *Punkt 5.2.1.2. Einfluss auf Identitätsverständnisse* dargelegt, beschreibt der Artikel diese Komplexität, indem er die

Differenzierung des persönlichen Individuums und dessen sozialhistorischem gesellschaftlichen Identitätsverständnis aufzeigt (ebd.). Hierbei findet die Differenzierung des Identitätsverständnisses von Veteran*innen verschiedener Parteien des Balkankrieges, repräsentiert durch verschiedene ethnische Zugehörigkeiten statt. Diskriminierung und Exklusion werden zur persönlichen Einzelfallerfahrung von Migrant*innen, in deren Verantwortung es liegt, diesen Erfahrungen durch ihr Handeln und Auftreten vorbeugend entgegenzuwirken. Die diskursive Funktion wirkt wie die des Integrationsparadigmas. Reproduziert wird damit die defizitäre Positionierung von Migrant*innen gegenüber einer „Mehrheitsgesellschaft“, welche diese durch Anpassung an gesellschaftliche Erwartungen und Forderungen überbrücken müssen. Reproduziert wird damit das Paradigma der Integration als einem Set an Leistungen, das Migrant*innen zu erfüllen haben während es Mitgliedern der „Mehrheitsbevölkerung“ obliegt, diesen Leistungen nichts außer Beurteilung entgegenzubringen. Terkessidis formuliert zum Integrationsparadigma per se prägnant: *„[I]n vielen Integrationskonzepten wie auch im nationalen Integrationsplan [liegt] der Fokus fast immer auf den Migranten und deren Defiziten [...]. Hier geht es im Grunde darum, Menschen mit Migrationshintergrund anzupassen, und nicht um die Rahmenbedingungen einer Einwanderungsgesellschaft.“* Terkessidis (2008)

5.2.3.3. Repräsentation von Migrant*innen und die Konstruktion von Sprachlosigkeit

Im untersuchten Diskurs von daStandard.at kommen Migrant*innen marginal zu Wort und werden hingegen oft durch die Autor*innen oder andere Sprecher*innen repräsentiert. Die diskursive Repräsentation durch dritte Diskursakteur*innen impliziert die Beeinflussung und Veränderung der im Diskurs transportierten Informationen. Repräsentation birgt das Recht und die Kompetenz, für bestimmte Gruppen und Personen zu sprechen und deren Positionen ungefiltert wiederzugeben. Hier zeigt sich eine Verknüpfung zum Prozess gesellschaftlicher Repräsentation als einer Konzeption zur Vorstellung der Wirklichkeit. Systeme von Repräsentation sind hier politische Machtregime, die zur Produktion und Reproduktion von Konzeptionen sozialer Realität dienen.

In Stajics Artikel zum Simmeringer Gemeinderat Damnjanovic betrifft die Konstruktion dieser repräsentativen Positionierung Menschen mit serbischer Migrationsgeschichte, die Anhänger*innen der FPÖ – Politik sind. Hier wird einerseits über jene Migrant*innen und Damnjanovic gesprochen, sie werden durch die Autorin repräsentiert. Andererseits kommt Damnjanovic selbst zum Wort und positioniert sich als Repräsentant aller Wiener*innen: *„Er [Damnjanovic] freue sich sehr, dass endlich „auch für unsere Leute nach Jahrzehnten hier etwas getan wird und dass [er] als Vertreter aller Wiener gewählt wurde.““* (Damnjanovic nach Stajic 2015) Eine differenzierte Definition der

hierbei angewandten Gruppe aller Wiener*innen, die sich auch auf andere Kriterien als den Hauptwohnsitz beziehen könnte, liegt nicht vor. Zusammengefasst - In diesem Artikel gelangt Damnjanovic durch verschiedene diskursive Mittel zur repräsentativen Position: Zunächst durch seine Eigenpositionierung als „Fürsprecher“ der „serbischen Community“ in Wien. Neben der Eigenbenennung wirkt er auch in dem diskursiven Moment als Repräsentant, da er über und für jene Migrant*innen zu sprechen beginnt.

Durch Damnjanovics Positionierung als Bindeglied zwischen der „serbischen Community“ und der FPÖ wird die rassistische Ideologie der FPÖ, gegenüber „serbisch-stämmigen“ aber auch allen anderen Migrant*innen in Österreich relativiert und verharmlost. Die Beteiligung eines Politikers mit Migrationsgeschichte dient als Argument gegen den Rassismus der FPÖ, da schließlich Zusammenarbeit mit Damnjanovic als „Bindeglied“ besteht. Damnjanovics Unterstützung der segregierenden und diskriminierenden FPÖ – Politik wird zur Fortführung rassistischer Ideologie verwendet.

Die Repräsentation von Migrant*innen führt zur Konstruktion der Sprachlosigkeit dieser. Es wird vorwiegend über Migrant*innen und Communities gesprochen, während diese selbst nicht zu Wort kommen und es auch keine Belege (wie quantitative Datenerhebungen) zu den Aussagen über jene vorliegen (vgl. Stajic 2015 u. Stajic 2016/2). Auf Sprecher - Ebene dominieren Aussagen österreichischer Journalist*innen oder Politiker*innen, dominiert der Blick von Außenperspektive auf Migrant*innen als die „Anderen“ (vgl. Stajic 2016/2 u. Puktalovic 2016/2). Die Berichterstattung aus Außenperspektive wirkt auf Rezipient*innen als neutral, da die Sprecherin nicht sichtbar gemacht wird. Die entstehende Neutralisierung und Distanz mittels scheinbarer Vogelperspektive führt zur Objektivierung von Migrant*innen in der vorliegenden medialen Kommunikationsstruktur. Gronolds Arbeit beschreibt diese Diskursfunktion der Objektivierung von Migrant*innen durch die Konstruktion ihrer Sprachlosigkeit wie folgend: *„Umgekehrt ist es [MigrantInnen] nicht erlaubt, ihre Eindrücke zu schildern. [...] Hier zeigt sich die kulturelle Dimension von „Objektivität“ in der Berichterstattung... wonach Sichtweisen der „Anderen“ in einer scheinbar ausgewogenen Berichterstattung nicht in gleicher Weise berücksichtigt werden müssen. [...] Über die Situation der Flüchtlinge in Österreich erfahren wir meist aus der Perspektive von österreichischen ExpertInnen und „Einheimischen“ [...]“* (Gronold 2008: 34)

Das beinhaltet die Homogenisierung wie Stigmatisierung der „serbischen Community“ zu einer auf lokaler Herkunft basierenden Gruppe. Unterschiedliche politische Interessen von österreichischen Einwohner*innen mit serbischer Migrationsgeschichte werden ausgeblendet. Damnjanovic spricht hier allein für FPÖ – Wähler*innen serbischer Migrationsgeschichte in Wien, doch legitimiert wird dadurch sein Recht zur Repräsentation der gesamten „serbischen Community“ in Wien.

Differenzierungen entlang unterschiedlicher politischer Interessen kommen nicht vor während ebenfalls der Container – Aspekt des Konstrukts der Community zur Geltung kommt: *„Serbischstämmiger wird FPÖ – Gemeinderat in Wien [...] [Damnjanovic] engagiert sich mehrere Jahre lang als Bindeglied zwischen der serbischen Community und den Freiheitlichen.“* (Stajic 2015)

5.2.3.4. Bevormundung

Die Konstruktion von Sprachlosigkeit impliziert ebenso diskursive Bevormundung und Bewertung derer, über die berichtet wird. Sie besteht unter anderem in der Interpretation von Beweggründen und Interessen. Sobald Handlungen und Entscheidungen von Personen beschrieben werden, impliziert jede Außendarstellung einen unvermeidbaren Grad an Beeinflussung durch die Autor*in. Diese ist integraler Bestandteil in Stajics Kommentar „Wieso Migranten irren, wenn sie mit der FPÖ sympathisieren“ (Stajic 2016/2). Berichtet Stajic über FPÖ – Wähler*innen mit Migrationshintergrund, erstellt sie ein durch sie fixiertes Bild einer festgelegten Bevölkerungsgruppe. Dieser Gruppe spricht sie ebenso festgelegte Sets an Wissen und Wertvorstellungen zu, indem sie deren Beweggründe politischer Orientierung interpretiert und bewertet. Die Bewertung impliziert den gewissen Grad an Bevormundung der es erlaubt, sich hierarchisch über den Migrant*innen welche die FPÖ – Politik unterstützen zu positionieren. Hier werden FPÖ – Wähler*innen mit Migrationsgeschichte hinsichtlich ihres Wissens, ihrer Wahlgründe und der Kompetenz kritischen Hinterfragens homogenisiert und stereotypisiert. Diese Beurteilung und Bevormundung geschieht in der Vorwegnahme der Wahlgründe von FPÖ – Anhänger*innen mit Migrationsgeschichte: *„Außerdem sind [Migrant*innengruppen die Rechtspopulisten wählen] dem Irrtum aufgesessen, dass die ausländerfeindlichen Parolen nicht an sie gerichtet sind, weil sie sich zu den Guten und Anständigen zählen, die angeblich von den Anfeindungen ausgenommen sind. [...] Die perfide Politik der Teilung in gute und schlechte Ausländer durchschauen die FPÖ - Sympathisanten aus den Migranten-reihen nicht.“* (Stajic 2016/2) Diese Beurteilung suggeriert mangelndes Wissen über politische Strukturen und Prozesse unter allen Migrant*innen, die mit Stajics Kommentar angesprochen werden. Des Weiteren wird ihnen die mangelnde Fähigkeit zur Selbstreflexion zugesprochen indem Stajic ausführt, dass jene Migrant*innen sich nur bedingt darüber im Klaren wären, wenn sie sich in einer gesellschaftlichen Position befinden, die von den diskriminierenden Politiken der FPÖ betroffen wäre. *„Überhaupt schafft es die FPÖ, sich fast widerspruchslos als die Partei der sozial benachteiligten zu positionieren und damit die Stimmen und Sympathien der schlecht ausgebildeten oder arbeitslosen Migranten zu gewinnen. Dass sie diejenigen sind, die von den Kürzungen betroffen sein werden, hat*

sich auf serbischen Turbofolk-Partys noch nicht herumgesprachen.“ (Stajic 2016/2) Stajic beschreibt ein Set an Beweggründen sowie Wissen und Wertvorstellungen, die zur politischen Orientierung von Migrant*innen führen. Diese reichen von mangelndem Wissen und Fähigkeit zur Selbstreflexion bis zur Angst vor sozialem Abstieg und struktureller Exklusion. Mit der Verortung dieser Fähigkeiten und Eigenschaften wird der Rezipientin des Artikels ab einem gewissen Grad vermittelt, dass FPÖ – wählende Migrant*innen über keine oder allenfalls beschränkte mangelnde de-stigmatisierender Handlungskompetenz verfügen. Hier werden kontextuell arbiträre Defizite auf Seite der Migrant*innen erzeugt, mittels welcher in diesem Fall eine Unfähigkeit der Identifizierung rassistischer Politik vermittelt und damit Exklusion legitimiert wird. Diese Homogenisierung und Stigmatisierung setzt sich fort indem angegeben wird, dass hauptsächlich „*schlecht ausgebildete, schlecht bezahlte oder arbeitslose Migranten*“ der FPÖ „*Stimmen und Sympathien*“ entgegenbringt. (Stajic 2016/2) Sozial benachteiligte Personen werden im Bezug auf eine einfache Beeinflussung der politischen Haltung homogenisiert und stereotypisiert. Dabei muss hinterfragt werden, inwieweit diese diskursive Argumentationslinie die Legitimation sozialer Unterschiede aufgrund gesellschaftlicher Kategorien reproduziert. Hier besteht eine Diskursverschränkung zu Aspekten gesellschaftlichen Kategorisierungen und strukturellen Exklusionsmechanismen. gleichzeitig wird Migrant*innen bestimmtes Wissen um rassistische Gesellschaftsstrukturen und – Prozesse zugeschrieben: Es wird beschrieben, dass Migrant*innen auf wirtschaftlicher und beruflicher Ebene um ihre gesellschaftliche Position als „Puffer“ wissen und dass sie infolge als Erste von schlechter wirtschaftlicher Konjunktur betroffen sind (vgl. Stajic 2016/2). Dieser Wissensbestand, so wird angegeben, führt zur Ablehnung verschiedener Migrant*innen – Gruppen untereinander, was deren Interesse an der exkludierenden Ideologie der FPÖ legitimiert (ebd.). Hier ist erkennbar, was Terkessidis zum Bestand rassistischen Wissens angeführt hat: Dass Personen, welche von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind, nicht automatisch über einen Wissensbestand zum Apparat des Rassismus verfügen und dieser nicht vorweg angenommen werden kann (vgl. Terkessidis 2004: 115) Interessant ist hierbei die unterschiedliche Zuschreibung von Wissensbeständen und Einblick politische Prozesse: Zwar wird Migrant*innen Wissen über ihre strukturelle Diskriminierung und Marginalisierung anerkannt, das Wissen diese zu hinterfragen und in kritische Reflexion mit ihrer gesellschaftlichen Positionierung zu stellen, wird ihnen jedoch abgesprochen. Die diskursive Bevormundung und Beurteilung von Migrant*innen variiert je nach beabsichtigter Vermittlung von Information durch die Autor*innen.

6. Conclusio

Das letzte inhaltliche Kapitel dieser Masterarbeit schließt den Rahmen von der Vorstellung des Untersuchungsgegenstandes bis zu den vorliegenden Analyseergebnissen und zeigt auf, welche wissenschaftlichen Erkenntnisse gewonnen wurden. Der gesetzte Grundrahmen dieser Arbeit ist, gesellschaftliche Mechanismen der In – und Exklusion von Migrant*innen in Österreich zu analysieren und auszuarbeiten, inwiefern der mediale Diskurs rassistische und diskriminierende, oder destigmatisierende Elemente enthält. Die Wirkungsebene rassistischer Prozesse gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte omnidirektional – diese Arbeit bezieht sich auf die gesellschaftliche Ebene des gesellschaftlichen Diskurses. Der Fokus liegt auf dem öffentlich – medialen Diskurs um Migrant*innen in Österreich. Ein zentraler Bezugspunkt ist hierbei der Aspekt des Sprachhandelns, der Performativität. Zur Untersuchung wurde die Online – Plattform daStandard.at ausgewählt. DaStandard.at ist ein öffentliches, das im Bewusstsein über rassistischer Strukturen und zur Aufhebung ebendieser gegründet wurde. Gezeigt hat sich, dass im untersuchten Diskurs ein sehr ambivalentes Verhältnis hinsichtlich der Gratwanderung von Kritik an und Reproduktion von exkludierenden Prozessen und Strukturen besteht.

Die Ausarbeitung der Analyseergebnisse setzt am Prozess des Othering an und beleuchtet Differenzkategorien, auf denen die Diskriminierung bestimmter Personen fußt. Diese Differenzkategorien basieren auf und implizieren verschiedene Perspektivierungen und Positionierungen von Migrant*innen in Gegenüberstellung zur „österreichischen Mehrheitsgesellschaft“. Die Vermittlung von Zugehörigkeiten ist von zentraler Bedeutung: manche der Begriffe adressieren „ethnische“ Zugehörigkeit, andere beziehen sich auf Nationalstaaten und geographische Herkunft oder dem Begriff der Community. Diese Begriffe haben Einfluss auf Identitätsverständnisse. Diese Begriffe wirken vielschichtig und können nur bedingt als voneinander getrennt wahrgenommen werden. Sie befinden sich in stetiger Wechselwirkung, sich gegenseitig bedingend und verwoben. Diese Vielschichtigkeit wirkt sich folglich auf die Identitätsverständnisse kategorisierter Personen aus. Im Forschungsprozess wurden die Differenzbegriffe der Nation, der Community und der Ethnie ausgearbeitet, wobei der Einfluss dieser Begriffe auf das Identitätsverständnis von Migrant*innen analysiert wurde. Übergreifend zeigt sich im untersuchten Diskurs, dass die Autor*innen Stajic und Puktalovic darauf hinweisen, dass diese Differenzbegriffe verwendet werden, um In – und Exklusionsmechanismen gegenüber Migrant*innen in Österreich zu legitimieren. Die Begriffe werden jedoch nicht als von der Gesellschaft einwickelte Konstrukte per se hinterfragt, sondern reproduziert und weiterverwendet. Die im Diskurs bestehende Kritik bezieht sich auf strukturelle und institutionelle Exklusionsmechanismen, verankert in arbiträren politischen Prozessen von Differenzierung und

Instrumentalisierung. Kritisiert wird darauf basierende struktureller Exklusion, wie dem Ausschluss von politischen Rechten: beispielsweise vom Recht politische Vertreter*innen in Österreich zu wählen. Kritisiert wird, dass der Begriff der Nation hier nicht dem Ineinanderwirken von Verständnissen, gerecht werden kann. Wo Begriffe von Bewohner*innen, Einwohner*innen, dem Lebensalltag und persönlicher Identitätsverortungen verwoben sind, bleiben Differenzierungen von Menschen durch den Begriff der Nation bestehen. Das führt dazu, dass andere Aspekte sozialer Realität nachgestellt sind. Fortgesetzt wird jedoch die Verwendung von Differenzkategorien, die zur Beschreibung von Personen weiter verwendet werden. Die Differenzbegriffe der Nation, Community und Ethnie zur Vermittlung von Zugehörigkeiten werden reproduziert, der Prozess des Othering und die darauf basierende Legitimation diskriminierender Strukturen bleiben bestehen. Damit fortgesetzt wird das Verständnis von geschlossenen Gesellschaftsgruppen, die in Verbindung zum Konzept der Nationalstaatlichkeit Rassenkategorien relativieren.

Ein weiterer zentraler Aspekt der Untersuchung ist die Gegenüberstellung von sozialer Realität bezogen auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und den institutionellen und politischen Strukturen, die die Position des Individuums und seinen daraus folgenden Handlungsrahmen festlegen. Auf daStandard.at wird sichtbar gemacht, dass strukturelle Bedingungen (wie gesetzliche Regelungen) zur Exklusion von Migrant*innen auf vielen Ebenen (wie dem Arbeitsmarkt oder dem Zugang zu Sozialleistungen) führen. Die Kritik an institutionell gefestigter und legitimierter Diskriminierung von Migrant*innen impliziert das Adressieren eines rassistischen Apparates und rassistischer Ideologie. Die Verantwortlichkeit über Ungleichheitsverhältnisse wird nicht am Individuum und seinem Handeln verankert. Es wird klar dargestellt, dass institutionelle und behördliche Prozesse diese Ausschlussmechanismen gegenüber Migrant*innen bedingen – dass politische und staatliche Instanzen auf Lebensrealitäten Einfluss nehmen. Der Diskurs auf daStandard.at macht sichtbar, dass die Möglichkeit eines Strukturwandels mitgedacht und mitbedacht werden muss. Die Möglichkeit eines Strukturwandels wird aufgezeigt, Möglichkeiten zur Umsetzung marginal. Die Verantwortung darüber ist vorwiegend zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zugewiesen, wobei Kompromisshaltungen mit exkludierenden politischen Konzepten, wie dem Integrationsparadigma, im Vordergrund stehen.

Dem Aspekt der Sprache und Sprachverwendung auf daStandard.at sind verschiedene diskriminierende und destigmatisierende Elemente inne, die in stetiger Wechselwirkung zueinander stehen. Unterschiedliche diskursive Mittel wie Präskriptionen, Deskriptionen, Verweise oder Kontextualisierungen sorgen für verschiedene Wahrnehmungen von Migrant*innen und deren gesellschaftlichen Positionierungen. Der untersuchte Diskurs ist ein vorwiegend entpolitisierter. In den untersuchten Textbeispielen bestehen mehrere diskursive Stränge, die vom Adressieren

politisch – gesellschaftlicher Akteur*innen und Strukturen absehen. Der Hinweis auf die dadurch bestehende Legitimation sozialer Ungleichheit ist marginal.

Ungleichheitsverhältnisse historisiert und als abgeschlossen dargestellt, wodurch ihre gegenwärtige Relevanz verringert oder gar ausgeschlossen wird. Mittels neutral wirkender, nüchterner Sprachdarstellung werden Strukturen soziale Realität und deren Zusammenhang mit politischen Prozessen und Akteur*innen als voneinander getrennt vermittelt. Hier zeigt sich, dass eine „Normalisierung“ der Thematik von Migration durch den Verzicht auf differenzierende Beschreibungen das Verschweigen und damit die Reproduktion bestehende Differenzierungen und strukturelle Diskriminierung bedeutet. Primär adressiert werden auf daStandard.at private und kulturelle Räume, auf Diskriminierung wird unter humanisierendem und individualisierendem Aspekt eingegangen. Die Repräsentation von Migrant*innen beinhaltet damit ihren gesellschaftlichen Verweis und verortet sie abseits politischer Strukturen und Prozesse. In der Humanisierung besteht hier der Fokus auf das Individuum und das Adressieren von Mitgefühl bei den Diskurs – Rezipient*innen. Problematisch ist, wenn das Diskursmittel der Humanisierung zur Individualisierung von Diskriminierung führt: wenn die Verantwortung dazu Einzelpersonen zugewiesen wird, anstatt rassistische Strukturen und Prozesse aufzuzeigen. Produziert wird rassistisches Handeln als Einzelfälle in der österreichischen Gesellschaft, denen Migrant*innen selbst entgegenzuwirken haben, indem sie sich beispielsweise den Forderungen des Integrationsparadigmas anpassen. Es muss bedacht werden, dass die humanisierte Darstellung von Migrant*innen nicht selten mit gesellschaftlichen Kategorien wie Gender in Zusammenhang steht, und so die Reproduktion von Differenzierungen fortgesetzt wird. Beispielsweise sind Opferdarstellungen von Migrant*innen Gender – bezogen. Mittels Opferdarstellung aus Außenperspektive wird das Bild von Migrant*innen objektiviert und als sprachlos präsentiert. Aus der Konstruktion von Sprachlosigkeit nährt und legitimiert sich wiederum die Notwendigkeit einer diskursiven Repräsentation von Migrant*innen durch andere Personen. Die dadurch implizierte Bevormundung und Beurteilung von Migrant*innen erzeugt Exklusion, die durch Defizite auf Seite der Migrant*innen begründet wird. Diskriminierung und soziale Ungleichheitsverhältnisse werden somit mittels Differenzkategorien legitimiert. Im untersuchten Diskurs auf daStandard.at ist der Repräsentation von Migrant*innen Homogenisierung und Stigmatisierung inne, die ein standardisiertes Bild von Migrant*innen und Migrant*innen – Gruppen erzeugen. Hier wird der Prozess des Othering von Migrant*innen gegenüber einer österreichischen „Mehrheitsgesellschaft“ fortgeführt.

Die Repräsentation von Migration und Migrant*innen in Österreich auf der Plattform daStandard.at beinhaltet sowohl destigmatisierende als auch stigmatisierende diskursive Wirkung gegenüber exkludierten Personen. Diese ist auf verschiedenen inhaltlichen und sprachlichen Ebenen sichtbar,

die in stetiger Wechselwirkung zueinander stehen. De - stigmatisierende wie stigmatisierende diskursive Mittel bestehen ineinander verschränkt, sich gegenseitig ergänzend und bedingend.

7. Abstract (deutsch)

Diese Masterarbeit widmet sich der Diskriminierung und Destigmatisierung von Migrant*innen in Österreich. Der Begriff der* Migrantin wird hier als gesellschaftliches Konstrukt verwendet, das zur Kategorisierung und Homogenisierung bestimmte Personen und Personengruppen dient. Diese erfahren auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen Differenzierung und Exklusion: Diese Arbeit fokussiert sich auf den gesellschaftlichen Diskurs um Migrant*innen, der mittels medial – öffentlicher Vermittlung von Information Wissens – und Wertvorstellungen produziert und reproduziert.

Untersuchungsgegenstand dieser Masterarbeit ist die diskursive Präsentation und Repräsentation von Migrant*innen unter dem Aspekt, dass diese Auswirkung auf gesellschaftliche Positionierungen und Identitätsverständnisse hat. Grund für die Exklusion von Migrant*innen sind rassistische gesellschaftliche Strukturen und die daraus folgenden Rassismen. Mit Bezug auf die Rassismusforschung zeigt diese Arbeit, wie Migrant*innen gegenüber österreichischen „Einheimischen“ differenziert, kategorisiert und standardisiert werden. Es sind diese Differenzierungen, durch die Diskriminierung und Exklusion legitimiert werden, die mitunter auch die strukturelle gesellschaftliche Ebene Österreichs betreffen. Analysekorpus hierfür ist das Portal daStandard.at, einem von DerStandard als eigenständigem Ressort gegründeten Medialen Raum für Journalist*innen mit Migrationsgeschichte. Gründungsziel der Online – Plattform ist das Entgegenwirken der Differenzierung von Migrant*innen in Österreich im medialen Diskurs.

Durch die Analyse ausgewählter Textbeispiele zeigt sich, dass durch daStandard.at der Mediendiskurs destigmatisierend beeinflusst wird, aber auch diskriminierende Elemente auf verschiedenen Ebenen beinhaltet. Gesellschaftliche Differenzierung zwischen „Migrant*innen“ und einer österreichischen „Mehrheitsgesellschaft“ werden de - konstruktivistisch hinterfragt und aufgezeigt. Bestehenden strukturellen Exklusionen werden aufgezeigt und auf das Ungleichheitsverhältnis zwischen Personen hingewiesen. Prägnante Differenzkategorien werden in ihrer diskriminierenden Wirkung kritisch adressiert, jedoch nicht de – konstruktivistisch aufgelöst. Differenzierende Begriffe werden weiterverwendet und inkludieren somit die Reproduktion von Wissens – und Wertvorstellungen, die Exklusion legitimieren. Die auf daStandard.at verwendete Sprache enthält sowohl differenzierende als auch de-stigmatisierende Elemente. Alle in der Analyse erarbeiteten Phänomene von Diskriminierung und Destigmatisierung stehen in stetiger Wechselwirkung zu einander. Sie bestehen ineinander verschränkt, sich gegenseitig ergänzend und bedingend.

Abstract (English)

This Master's – thesis is about the discrimination and de - stigmatization of migrants in Austria. Within this thesis the term migrants is understood as a concept, used for the homogenization and categorization of certain groups of people, constructed by society. Those people see themselves confronted with differentiation and categorization at all different areas of society: This thesis is focused on societies discourse about migrants, influenced and constructed by sources of public media. Those sources are crucial for producing and reproducing common sets of knowledge and moral values among society.

This Master – thesis object of study is the discursive presentation and representation of migrants based on the aspect of in how far those influence common concepts of their social positioning and identities. Reason for their social exclusion are racist structures within society, confronting them with different racisms. Based on the research of racism this paper shows how migrants are being constructed, differentiated and standardized as a counterpart of a so called "main society". It is this differentiation, that legitimizes discrimination and exclusion that even includes official structures in Austrias society. The hereby used frame for analyzing is the online – paper daStandard.at, founded as a autonomic resort of DerStandard for counteracting racist structures. At the moment of foundation, the papers goal was to antagonize racism in the discourse of public media as well as in the branch of public media in Austria.

The results of this paper are as followed: daStandard.at influences the public discourse around migrants in an de - stigmatizing as well as discriminating way. Categories that differentiate migrants from a so called "main society", are shown and criticized under the scientific aspect of deconstructivism. Within the discourse at daStandard.at, social inequalities and their legitimization are shown. Categories of differentiation are presented as constructs for legitimizing discrimination, but they are still used for describing migrants, which in the end contains their reproduction. Their reproduction includes the further use and production of common sets of knowledge and values, legitimizing discrimination. Just as the whole analyzed discourse, the used language at daStandard.at contains discursive elements of discrimination as well as destigmatization. All within this paper presented phenomenons of discrimination and destigmatization are constantly correlating. They exist and appear intervoven, depending on and completing each other.

8. Quellenverzeichnis

8.1. Literaturverzeichnis

Anthias, Floya (2011): Intersections and Translocations: new paradigms for thinking about cultural diversity and social identities. In: European Education Research Journal, Vol. 10/ Nr. 2., London: Roehampton University.

Austrian Red Cross: Annual Report 2014: International Cooperation: Disaster Management/ Rehabilitation/ Development Cooperation. Wien: 2014.

Bacher, Marion (2011): Rotation oder Integration? Österreichischer und schwedischer Umgang mit Arbeitsmigration in den 1970er Jahren. Masterarbeit: Universität Wien.

Balibar, Etienne (1991): Rasse, Klasse, Nation: Ambivalente Identitäten. Hamburg; Berlin: Argument-Verlag. Unter Mitarbeit von Immanuel Wallerstein. Übersetzung: Chris Turner.

Balibar, Etienne (1991): *Race, Nation, Class: Ambiguous Identities*. London & New York: Verso. With Immanuel Wallerstein. Translation by Chris Turner.

Butschek, Felix; **Walterskirchen**, Ewald (1974): Aspekte der Ausländerbeschäftigung. In: Monatsberichte 4/1974, Vol. 47, S. 214 - 224. Wien: WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung Wien.

Bouris, Stephanie (2006): A.11 Semi- Structured Interviews. In: Working with communities: a toolbox. S. 49 – 52. IFRC: http://www.ifrc.org/PageFiles/95747/B.b.01.%20Working%20with%20communities-Tool%20box_IFRC.pdf [Zugriff: 13.10.2016]

Büscher, Monika; Urry, John (2009): Mobile Methods and the Empirical. European Journal of Social Theory 12 (1): 99 – 116. Los Angeles: Sage Publications.

Dannecker, Petra; **Voßemer**, Christiane (2014): Qualitative Interviews in der Entwicklungsforschung. Typen und Herausforderungen. In: Petra Dannecker, Birgit Englert (Hg.): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien: Mandelbaum.

Davis, Helen (2004): Understanding Stuart Hall. London: Sage Publications Inc.

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (2000): Bemerkung zur Durchführung von Diskursanalysen. Vortrag von Siegfried Jäger auf der Tagung „Das große Wuchern des Diskurses. Der Diskurs als unberechenbares Ereignis.“ Universität GH Paderborn: 3. und 4.7.1997. http://www.diss-uisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Durchfuehrung_Diskursanalyse.htm#_ednref3 [Zugriff 3.11.2015]

Fanon, Frantz (1952). Black Skin, White Masks. New York: Grove Press.

Flick, Uwe Hrsg. (2004): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch- Verlag.

Foucault, Michel (1991): Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt a Main: Suhrkamp.

Gouma, Assimina (2010): Zwischen "Medienghettos" und Integrationsimperativ. Beitrag aus: migrazine.at, Ausgabe 2010/3. <http://migrazine.at/artikel/zwischen-medienghettos-und-integrationnsimperativ-0> [Zugriff: 19.5.2016]

Gronold, Daniela (2008): „Wer denkt an die Opfer?“ – Repräsentationen tschetschenischer EinwandererInnen in der österreichischen Mediennation. In: Medien Journal, 32 (3). S. 31-40.

Hall, Stuart (1989): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Das Argument 178, Hamburg: Argument Verlag. S. 913-921.

Hall, Stuart (1994/1): Der Westen und der Rest. Diskurs und Macht. In: ders.: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg, 137-179.

Hall, Stuart (1994/2): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 1 und 2. Hamburg: Argument Verlag.

Herczeg, Petra (2012): Geschlossene Gesellschaft: Über Diversität in den Medien, Journalismus und Migration. In: Dahlvik, Julia [et al.] (2011): Massenmedien und Integration. Kommunikationswissenschaftliche Fragestellungen und Perspektiven. Jahrbuch 1/2011. Wien: Vienna University Press. S. 177 – 192.

Illhardt, Jana (2013): Interview mit Olivera Stajic: Journalisten mit Migrationshintergrund müssen gezielt gefördert werden. Drehscheibe Online: 25.11.2015. <http://www.drehscheibe.org/interview-mit-olivera-stajic.html> [Zugriff: 28.11.2015]

Jäger, Siegfried (1999): Kritische Diskursanalyse. Münster: UNRAST-Verl.

Klapeer, Christine (2014): Intersektionalität statt ein verlegenes et cetera. Methodologische Impulse zum Umgang mit der Verwobenheit von ungleichheitsgenerierenden Kategorien. In: Dannecker, Petra; Englert, Birgit (Hg.): Qualitative Methoden in der Sozialforschung. Wien: Mandelbaum, 55-74.

Klingseis, Susanne (2012): Identität und Rassismus – Zur Konstruktion kultureller Identität am Beispiel türkischer MigrantInnen in Österreich. Diplomarbeit, eingereicht bei Univ. - Prof. Dr. Eva Kreisky. Universität Wien: 2012.

Korun, Alev (2012): Frauen in der Migration. Nichts als Diskriminierung und Stereotype? Minderheiten.at http://minderheiten.at/index.php?option=com_content&task=view&id=27&Itemid=31#korun [Zugriff 15.5.2016]

Lentin, Alana (2004): Racism and Anti – Racism in Europe. London: Pluto Press.

Leela (2013): Ein Antirassismus, der nicht politisch ist, ist kein Antirassismus. In: unique Online, 10/13. www.univie.ac.at/unique/uniquecms/?=3823 [Stand: 9.4.2016]

Matuschek, Helga (1985), Ausländerpolitik in Österreich 1962-1985. Der Kampf um und gegen die ausländische Arbeitskraft, in Journal für Sozialforschung, Vol. 25(2), 159-198.

Mignolo, Walter (2011): Epistemic disobedience and decolonial option. A manifesto. In: TRANSMODERNITY: Journal of Peripheral Cultural Production of the Luso-Hispanic World, 1(2). <http://escholarship.org/uc/item/62j3w283> [Zugriff: 17.4.2016]

Pries, Ludger (2008/1): Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Frankfurt am Main: 106

Suhrkamp.

Pries, Ludger (2008/2): Transnationalisierung Sozialer Ungleichheit. In: Berger, Peter; Weiß, Anja. Wiesbaden: Springer.

Pühretmayer, Hans (2005): Über das Politische des Wissenschaftlichen. Interventionen des Critical Realism in verschiedene Ökonomietheorien. In: Kurswechsel 4/2005: 28 – 44.

http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/028_hans_pahretmayer.pdf [Zugriff: 6.10.2016]

Reinprecht, Christoph; Weiß, Hilde (2012): Migration und Integration: Soziologische Perspektiven und Erklärungsansätze. In: Fassmann, Heinz; Dahlvik, Julia (Hg.) (2012): Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Wien: Vienna university Press by V&B unipress.

Rumford, Chris (2006): Theorizing Borders. European Journal of Social Theory 9: 115 - 169. Los Angeles: Sage Publications. Los Angeles: Sage Publications.

Schicho, Walter (2014): Diskursanalyse. In: Petra Dannecker, Birgit Englert (Hg.): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien: Mandelbaum.

Sheller, Mimi; Urry, John (2004): The new mobilities paradigm. Lancaster University: Environment and Planning. Vol. 38, 207 – 226.

Statistik Austria (2012): Medien-Chefs: Negative Migrations-Berichterstattung. In: Statistik Austria Online, 12.1.2012.

http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/2012/01/12/medien-chefs-negative-berichterstattung-uber-migranten/ [Zugriff: 9.4.2016]

Terkessidis, Mark (1999): Das Bild vom Balkan. DIE Zeit Online, 41/1999. http://www.zeit.de/autoren/T/Mark_Terkessidis/index.xml [Zugriff: 8.4.2016]

Terkessidis, Mark (2000/1): Das Fremde, Eigene. DIE Zeit Online, 9. März 2000. , 41/1999. http://www.zeit.de/autoren/T/Mark_Terkessidis/index.xml [Zugriff: 8.4.2016]

Terkessidis, Mark (2000/2): Vertretung, Darstellung, Vorstellung. Der Kampf der MigrantInnen um Repräsentation. Eicip.net, 10/2000. <http://eicpc.net/transversal/0101/terkessidis/de> [Zugriff: 8.4.2016]

Terkessidis, Mark (2001): Nur meine Augen bleiben. DIE Zeit Online, 07/2001. http://www.zeit.de/autoren/T/Mark_Terkessidis/index.xml [Zugriff: 8.4.2016]

Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld: Transcript Verlag.

Terkessidis, Mark (2008): Diversity statt Integration. Kultur- und integrationspolitische Entwicklungen der letzten Jahre. In: Kulturpolitische Mitteilungen: Thema Perspektivwechsel, Nr. 123, IV/2008.

Thaler, Selina (2014): Man kommt nur rein, wenn man schon drinnen ist. Eine Bestandsaufnahme der beruflichen Integration von JournalistInnen mit Migrationshintergrund in der daStandard.at - Redaktion . Bachelorarbeit, eingereicht bei Dr. Petra Herczeg. Universität Wien, Oktober 2014.

www.entwicklung.at (2016): Themen: Friedensförderung und Konfliktprävention. <http://www.entwicklung.at/themen/friedensfoerderung-und-konfliktpraevention/> [Zugriff: 4.5.2016]

UNESCO (1969): Four Statements on the race question. United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, COM.69/11.27/A . Paris: Obertbur- Rennes.

<http://unesdoc.unesco.org/images/0012/001229/122962eo.pdf> [Zugriff 15.12.2016]

Wien-konkret Medien GmbH (2016): Bundespräsidentswahl 2016 in Österreich. 4.12.2016: Wahltag der verschobenen Wahlwiederholung der Stichwahl zur Wahl des Bundespräsidenten. Informationen gemäß §5 (1) E- Commerce Gesetz, Mediengesetz und Kontakt. <http://www.bundespraesidentschaftswahl.at/> [Zugriff: 23.10.2016]

Yilmaz, Gülüm (2011): Geschichte der Gastarbeiter. Alles kam anders. daStandard.at, 09. Dezember 2011. <http://derstandard.at/1323222571065/Geschichte-der-Gastarbeiter-Alles-kam-anders> [Zugriff: 15.5.2016]

8.2. Qualitative Interviews

Interview mit Timur Rusen Aksak (freier Mitarbeiter daStandard.at) am 5.12.2015 in Wien.

Interview mit Jelena Gucanin (freie Mitarbeiterin daStandard.at) am 3.12.2015 in Wien.

Interview mit Olivera Stajic (Chefredakteurin daStandard.at) am 25.11.2015 in Wien.

8.3. Analysematerial

Pukatolvic, Sinisa (2016/1): Wir beide sind nicht in Konflikt, es sind unsere Identitäten. DaStandard.at, 13.4.2016. <http://derstandard.at/2000034690418/Wir-beide-sind-nicht-in-Konflikt-es-sind-unsere-Identitaeten> [Zugriff: 4.6.2016]

Pukatolvic, Sinisa (2016/2): Eine Million vom Wahlrecht ausgeschlossen. DaStandard.at, 2.5.2016. <http://derstandard.at/2000036004726/Eine-Million-vom-Wahlrecht-ausgeschlossen> [Zugriff: 4.6.2016]

Stajic, Olivera (2015): Serbischstämmiger wird FPÖ – Gemeinderat in Wien. DaStandard.at, 13.10.2015. <http://derstandard.at/2000023919532/Serbischstaemmiger-wird-FPOe-Gemeinderat-in-Wien> [Zugriff: 4.6.2016]

Stajic, Olivera (2016/1): 50 Jahre jugoslawische Gastarbeiter in Österreich. daStandard.at, 3.4.2016. <http://derstandard.at/2000034028208/50-Jahre-jugoslawische-Gastarbeiter-in-Oesterreich> [Zugriff: 4.6.2016]

Stajic, Olivera (2016/2): Wieso Migranten irren, wenn sie mit der FPÖ sympathisieren. Kommentar in: daStandard.at, 27.4.2016. <http://derstandard.at/2000035844599/Wieso-Migranten-irren-wenn-sie-mit-der-FPOe-sympathisieren> [Zugriff: 4.6.2016]

9. Annexe

9.1. Analysematerial

1. „50 Jahre jugoslawische Gastarbeiter in Österreich“, Olivera Stajic. (vgl. Stajic 2016/1)

An das Jubiläum des Anwerbeabkommens mit Jugoslawien erinnern ab Montag eine Videoinstallation an Wiener Bahnhöfen und eine Ausstellung im Filmcasino

"Sie sind ein Bestand unserer Stadt wie die Donau und der Stephansdom", sagte Helmut Zilk im Juni 1989 über die jugoslawischen Gastarbeiter. Diese und andere, ähnlich schmeichelnde Worte sprach der damalige Wiener Bürgermeister im Hanappi - Stadion anlässlich der 10. Arbeitersportspiele, einer bundesweiten Veranstaltung des Jugoslawischen Dachverbands.

Abkommen mit Jugoslawien 1966

Jugoslawische Arbeiter waren zu diesem Zeitpunkt seit knapp 30 Jahren die größte Migrantengruppe in Österreich. Seit Beginn der 1960er-Jahre kamen zehntausende junge Männer und Frauen, um vor allem auf Baustellen und in Fabriken zu arbeiten. Am 4. April 1966 wurde nach jahrelangen Verhandlungen mit der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien die bereits gelebte Realität offiziell gemacht: Das Abkommen zur Beschäftigung jugoslawischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich trat in Kraft. An das 50-jährige Jubiläum des Anwerbeabkommens erinnern ab Montag eine Videoinstallation an zwei Wiener Bahnhöfen und eine Tagung samt Ausstellung im Filmcasino. Die Orte der Erinnerung wurden nicht zufällig gewählt. Der ehemalige Südbahnhof (jetzt Hauptbahnhof) und der Westbahnhof waren nicht nur Orte des Ankommens, sondern auch wichtige Treffpunkte für die Arbeiter aus dem ehemaligen Jugoslawien. Hier trafen sie sich, um Neuigkeiten aus der Heimat auszutauschen, aber auch, wenn sie auf der Suche nach einer neuen Arbeitsstelle oder nach Hilfe bei Behördenwegen waren.

Filmcasino als neue Heimat

Etwas formeller war das Filmcasino, das der jugoslawischen Community zwischen 1979 und 1989 als Veranstaltungsort für kulturelle Aktivitäten diente. Hier zeigten die Arbeitervereine neue Kinofilme aus der alten Heimat und hielten Folkloretanz-Proben ab, hier trafen sich die Schiedsrichter der Sportvereine und die Lehrer für den muttersprachlichen Unterricht. Finanziert wurde der soziale Treffpunkt mithilfe des ÖGB und der jugoslawischen Gewerkschaft. Vom 7. bis zum 26. April erzählt im Filmcasino die Ausstellung "Das Filmcasino als Heim der Jugoslawen" von zehn bewegten Jahren der jugoslawischen Community in Österreich. Am Haupt- und am

Westbahnhof kann man vom 4. bis 10. April Videomaterial zur Geschichte der Arbeitsmigration sehen, unter anderem auch Helmut Zilks Rede aus dem Jahr 1989.

2. „Wieso Migranten irren wenn sie mit der FPÖ sympathisieren“, Olivera Stajic (vgl. Stajic 2016/2)

Die Rechtspopulisten beherrschen die Politik der Teilung in gute und böse Ausländer. Die Angst vor dem sozialen Abstieg bringt ihnen Stimmen

Der Präsident der bosnischen Republika Srpska, Milorad Dodik, hat es sich nicht nehmen lassen, den Serben in Österreich zu bestellen, sie mögen doch bitte in der zweiten Runde der Bundespräsidentenwahl Norbert Hofer von der FPÖ wählen. Diese Wahlempfehlung ist weder eine Überraschung, noch wird sie großen Einfluss auf den Wahlausgang haben. Sie ist aber symptomatisch für die Zweckgemeinschaft, die rechte Parteien mit bestimmten Migrantengruppen bilden.

Die ohnehin unzuverlässigen Umfragen können zwar keine konkreten Zahlen liefern, aber angeblich erfreut sich die FPÖ bei vielen Migrantengruppen, und hier insbesondere bei den Serben, großer Beliebtheit. In der Vergangenheit wurde diese Liebe auch im Wahlkampf sichtbar: Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus ließen sich in Wahlkampfzeiten gerne auf Partys und Veranstaltungen der serbischen Community blicken, die FPÖ sponserte Turbofolk-Konzerte und ließ ausrichten, dass man "die serbischen Freunde" in der Kosovo-Frage unterstütze. Außerdem pflegt Strache Beziehungen zu der rechtspopulistischen Partei SNS in Serbien und zum Nationalisten Dodik in der Republika Srpska.

Eine ähnliche Strategie verfolgt die AfD. Ihr Programm ließen die deutschen Rechtspopulisten ins Russische übersetzen und sprechen mit Reden über das "Asylchaos" gezielt Russlanddeutsche an, die große Vorbehalte gegenüber muslimischen Zuwanderern haben. Damit will die AfD Menschen auf ihre Seite ziehen, die selbst erst vor einigen Jahren nach Deutschland gekommen sind und lange als "schwer integrierbar und problematisch" galten. Das ist nur auf den ersten Blick ein Widerspruch.

Dass bestimmte Migrantengruppen Rechtspopulisten wählen, ist zumindest in einem Punkt ganz plausibel: Sowohl der Großteil der Migranten vom Balkan als auch die sogenannten russischen Spätaussiedler denken mehrheitlich konservativ. In Fragen der Familienpolitik etwa finden sie bei den Rechtskonservativen eher ihre Werte vertreten als bei den Linken. Außerdem sind sie dem Irrtum aufgesessen, dass die ausländerfeindlichen Parolen nicht an sie gerichtet sind, weil sie sich

zu den Guten und Anständigen zählen, die angeblich von den Anfeindungen ausgenommen sind.

Eine weitere wichtige Motivation, die FPÖ und andere Rechtspopulisten zu wählen oder auch ohne Staatsbürgerschaft und Wahlrecht zumindest mit ihnen zu sympathisieren, ist die Angst vor dem sozialen Abstieg. Die ist zwar auch bei den autochthonen Wählern ein wichtiges Motiv, aber bei Zugewanderten gewinnt sie mehr Brisanz, weil sie die Ersten sind, die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten von Arbeitslosigkeit und Verdrängung aus dem Arbeitsmarkt betroffen sind. Damit sind neu zuwandernde Gruppen ein erklärtes Feindbild für "alte Migranten" aus Süd- und Südosteuropa. Da die Neuen nun mehrheitlich Flüchtlinge aus muslimischen Ländern sind, spricht der "Anti-Islam-Kurs" der Rechten zusätzlich jene Migranten an, die generell Vorbehalte gegenüber Muslimen haben.

Die perfide Politik der Teilung in gute und schlechte Ausländer durchschauen die FPÖ-Sympathisanten aus den Migrantenreihen nicht. Dabei lassen die Blauen immer wieder durchklingen, wen sie mit *"unsere Leute"* meinen: Norbert Hofer ließ in der Elefantenrunde vor dem ersten Wahldurchgang Ingrid Thurnher und die ORF-Zuschauer wissen, dass er eine Sozialversicherung nur für Inländer durchsetzen will; man werde sich *"wundern, was alles möglich"* ist. Dass damit Familienmitglieder und Freunde vieler FPÖ-Anhänger auf der Strecke bleiben, blieb ungesagt.

Überhaupt schafft es die FPÖ, sich fast widerspruchsfrei als die Partei der sozial Benachteiligten zu positionieren und damit die Stimmen und Sympathien der schlecht ausgebildeten, schlecht bezahlten oder arbeitslosen Migranten zu gewinnen. Dass sie diejenigen sind, die von den geforderten und vielleicht bald umgesetzten sozialen Kürzungen betroffen sein werden, hat sich auf serbischen Turbofolk-Partys noch nicht herumgesprochen.

3. „Serbischstämmiger wird FPÖ – Gemeinderat in Wien“, Olivera Stajic (vgl. Stajic 2015)

Der blaue Bezirksrat aus Simmering fungiert als Bindeglied zur serbischen Community

Seit Mittwoch ist es offiziell: Der Simmeringer Bezirksrat Nemanja Damjanović wird für die FPÖ in den Wiener Gemeinderat einziehen. Der ehemalige Fußballprofi und Versicherungsvertreter wurde 1972 in der zentralserbischen Stadt Kragujevac geboren und engagierte sich mehrere Jahre lang als Bindeglied zwischen der serbischen Community und den Freiheitlichen. Unter anderem sorgte er für das Sponsoring von Konzerten und andere Kulturveranstaltungen. Im Wiener Wahlkampf war er mit Öffentlichkeitsarbeit betraut und arbeitete auch an Straches Musikvideo mit.

Damnjanović war an 31. Stelle gereiht und konnte 101 Vorzugsstimme sammeln.

Seine Arbeit werde nun anerkannt, sagt Damnjanović dem STANDARD. Er freue sich sehr, dass endlich *"auch für unsere Leute nach Jahrzehnten hier etwas getan wird und dass ich als Vertreter aller Wiener gewählt wurde"*. Für ein langes Gespräch nimmt er sich gerne Zeit, allerdings erst nach der Angelobung. Jetzt sei es ungünstig, denn seit Mittwoch werde er *"von Medien regelrecht umlagert"*.

4. „Wir beide sind nicht in Konflikt, es sind unsere Identitäten“, Sinisa Puktalovic (vgl. Puktalovic 2016/1)

Auf dem Balkan ist der Krieg nach wie vor allgegenwärtig. Das Zentrum für gewaltfreie Aktion versucht den Versöhnungsprozess voranzutreiben.

Wie mit der Vergangenheit umgehen, welche Rolle spielen Denkmäler bei der Erinnerung und warum ist es wichtig, die Balkankriege aufzuarbeiten? Diese und viele weitere Fragen wurden vergangenen Freitag im Albert-Schweitzer-Haus in Wien bei der Veranstaltung *"Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen"* diskutiert. Für den Friedensaktivisten Nedžad Horozović vom Zentrum für gewaltfreie Aktion (Centre for Nonviolent Action, CNA), einer regionalen Friedensorganisation, die in Sarajevo und Belgrad ansässig ist, ist der Krieg auf dem Balkan und da vor allem in Bosnien und Herzegowina allgegenwärtig. *"Es dominiert den Alltag von uns allen, nach wie vor. Die Aufarbeitung des Krieges geht nur sehr langsam voran. Viele versuchen es zu verdrängen, aber das geht nicht. Wir müssen uns erinnern, die Frage ist bloß, wie?"*, so Nedžad gleich am Anfang der Podiumsdiskussion.

Teil der ethnischen DNA

Seine Kollegin Ivana Franović ergänzt: *"Wir müssen verstehen, wie es zu den Kriegen kam. Wir müssen wissen, was alles geschehen ist. Wir müssen uns erinnern, damit es nie wieder passiert."* Die Allgegenwärtigkeit des Krieges hat dazu geführt, dass die vermeintliche Wahrheit über den Krieg zu einem Teil der DNA der ethnischen Identität geworden ist. *"Es gibt drei Wahrheiten, drei Narrative, die sich einzig und allein dadurch unterscheiden, ob man Bosniake, Kroate oder Serbe ist,"* sagt die Belgraderin Franović. All diese Narrative haben eines gemeinsam, und zwar, dass die eigene Ethnie das größere Opfer des Krieges ist. So hat jede Ethnie immer ein passendes Beispiel parat, falls die *"andere Seite"* ihr Verbrechen vorwirft.

Fehlende Empörung

Was fehlt, ist die *"Empörung über die Verbrechen, egal von welcher Seite"* sagt Nedžad. Um die

Aufarbeitung voranzutreiben, veranstaltet das Zentrum für gewaltfreie Aktion regelmäßig gemeinsame Trainings für ehemalige Kriegskontrahenten, und organisiert für die Veteranen Besuche von Orten des Krieges. Bei einem dieser Treffen hat ein Kriegsveteran zu einem anderen gesagt: *"Wir beide sind nicht in Konflikt, es sind unsere Identitäten"*, so erzählt es der in Doboj geborene Horozović. Für ihn summiert dieser Satz die ganze Problematik in Bosnien und Herzegowina am besten. Die Zusammentreffen von Kriegsveteranen verschiedener Ethnien stimmen die beiden Mitarbeiter des Zentrums für gewaltfreie Aktion positiv. "Die meisten Veteranen gehen mit der Einstellung ‚Jetzt werde ich euch die Wahrheit sagen‘ zu den Veranstaltungen hin und gehen mit der Einstellung ‚Ich möchte zuhören und verstehen‘ wieder raus", sagt Nedžad. Das zeige bloß, "wie wichtig Dialog ist und das Möglichmachen solcher Zusammenkünfte," so Ivana.

Kein Mainstream

In den mittlerweile über zehn Jahren, in denen sie Treffen und Dialoge mit ehemaligen Schlachtfeld-Kontrahenten ermöglichen, haben knapp 200 Veteranen daran teilgenommen. "Uns ist bewusst, dass das vielleicht nur ein Tropfen im Meer ist, aber es funktioniert, wenn auch bis jetzt nur in einem kleinen Rahmen," sagt Ivana. "Viele wollen auf dem Balkan die Aussöhnung nicht vorantreiben – die Politik noch am wenigsten", gibt ein etwas resignativ wirkender Nedžad Horozović zu Protokoll. In den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien sitzen in den meisten Regierungen Nationalisten, die, wenn sie an den Krieg erinnern, dann meist nur der eigenen Opfer gedenken. "Uns ist bewusst, dass wir nicht zum Mainstream gehören, aber gemacht muss es trotzdem werden," so Ivana Franović.

Hässliche Denkmäler, die positiv stimmen

Für den Historiker Robert Streibel von der Plattform Erinnern.at, der genauso wie Pete Hämmerle vom Versöhnungsbund und Jasmina Haračić vom Österreichischen Roten Kreuz an der Diskussion teilnahm, zeigen Denkmäler, wie in der Gesellschaft an die Vergangenheit erinnert wird und welchen "Umgang die Gesellschaft mit der Erinnerung hat". Nach den Balkankriegen sind viele Denkmäler entstanden. Für Ivana sind sie "schrecklich". Nedžad Horozović stimmt ihr zu: "Die Denkmäler sind so hässlich" – er erkennt aber darin etwas Positives, "Diese Hässlichkeit der Denkmäler erinnert uns daran, wo wir derzeit als Gesellschaft stehen, sie zeigt uns, dass etwas nicht stimmt. Durch konstruktives Reden über die Denkmäler werden die zukünftigen besser."

Fotoausstellung "War on Memories"

In Zusammenarbeit mit dem Versöhnungsbund und der Diakonie Brot für die Welt haben die Mitarbeiter vom Zentrum für gewaltfreie Aktion die Denkmäler in Bosnien und Herzegowina

erforscht und mit Fotos dokumentiert. Einige dieser Bildern wurden im Rahmen der Veranstaltung ausgestellt. *"Wir haben knapp 80 Denkmäler für das Projekt dokumentiert"*, sagt Nedžad und erzählt, dass die Denkmäler teilweise schwer zugänglich und viele durch Graffiti verunstaltet sind: *"Auf den Denkmälern wird der Krieg weitergeführt. Es wird noch lange dauern, bis sich die Situation normalisiert."*

Anzeichen für Krieg erkennen

Robert Streibel denkt, dass die Entwicklung auf dem Balkan dennoch etwas schneller verläuft als beispielsweise in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg: *"In Österreich konnte erst die dritte Generationen darüber reden, ohne in Verteidigungsposition zu gehen. Bei euch scheint es früher zu klappen."* Ivana Franović sieht eine Dringlichkeit vorhanden, dass es schneller gehen muss: *"Wir müssen es, so schnell es geht, klären, weil das Konfliktpotenzial zu hoch ist. Die Anzeichen für Krieg müssen erkannt werden, die gab es damals schon in Jugoslawien auch."*

Nur dass es keinen Krieg gibt

Daran erinnert nicht zuletzt das Lied *"Samo da rata ne bude"* (*"Nur dass es keinen Krieg gibt"*) von Đorđe Balašević aus dem Jahr 1987, welches die Band AzRaH an diesem Abend gleich zum Einstieg ihres kleinen Konzerts spielt. *"Die Anzeichen waren da, die Bevölkerung hat es nicht erkannt und sich in den Konflikt manipulieren lassen. Damit es nie wieder passiert, müssen wir es aufarbeiten"*, so Franovićs eindringlicher Appell.

5. „Eine Million vom Wahlrecht ausgeschlossen“, Sinisa Puktalovic (vgl. Puktalovic 2016/2)

In Österreich sind immer mehr Menschen nicht wahlberechtigt. Die #InitiativeWahlrecht fordert eine Erleichterung des Staatsbürgerschaftserwerbs.

Die erste Runde der Präsidentschaftswahl ist geschlagen. In der Stichwahl am 22. Mai kommt es zum Duell zwischen Norbert Hofer und Alexander Van der Bellen. Und wie schon in der ersten werden auch in der zweiten Runde knapp eine Million Einwohner Österreichs von der Wahl ausgeschlossen sein. Das sind knapp 13 Prozent der Bevölkerung.

"In Wien ist die Situation noch dramatischer, da ist jeder vierte Wiener, jede vierte Wienerin über 16 Jahren nicht berechtigt, zur Wahl zu gehen", sagt die Geschäftsführerin der Wiener Jugendzentren, Gabriele Langer. Das sind mehr als 380.000 Wiener, also mehr als Linz und Salzburg zusammen Einwohner haben. Die Zahl jener, die in Wien ihren Hauptwohnsitz haben, aber nicht wählen dürfen wächst: Im Jahr 2013 lebten in Wien noch 335.000 nicht-wahlberechtigte Personen.

Steigende Zahl nicht wahlberechtigter Personen

"In den Jugendzentren beschäftigen wir uns schon lange mit politischer Bildung und Partizipation – verstärkt seit der Wahlaltersenkung. Viele der Jugendlichen, die zu uns kommen, zeigen zwar reges Interesse an der Politik, aber eine zunehmende Zahl von ihnen darf nicht wählen", sagt Langer. Um auf das Problem hinzuweisen, haben die Wiener Jugendzentren im vergangenen Jahr die #InitiativeWahlrecht gestartet und heuer kurz vor der Präsidentenwahl ein Erklärvideo veröffentlicht, in dem für eine Änderung des Staatsbürgerschafts- und Wahlrechts geworben wird.

Restriktives Staatsbürgerschaftsrecht

Auch der Politikwissenschaftler Gerd Valchars von der Universität Wien sieht Reformbedarf. *"Österreich hat ein sehr restriktives Staatsbürgerschaftsrecht, eines der restriktivsten in ganz Europa. Und das sowohl für den Erwerb der Staatsbürgerschaft für Personen, die nach Österreich zuwandern, als auch für die zweite Generation, die hier geboren ist."* Das bestätigt auch der Migrant Integration Policy Index (Mipex). Dieser vergleicht nationale Integrationspolitiken und bescheinigt Österreich in der vierten Auflage aus dem Jahr 2015 einen Reformbedarf hinsichtlich eines einfacheren Zugangs zur Staatsbürgerschaft und mehr politischer Partizipationsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten.

Populistische Diskussion über Migration

Österreich sei in Sachen Staatsbürgerschaftsrecht auch früher nicht liberal gewesen, sagt Valchars. Im Lauf der letzten Jahre und Jahrzehnte hat sich Österreich aber noch deutlich vom europäischen Durchschnitt entfernt. Ein Grund sei sicher auch, dass über Migration und Integration in Österreich populistisch diskutiert werde und der *"Eindruck besteht, dass man Wählerinnen und Wähler eher mit restriktiven Maßnahmen gewinnen kann"*. Für das Einwanderungsland Österreich sei das aber *"eher kontraproduktiv, da dadurch immer größere Teile der Bevölkerung politisch isoliert werden"*, erklärt der Politikwissenschaftler.

Indirektes Zensuswahlrecht

"Die Kriterien für die Einbürgerung gehören überdacht", sagt Gabriele Langer. *"Aufgrund des hohen Mindesteinkommens, das für eine Staatsbürgerschaft nötig ist, können etwa 30 bis 40 Prozent der Arbeiter und 60 bis 70 Prozent der Arbeiterinnen in Österreich die Kriterien für eine Einbürgerung nicht erfüllen"*, kritisiert die Geschäftsführerin der Wiener Jugendzentren. Für Gerd Valchars hat Österreich dadurch *"ein indirektes Zensuswahlrecht, da vielen aufgrund finanzieller Hürden die Erlangung der Staatsbürgerschaft und damit auch das Wahlrecht verwehrt wird"*.

Ius soli vs. ius sanguinis

Reformbedürftig ist aber nicht nur die geforderte Höhe des Mindesteinkommens. Auch eine Verkürzung der Mindestaufenthaltsdauer – derzeit zehn Jahre – wird sowohl von Valchars als auch von den Wiener Jugendzentren gefordert. Zusätzlich empfehlen sie, das derzeit geltende Abstammungsprinzip zu überdenken, wonach Kinder von Migrantinnen und Migranten die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern erhalten (ius sanguinis) und nicht jene ihres Geburtslandes (ius soli). *"Es gibt mehrere Modelle, wie das ius sanguinis durch ein ius soli ergänzt werden kann"*, sagt Valchars. *"Kinder könnten beispielsweise gleich bei ihrer Geburt die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten, wenn zumindest ein Elternteil seit mehreren Jahren in Österreich lebt und einen dauerhaften Aufenthaltstitel hat."*

Identifikation erleichtern

Alleine in Wien sind rund 38.000 Jugendliche und junge Erwachsene von der Wahl ausgeschlossen. Für viele erschwert das das Gefühl, ein Teil der Gesellschaft zu sein. *"Eine Erleichterung der Einbürgerung würde auch den Integrationsprozess erleichtern und den Kindern das Gefühl geben, hier zugehörig zu sein"*, sagt Langer.

9.2. Interview Leitfaden

Der hier angeführte Interviewleitfaden wurde in Vorbereitung auf das erste von Interviews zu dieser Masterarbeit am 6.12.2015 mit Olivera Stajic verfasst. Dabei wurden vier Hauptfragen mit entsprechenden Unterfragen formuliert. Chronologisch folgten die Interviews mit Jelena Gucanin und Timur Rusen Aksak. Im nächsten Kapitel 8.3. Interview – Protokolle wird diese chronologische Reihung fortgeführt. Entsprechend des qualitativen Forschungsverlaufes wurden semi – strukturierte Interviews verwendet. Der Leitfaden vom 6.12.2015 entwickelte sich mit dem Gewinn von Informationen und Einsichten prozessual. Hinsichtlich des Forschungsinteresses und der jeweiligen Interview - Dynamik mit den Interviewpartner*innen, wurde dieser flexible Umsetzungsrahmen mit stabiler Fokus - Setzung auf das Forschungsinteresse der Arbeit durchgeführt. Bestimmt wurde dies durch die Regeln und das Vorgehen wissenschaftlichen Arbeitens und der Verwendung hierfür geprüfter und bewährter Forschungsmethoden.

Interviewleitfaden, Stand 6.12.2015

1. Entstehung daStandard

Was waren die bei der Gründung verfolgten Ziele?

- *Wie entstand das Medium daStandard?*
- *Warum entstand daStandard?*

2. Wirkung

Wie wirkt daStandard.at im Bezug auf diese Gründungs – Ziele?

- *Wo und wodurch wirkt daStandard.at?*
- *Worauf wirkt daStandard?*

3. Redaktionsarbeit

Wie ging die Redaktionsarbeit hinsichtlich der gestellten Ansprüche bei Gründung von daStandard.at vonstatten?

- *Wie daStandard.at strukturell geregelt?*
- *Wie war daStandard.at strukturell positioniert?*

4. Fazit zum Projektverlauf

Was ist Ihr Fazit zum Projektverlauf von daStandard.at?

- *Gibt es von Ihrer Seite (jener der Interviewpartner*innen) Änderungsvorschläge?*
- *Sehen Sie das Projekt im Bezug auf die Gründungs – Ziele als gelungen?*

9.3. Interview - Protokolle

9.3.1. Interview mit Olivera Stajic

Biografische Angabe

Olivera Stajic wurde 1979 in Bosnien geboren und zog 1992 nach Wien, schloss dort das Studium der Geschichte sowie Publizistik - und Kommunikationswissenschaft ab (vgl. Interview mit Olivera Stajic 2015). Ab 2005 arbeitete Stajić-Fidler bei diversen österreichischen Medien, bis sie 2009 beim DerStandard angestellt wurde. Seit 2012 ist sie Chefin vom Dienst bei der Online-Plattform von DerStandard und Mitbegründerin wie Chefredakteurin des daStandard.at (ebd.). Wegen eines Ausschreibens bewarb sie sich für die Stelle bei daStandard und war sehr früh in Zusammenarbeit mit Gerlinde Hinterleitner, damaligen Chefredakteurin bei DerStandard, im Projekt involviert. Stajic partizipierte in Zusammenarbeit mit Gerlinde Hinterleitner, damaliger Chefredaktuerin des DerStandard.at an der Projektplanung und Umsetzung des daStandard (vgl. Ilhardt 2014). Sie

Kontext des Interviews

25.11.2015, 16:00, Café Prückel, 1010 Wien

Das Café ist voll, es herrscht eine hohe Geräuschkulisse. Man muss die Stimme heben um miteinander zu sprechen, dennoch hört man sich gut. Olivera und ich verstehen uns gut: Olivera hatte bereits oft Interviews zu ähnlichen Themen um daStandard.at (dessen Entstehung, Motivation zur Gründung und Strukturen des daStandard). Ihre Antworten sind zu Beginn fließend strukturiert und wirken durchdacht. Sie spricht sehr überlegt und es benötigt kaum einer Unterstützung des Redeflusses. Im Verlauf des Interviews werden die Inhalte spezifischer und folgen der Interviewpartner*in. Die Inhalte verlagern sich nicht abseits der angedachten Richtungen und Bereiche, Olivera lässt sich auf die gestellten Fragen ein und schweift nicht ab. Viele der hier gewonnenen Erkenntnisse weichen von den ursprünglichen Erwartungen zum Untersuchungsgegenstand ab und eröffnen neue Gesichtspunkte, auf die infolge eingegangen wird. Das Interview mit Olivera bringt abseits der erhofften Information weitere Aspekte und Perspektiven zur Untersuchung des Forschungsgegenstandes.

Aufnahme: teilweise bei einzelnen Wörtern schwer verständlich weil hoher Geräuschpegel.

A: Astrid Hanl

(START)

A: Man sieht, daStandard gibt es seit rund einem Jahr in dieser Form nicht mehr?

O: Das Projekt so wie es konzipiert war haben wir durchgezogen, sagen wir Ende 2009 bis Ende 2015. Danach gab es keine Finanzierung mehr dafür. Es war nicht befristet, aber es war auch nicht klar wie lange es laufen wird, weil es so was in der Form noch nicht gab. Das heißt worüber Sie schreiben wollen existiert so in der Form praktisch nicht mehr. Ob und wie es fortgeführt wird, muss man 2016 abwarten. Es war nicht nur eine weitere Rubrik im Standard, sondern ist mit einer bestimmten Intention gegründet worden. Man hat mir erzählt dass, lange bevor daStandard gegründet wurde, überlegt wurde ob man im Standard, wie in anderen Medien auch, Anfang der Nuller- Jahre haben das alle überlegt, dass es im österreichischen Mediendiskurs zu wenig Diversität gibt. Das heißt dass es zu wenig Personen mit Migrationshintergrund in den Redaktionen gibt und man hat sich gefragt wieso ist das so und was kann man dagegen tun.

A: Also nicht nur im Themenbereich sondern auch in der Redaktion?

O: Genau. Das hängt natürlich zusammen. Die damalige Chefredakteurin vom [Der]Standard die Gerlinde Hinterleitner wollte eben ein Projekt starten, hat Geld dafür aufgestellt, wollte eine eigene Redaktion die sich dafür aufstellt, dass Menschen mit Migrationshintergrund, also junge Leute die noch nicht die Gelegenheit hatten in den Medien zu arbeiten, da Erfahrung sammeln zu können. Ich bin durch Zufall da rein gekommen, hab mich beworben und wurde genommen, habe vorher über andere Themen geschrieben und wir haben zusammen ein Konzept ausgearbeitet. Ziel des Projektes war es eben, junge Leute rein zu holen die journalistisch arbeiten wollen. Die entweder Gastarbeiterkinder, Flüchtlinge - also das alles, was man unter Menschen mit Migrationshintergrund versteht - und wir haben in den 5 Jahren als eigenständige Redaktion gearbeitet. Haben unsre eigenen Themen gewählt und so weiter. Das Ziel war es, weniger quasi nur sogenannte Migrant*innen-Themen zu bearbeiten. Einfach die Themen ins Blatt zu holen, die wir als Reaktionskollektiv integriert haben. Kultur, Alltag und so weiter. Festgeschriebenes Ziel des Projektes, das kann man auch nachlesen, war es, dass diese Leute irgendwo im Standard oder in anderen Medien unterkommen. Dass die Leute dann in etablierten Medien unterkommen, einer ist zum Beispiel bei ATV, eine andere bei der Wienerin.. und vielleicht die Themen weiter bearbeiten.

A: Ich dachte daStandard.at wurde gegründet um Personen mit Migrationshintergrund ein Medium

als „Konsumentinnen“ zu geben.

O: Das auch. Meine Theorie dazu: Ich nehme an dass es mehr Leute mit Migrationshintergrund gelesen haben. Ich sage gern Medien sind keine objektive Sache. Das soll auch nicht provokant klingen, davon bin ich wirklich überzeugt. Das Interesse an bestimmten Themen immer Interesse geleitet sind. Das heißt wir haben erhofft dass wenn wir Leute rein holen die andere Interessen, andere Netzwerke haben, auch andere Themen in den Standard reinkriegen und ich glaube das ist auch gelungen. Und damit kriegen wir auch andere Leser. Weil wir vielleicht über etwas schreiben, das etwas lebensnaher ist. Ich finde dass eine demokratie - politische Analyse ein sehr wichtiges ist. Also wenn man sich als Medium aufstellt und sagt man will sich als Tageszeitung in der Mitte der Gesellschaft positionieren, möglichst viele Leser haben aus möglichst vielen Gesellschaftsschichten, dann muss ich auch schauen, dass meine Redaktion divers ist. Das ist jetzt eine einfache Milchmädchenrechnung aber ich glaube... so ähnlich hat es auch mit der Integration der Frauen funktioniert. Ich glaube dass es bedenklich ist eine Redaktion zu haben, die hauptsächlich aus weißen männlichen über 40 jährigen Redakteuren besteht, weil die Gesellschaft einfach anders aussieht. Damit Medien gesellschaftspolitische Relevanz haben finde ich, müssen diese auch die Gesellschaft widerspiegeln. Weil ich nicht glaube dass es reicht zu sagen dass man Journalist ist und das als Garant zu nehmen, dass man objektiv ist. Ich glaube dass öffentlich rechtliche Medien wie zum Beispiel der ORF einen großen Beitrag dazu leisten können, gewisse Vorurteile abzubauen wenn sie Journalisten einstellen die komische Namen haben und so weiter. Weil man dann einfach solche Leute in die Mitte der Gesellschaft holen, wo sie hingehören und hinwollen und damit eine Art Modernität schafft. Ich glaube das liegt wirklich nicht nur an der Themenwahl sondern auch vor Allem optisch. Es würde sicher jedem auffallen wenn jemand Berichterstattung macht, der einen Akzent hat.

A: Als ich daStandard damals so viel gelesen habe, 2013, gab es dort mehr Material als heute.

O: Einsparungen beim Standard plus Schwangerschaft und Karenz. Es gab dann niemanden der da einspringen konnte und wollte. Das Budget wurde drastisch gekürzt und die Redaktion waren lauter, sogenannte, fixe Freie Mitarbeiter- Leute die fix da gearbeitet haben aber trotzdem nur Freie Mitarbeiter waren. Es gab auch niemanden der mich hätte vertreten können, im Sinne dass er das organisiert. Deswegen hat es sich auch verlaufen. Ich bin 2011 beim DerStandard.at Chefin vom Dienst geworden. Heißt ich habe den daStandard die letzten paar Jahre auch nur so nebenbei gemacht. Es ist niemand nachbesetzt geworden, sondern die Leute haben alle nebenbei angefangen, andere Jobs zu machen.

A: Deswegen ist es weniger geworden.

O: Ja. Ich war Redaktionsleiterin und darunter lauter Freie Mitarbeiterinnen, immer wieder neue

Generationen. So zwei, drei Generationen. Und dann nach vier oder fünf Jahren eben Budgetkürzung und Karenz. Jetzt bin ich Vollzeit Chefin vom Dienst. Ich hoffe, dass im Jänner ein neues Konzept gefunden wird, das weniger Geld brauchen wird.

A: Gab es Themenabsprache?

O: Wie es in anderen Redaktionen auch so ist: wen was interessiert.. Auch sehr viel Kultur weil im DerStandard der Kulturteil halt schon sehr über „gehobene“, intellektuelle Kultur ist und wir etwas wollten etwas das vielleicht nicht nur über 50jährige interessiert.

A: War Integration bei der Gründung ein großes Thema?

O: Integration im Sinne von Partizipation. Eher. Von beiden Seiten, ich mag das Wort Integration nicht so weil es etwas vorbelastet ist. Partizipation im Sinne von Selbstrepräsentation eher. Das Thema ist im österreichischen Medienlandschaft (Zusammenleben in einer Migrationsgesellschaft) lange Zeit gar nicht angeschaut worden, wurde nur in der Kriminalstatistik abgebildet in den 90ern, das gab es nicht. Es gab eine Studie dazu weswegen nicht darüber geschrieben wurde und drei Antworten darauf: Es interessiert mich nicht, mein Chefredakteur will das nicht und mir ist es zu „haglich“ [heikel]. Und dann in den Nuller- Jahren ist mir aufgefallen, dass es aufgekommen ist. Aber nur positive Geschichten, also was sie nicht alles leisten... Aber das Thema auf einer Normalitäts - Ebene zu bearbeiten und zu sagen, wir lassen die Leute reden und etwas über die eigene Community berichten oder wir ziehen einfach Experten heran, die einen Migrationshintergrund hatten, das kam überhaupt nicht vor. Wenn jemand zum Beispiel 30 Jahre den gleichen Job hat, dann hat der 30 Jahre lang immer die gleichen fünf Expertinnen die er immer befragt. Deswegen reden da auch immer die gleichen Leute. Es stresst die Leute sich jemand neuen zu suchen, der vielleicht Frau oder jung oder anders ist. Das heißt es kommen halt immer ähnliche Geschichten mit ähnlichen Akteuren vor. Was schade ist. Und unsre Überlegung war eine neue Redaktion zu machen, mit neuen Akteuren und neuen Geschichten, das war ein großes Ziel.

Wir wollten nicht die übliche Integrationsberichterstattung machen also zu sagen, über Integrationsrecht, Asylrecht und so weiter. Sondern wir wollten wirklich so eine Art Normalität ablichten was aber nicht heißt, dass wir unpolitisch waren. Aber wir wollten uns nicht vom politischen Diskurs treiben lassen sondern sozusagen unser Ding machen.

A: DaStandard besteht zu einem großen Teil aus Blogs, warum?

O: Machen wir jetzt hauptsächlich so, das sind Userblogs. Ich finde dass funktioniert aber nicht so gut weil es dem ursprünglichen Ziel widerspricht, junge Leute in den Journalismus zu holen. Diese Userblogs sind einfach Expertenblogs. Wir wollten junge Menschen integrieren in ein Medium, die sonst vlt keinen Zugang hätten. Wir hatten sogar eine Ausschreibung wo wir explizit Leute mit

Migrationshintergrund gesucht haben. Das war eigentlich in dem Fall sogenannte positive Diskriminierung. Also es gibt ja Gründe, wieso diese Leute nicht im Journalismus tätig sind. Wenn man das in Österreich betrachtet, dass die soziale Mobilität wahnsinnig niedrig ist. Heißt Kinder von Akademikern werden Akademiker und die Migranten - Population in Österreich ist nun mal so, dass sie meist niedriger qualifizierte Leute sind, Nachkommen von Gastarbeiter zum Beispiel, das heißt ihre Töchter und Söhne seltener Akademiker sind und noch seltener in so intellektuellen Jobs wie Journalismus. Ersten sie kommen vielleicht gar nicht auf die Idee, zweitens haben sie keine Netzwerke und so funktioniert der Job nun mal und drittens, ist es ein Job wo man am Anfang sehr prekär arbeiten muss. Sehr viele unbezahlte Jobs, Praktika - ohne Unterstützung der Eltern eigentlich nicht machbar. Das heißt wir wollten diese Leute gezielt suchen und fördern. Das Tragische daran ist, dass wir denen auch nur Freie Mitarbeiter-Verträge anbieten konnten. Die Einzige die angestellt wurde nach zwei Jahren, das war ich und eine andere Kollegin. Das Projekt startete glzt mit einer Krise im Journalismus wo alle angefangen haben, gleichzeitig Jobs abzubauen. Eine Verwicklung von unglücklichen Umständen, trotzdem finde ich das Projekt gelungen.

A: Gab irgendwelche Schulungen zu Sprachverwendung, á la „politisch korrekt“?

O: Wir haben das ständig diskutiert in der Redaktion. Es ging uns sehr viel darum zu zeigen, transparent zu machen, wer hat gerade Deutungshoheit über einen Begriff. Wir haben uns nie in einer Glosse oder lockerem Artikel selbst kritisch über einen Begriff geäußert. Ich finde es gibt keine Wortverbote, aber man muss transparent machen, wer die Deutungshoheit über einen Begriff hat. Wortbedeutungen, die sich ändern. Also Sprache haben wir wahnsinnig oft thematisiert.

Aber ich glaube dass wir trotzdem keine Sprachpolizei und keine Sprachpolitik hatten.

Einmal hatte ich einen großen Disput mit Biber, weil die das Wort „Mischling“ verwendet hatten. Ich habe mich wahnsinnig aufgeregt weil ich aufzeigen wollte, dass das Wort historisch wahnsinnig belastet ist. Aber ich glaube wir sind zu Nichts gekommen. Wir haben viel darüber gesprochen, welche Begriffe darf und kann die Mehrheitsgesellschaft verwenden? Welche pejorativen Begriffe kann man sich als benachteiligte Gruppe selbst aneignen und dann umkehren?

A: Untertitel „Von Migrantinnen für MigrantInnen“- wieso ist das weggekommen?

O: Weil wir dachten, wir haben für alle geschrieben.

A: Ging um die Leserschaft?

O: Genau. Wir wollten halt alle irgendwie Journalismus machen, ohne eine Agenda dahinter haben zu wollen. Aber ich merke, dass es wissenschaftlich interessant ist. Es sind viele Arbeiten in der Publizistik darüber geschrieben worden. Ich glaube dass viel darüber geredet wird ob ein Mehr an Migrantinnen in der Mediengesellschaft etwas leisten kann im Sinne von Antidiskriminierung. Wir

hatten ja quasi nur eine journalistische Agenda: Wir wollten die Medien diverser machen. Was das für weitere Auswirkungen haben kann, ist ja euer Job.

A: Glauben Sie rückblickend dass daStandard.at antirassistisch gewirkt hat?

O: Mit welcher Definition von Antirassismus?

A: In Hinsicht darauf, zum Beispiel andere Bilder und Narrative über Migrantinnen in den Vordergrund zu bringen, als Opfer-Darstellung, als die „Anderen“.

O: Dann auf jeden Fall. Dann war das eigentlich eines unsrer Ziele ohne das wir es so bezeichnet haben. Weil wir einfach einen anderen Zugang zu dem Thema finden wollten. Ich finde es ist Selbstbemächtigung: dass die Leute quasi nicht nur betroffen sind, sondern dass sie selbst darüber schreiben können. Selbstbemächtigung als erster Schritt zum Antirassismus. Wenn man es so definiert, dann war das eins unsrer Projektziele..dann glaube ich ja.

A: Würden sie etwas anders machen?

O: Unsre zwei Ziele waren: Themenvielfalt und Menschen rein zu holen, die auf „normalen“ Wegen vielleicht sonst nicht reingekommen wären. Ich hätte vielleicht das nicht aus dem Standard 'rausgenommen, damit es etwas unsichtbarer wird. Dann wären wir aber vielleicht nicht so aufgefallen, wären ein bisschen untergegangen. Die Frage habe ich mir noch immer nicht ganz beantwortet. Und vielleicht mehr Kontakt mit dem Leser, mit dem DerStandard - Leser, aufmerksamer zu machen. Nicht nur die „Wohlwollenden“ abzuholen, sondern auch jene die Vorurteile haben. Nicht nur die, die ohnehin unter unsren Lesern sind.

A: Gab es den Gedanken, daStandard.at mehrsprachig zu machen?

O: Sehr oft. Unser Problem war ein sehr pragmatisches, weil wir offene Foren haben. Heißt wenn ich auf türkisch schreibe, kriege ich türkische Antworten. Und das können wir nicht einbauen - ganz banal, wegen der Foren wir haben ja auch Forumsregeln und können dann nicht in Sprachen schreiben, die nur manche beherrschen. Welche Sprachen baut man dann ein und welche nicht?

A: Gab es Zusammenarbeit mit fremdsprachigen Zeitschriften in Österreich?

O: Haben wir überlegt aber es gab dann auch sehr viele, teilweise politisch seltsame..oder von bestimmten Vereinen geführt worden.

A: Hat man irgendwo politisch Position bezogen?

O: So wie in der gesamten Redaktion: Jeder darf seine Meinung als Kommentar schreiben, wenn es im Artikel ist muss man halt schauen, dass man so neutral wie möglich bleibt. Wir haben keinen aktivistischen Hintergedanken. Nein, das nicht.

A: Gab es den Wunsch von Mitarbeiterinnen, daStandard.at politischer zu machen?

O: Immer wieder aber ich bin der Meinung, dass man das trennen muss. Vielleicht ist das eine altmodische Meinung aber ich finde, man macht sich angreifbar durch einen zu offensiven Beitrag. Man verliert seine Reputation. Keine Partei ergreifen.

A: Wie war das mit den Rubriken?

O: Die haben wir am Anfang relativ schnell festgelegt und auch relativ grob. Eine pragmatische Aufteilung. Wie in einer normalen Zeitung. Da hat man ja auch normale Ressorts und überlegt sich dann, wo was reinpasst. Also die Themen die wir gewählt haben, haben sich ergeben aus den Diskussionen in der Redaktion oder wenn jemand Interessantes gehört hat und darüber schreiben wollte. Wir hatten nicht das Bedürfnis uns generell mehr über Rassismus und Ausländerfeindlichkeit melden zu müssen, weil die in der Zeitung eh dauernd abgebildet werden, finde ich. Weniger aktivistisch, sondern mehr das Alltägliche abbilden.

(ENDE)

9.3.2. Interview mit Jelena Gucanin

Biografische Angabe

Jelena Gucanin gelangte 2012 in das Team. Neben dieser Anstellung arbeitete sie an anderen journalistischen Projekten mit (vgl. Interview mit Jelena Gucanin 2015). Ihren letzten Artikel hat sie 2014 veröffentlicht und arbeitet inzwischen bei Women.at (ebd.).

Kontext des Interviews:

3.12.2015, 19:05, im Café Tachles am Karmeliterplatz, 1020 Wien

Das Cafe Tachles ist gemütlich und laut, die Aufnahme ist teilweise schwer zu verstehen. Jelena und ich verstehen uns gut, es ist von Anfang an eine lockere Stimmung und sie erzählt gerne. Besonderen Einblick bekomme ich durch sie über strukturellen Schwierigkeiten bei daStandard.at, die das Projekt mit sich brachte. Jelena betont ihre Frustration. Sie betont, dass ihr das Projekt sehr am Herzen gelegen und sie darin sie in ihren Erwartungen (beruflich wie als Medium im Diskurs) enttäuscht worden ist. Jelena hat nichts gegen Aufnahme oder dergleichen einzuwenden. Nach dem Interview bleiben wir zur Nacharbeitung der Informationen und Absprache mit der Weiterverwendung und Veröffentlichung der Dateien in Kontakt.

Dauer Aufnahme: 57,7min. Teilweise Störungen wegen hoher Geräuschkulisse.

A: Astrid Hanl

J: Jelena Gucanin

(START)

A: Wie bist du zum daStandard gekommen?

J: Ich wurde bei der zweiten Ausschreibung genommen, also 2009 hab ich mich schon beworben, war beim Aufnahmetest dabei. Ich hab mich dann 2012 noch mal beworben weil ich beim ersten Mal nicht genommen wurde... der Aufnahmetest war nicht so ernst gemeint.

A: Ich weiß nur, dass dezidiert Personen mit Migrationshintergrund gesucht wurden.

J: Genau. Ich hab mir gedacht, das ist voll meins, da muss ich hin.

A: Wieso hast du dir das gedacht?

J: Weil ich zu dem Zeitpunkt einfach gewusst hab, wie schwierig es ist als Journalistin mit einem anderen Nachnamen. Auch Migrationspolitik hat mich voll interessiert, was ausgeschrieben war. Ich wurde beim ersten Mal nicht genommen und habe dann über den Stiefvater meines Freundes ein Praktikum beim Format bekommen. Ich hab das auch bezahlt bekommen, war also so schein-selbstständig und hatte nebenbei noch andere Projekte, zum Beispiel 3 Jahre für die Arbeiterkammer... Aber der Einzige Job den ich so ohne Kontakte in der Branche bekommen habe, das war bei daStandard. Das ist schon glaube ich in der Branche ein Wunder. Und die Olivera hat die Leute halt bewusst ausgewählt. Deshalb war daStandard eine Oase für Menschen, die keine Netzwerke haben. Es ist halt so dass junge Leute mit Migrationshintergrund weniger Netzwerke haben. Weil unsere Eltern keine Ärzte oder Anwälte waren, sonder Pfleger und Arbeiter... Also ich hab mich von Anfang an superwohl im Team. Mann muss halt dazu sagen, dass wir alle Freie Mitarbeiter waren. Aber das war ich davor ja auch... Aber wir hatten immerhin am Anfang zumindest regelmäßig Redaktionssitzungen, das wurde dann leider ein bisschen heruntergeschraubt als die Olivera Chefin im Dienst geworden ist (bei DerStandard online) und in Karenz war. Dann hat sich das ganze irgendwie aufgelöst.

A: Wann war denn das?

J: Sie ist im letzten Jahr im Juni (2014) glaube ich in Karenz gegangen, ja, und ich glaube im Jänner (2015) oder so hatten wir dann die letzte Redaktionssitzung. Aber zu dem Zeitpunkt war uns

eh allen klar, das wird nichts mehr. weil wir hatten keine Sitzungen mehr .. und wir konnten zwar noch Ideen einbringen, aber die wurden selten bis gar nicht aufgenommen. weil die Olivera nicht da war und damit unsre Ansprechperson gefehlt hat.

A: Das klingt unangenehm.

J: So fühlten wir uns auch. Als ob sie uns loswerden wollten, so fühlten wir uns definitiv.

A: Wie lange warst du dabei?

J: Von 2012 bis, meinen letzten Artikel habe ich de facto 2014 veröffentlicht.

A: Und um 2014 hat das alles aufgehört?

J: Ja. Der Respekt von den anderen DerStandard hat da oft gefehlt und wir haben oft zum beispiel Redaktionssitzungen in der Küche abgehalten. Es hat uns auch niemand wirklich gekannt, wir waren nicht in die Redaktion eingebunden, obwohl es am Anfang des Projekts geheißen hat, dass wir in den Regelbetrieb übernommen werden. Aber für uns hat es immer geheißen, dass war unser Sprungbrett. In gewisser Weise war es das auch weil wir ja danach Karriere gemacht haben, aber in gewisser Weise auch nicht, weil wir uns das selbst managen mussten.

A: Was hattest du für einen Eindruck der Ziele und der Motivation bei der Gründung vom DaStandard.?

J: Bei der Gründung haben die Gerlinde Hinterleitner und die Olivera , die hat das Ganze einfach getragen, also die Idee war, im Journalismus gibt es zu wenige Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in Österreich. Das in die Redaktionen zu bringen und differenziert über Migrationsthemen zu berichten.

A: Migrationsthemen wie? Integrationspolitik?

J: Zum Beispiel aber auch humorvolle Themen, Kultur oder einfach nur unsre Sichtweise auf Innenpolitische Themen, die überhaupt nichts mit Migration zu tun haben. Die Kritik war ja immer, dass DaStandard eine Nische ist und wir dadurch wieder in eine Nische gedrängt werden. Weil da sind die Migranten, praktisch bei daStandard, da sind die Frauen bei dieStandard und da sind die "Normalen". Es hätte viel mehr Austausch geben sollen und den gab es leider nicht. Wenn Olivera krank war, dann hatten wir da einfach keine Ansprechperson und unsre Artikel wurden dann kaum weitergeleitet beziehungsweise schnell abgelehnt.

Wenn wir Sitzungen hatten, konnten wir das alles gut kommunizieren, zum Beispiel die Themen, aber per Mail war das alles einfach zu schwierig. Das war in der DerStandard Redaktion schon so, dass wir praktisch nur über Migrationsthemen berichten sollen und alles andere bleibt bei ihnen. Es

war schon immer so in der Nische gedacht.

A: Olivera sprach von der "Normalisierung" von Migrant*innen in der österreichischen Gesellschaft durch daStandard. Was meinst du dazu?

J: Es ist überhaupt nicht einfach zu normalisieren, wenn du in der Ecke bist - du schreibst für ein Migrantenmedium. Dann ist es nicht so einfach, das Thema an den Menschen zu bringen. Weil viele Geschichten wurden nicht präsentiert auf der Seite. und niemand geht von sich aus auf DaStandard, sondern von DerStandard aus. und nur wenige Geschichten von uns wurden da top- platziert. Deswegen kann man nicht sagen, dass es da eine Normalisierung gab, weil auch wenn jemand unsre Artikel gelesen hat, hat der das sofort in die Nische Migranten gesteckt.

Einen Tag lang waren unsre Artikel auf der Seite von DerStandard, manchmal zwei Tage...

Wir haben halt nicht so die polarisierenden Sachen gemacht sondern Hintergrundberichte.

A: Kann DaStandard deiner Meinung nach anti-diskriminierend wirken?

J: Ich glaube das konnte er auch, weil wir alle einen differenzierten Zugang zu dem Thema haben und die Olivera darauf geachtet hat dass wir den haben. Also sie hätte nie was bewilligt, was wir nicht von zumindest zwei Seiten beachtet haben.

A: Differenzierter Zugang?

J: Naja... wir schreiben nicht "Alle Migranten sind Kriminelle" aber wir schreiben auch nicht "Alle Migranten sind supergut und supernett". Also so ein bisschen das Mittelding. Weil wir einfach aus unsren eigenen Familiengeschichten das kennen. Der Zugang das auch Migranten rassistisch sein können, das wird ja in den Medien nicht behandelt. Was ja ein großes Thema ist. Aber es wird einfach so: sie sind entweder supernett oder superschlecht. Und wir haben da einfach unsren eigenen persönlichen Zugang und trauen uns vielleicht einfach mehr. Und wir haben das Thema Rassismus direkt und behandelt.. Also so Themen wie Rassistische Behandlungen bei der Polizei waren oft beim daStandard, auch Zivilcourage und solche Sachen.. die anti-diskriminierend wirken können. Man weiß ja nie wie das ankommt, aber man kann ja einfach bei jedem Thema schauen, dass man auch den Migranten- Aspekt oder den Geschlechteraspekt mitbetrachtet. Wer spricht für Migranten, wie werden sie dargestellt? Auch Integrationsmaßnahmen, wie zum Beispiel vom Kurz, haben wir immer kritisch gesehen. Es war damals zum Beispiel ein Vorschlag, das Wort Integration nicht mehr zu verwenden, weil so ein Riesending dahinter steht. Aber es ist einfach schon so fest in unsrem Diskurs... wir haben versucht es nicht zu verwenden.

A: Also ein Auge auf Antidiskriminierung im Bezug auf eure Themenauswahl?

J: Ja.

A: Auch in der Sprache?

J: Ja, ja. Also politisch korrekt auf jeden Fall und wir haben auch immer viel darüber diskutiert, auch wie in anderen Medien berichtet wird. Zum Beispiel haben wir nie Asylanten geschrieben, sondern Asylbewerberinnen und Asylsuchende. Das meine ich mit Differenziert und Undifferenziert.

A: Wäre Drittmittelfinanzierung zum Beispiel keine Option gewesen?

J: Ja bestimmt. Aber da hätte sich auch einfach wer hinsetzen und da ein Konzept machen müssen.

A: DerStandard proklamiert sich ja sehr links und unabhängig.

J: Also wir haben oft mitbekommen, dass da viele neue Leute mit Null Erfahrung eingestellt wurden und wir wurden gar nicht in Betracht gezogen. Wir haben von den Ausschreibungen im Haus auch nichts mitbekommen! Wir waren nur zu den Sitzungen dort und sind dann wieder heimgefahren. Im alten Gebäude in der Herrengasse hatten wir einen Computer zu dem wir Zugang hatten. Wir haben jahrelang dafür geschrieben und niemand hat uns in Betracht gezogen.

Du schaust irgendwie immer nur von der Seite rein und du wirst nie dazugehören. Es fragen mich auch immer wieder Leute, kennst du den und den vom DerStandard und ich kenne niemanden.

A: Also hätte man irgendwie mit DerStandard Kontakt haben wollen, wäre das nur über die Olivera gegangen.

J: Ja.

A: Findest du das Projekt gelungen?

J: Ja sehr gelungen nur sehr schade, dass sie der O nicht mehr Mittel zur Verfügung gestellt haben. Der Job war zu viel für eine Person. Also die hätte zumindest noch jemanden gebraucht, der sich nur um DaStandard kümmert und das vorantreibt. Weil es ist dann irgendwann einfach stecken geblieben. Also unsre Sitzungen haben Stunden gedauert, und am Ende war man irgendwie allein gelassen... Ja man hätte es besser machen können. Aber die ersten Jahren, so bis 2013 gingen gut. Die Erste Generation.

A: Und was davon siehst du als gelungen?

J: Ich glaub wir waren eine einzigartige Stimme im ganzen Migrations- Diskurs in Österreich. Eine Stimme, auf die auch gehört wurde, manchmal. Zum Beispiel hab ich mal eine Geschichte gemacht über eine Studentin aus Kolumbien die ihr Studium abgeschlossen hatte und 11 Jahre in Wien gelebt hat aber hätte dann wieder abgeschoben werden sollen. Und danach gab es tatsächlich eine Gesetzesänderung, weil das so öffentlich wurde. Und ich glaub wenn solche Themen nicht aufgegriffen werden, dann passiert auch nichts. mir fehlt daStandard oft als Stimme, mir fehlt es

hier im Flüchtlingsdiskurs...da wäre diese Stimme sehr wichtig gewesen. Es ist schwierig, diese Stimme woanders reinzubringen. DaStandard fehlt auf jeden Fall als diese Stimme, als andere Stimme, Ich kenne da sonst kein Medium. In unsrer Blattlinie stand nichts zu Politischer Positionierung, aber wir sahen uns schon alle als sehr links. und das sieht man auch in unsren Artikeln, egal worüber man schreibt, das sind man ja immer.

A: Glaubst du Medien können anti diskriminierend wirken, oder wie?

J: Ich glaub wenn das wer kann, dann die Medien. Das ist das was wir alle täglich lesen und hören und anschauen und wenn wir täglich davon lesen, dann schreibt sich dieser Diskurs in unsrem Denken fest und wir glauben das selber. Und da braucht es eine starke Gegenstimme sonst sitzen wir alle da und führen einen rechtspolitischen Diskurs weiter. Es ist natürlich ein Armutszeugnis für Ö, dass so ein kritisches Medium wie daStandard nicht mehr existiert.

A: Olivera meinte auch, es wäre besser gewesen, daStandard in die Redaktion im DerStandard zu integrieren.

J: Ja, wir hätten auch mehr Kontakte geknüpft. Zumindest eine Rubrik auf der Hauptseite wäre besser gewesen.

A: Hat es dir beruflich etwas gebracht?

J: Es war eine schöne Zeit ich hab viel gelernt, viele Artikel die ich als Referenzen hergeben kann.

(ENDE)

9.3.3. Interview mit Timur Rusen Aksak

Biografische Angabe

Timur Rusen Aksak war von 29.7.2013 – 24.6.2014 als freier Mitarbeiter bei daStandard angestellt und führte nebenbei andere journalistische Arbeiten durch (vgl. Interview mit Timur Rusen Aksak 2015). Er ist gebürtiger Tiroler mit türkischen Eltern und studierte Politikwissenschaften an der Universität Wien. Ebenfalls ist er Obmann des Türkischen Studentenvereins Österreich (TSÖ). Er hat bereits im Außenpolitik - Ressort vom Standard ein Praktikum gemacht, bevor er bei daStandard.at angefangen hat. Inzwischen arbeitet Aksak bei ATV.

Kontext des Interviews

5.12.15, 14:20, Café Ritter, 1070 Wien

Im Café herrscht eine geringe Geräuschkulisse. Aksak wirkt frustriert im Bezug auf daStandard.at und hat keine Vorbehalte in der Beantwortung der gestellten Fragen. Er spricht sehr viel am Stück und mit vielen Abschweifungen beziehungsweise inhaltlichen Brücken. Aksak springt schnell zwischen verschiedenen Themen und ist in seinen Formulierungen prägnant und pointiert. Er spricht über gesellschaftliche und strukturelle Ungerechtigkeiten in medialem Diskurs und Gesellschaft. Die Aussagen beziehen sich oft auf die Gesamtgesellschaft. Wie Stajic und Gucanin betont auch Timor, dass ich ihn jederzeit wieder kontaktieren kann, falls ich etwas brauche.

Dauer: 55:42min

A: Astrid Hanl

T: Timur Rusen Aksak

(START)

A: Warst du von Anfang an bei daStandard?

T: Also ich war nie im Kernteam. Ich bin erst eigentlich 'ne Ecke später gekommen, davor war ich bei Presse M- Media, was man bei uns in Ö als Migrations-/ Integrationsjournalismus titulierte. Jetzt bin ich quasi der einzige Redakteur bei ATV KLARTEXT, mache meinen Blog. Ursprünglich war der Schmäh beim daStandard so, das war auch gut, Migrant*innen eine Chance zu geben. und das tut es nicht. weil ja in unserer Gesellschaft Migrantinnen ganz andere Chancen haben, weil es da nach wie vor ein unglaubliches strukturelles Defizit gibt wenn man sich anschaut wer da in den Redaktionen sitzt und wer die Realität abbildet. Die Arbeit beim daStandard war sehr prekär aber sie war sehr ergiebig, war interessant, hat Herausforderungen geboten. Aber wie gesagt der Schmäh den die Geschäftsführung verlautbart hat, wurde von den Verantwortlichen, von den Chefredakteuren, Ressortleiter*innen- lassen wir sie eine Weile arbeiten und dann, wenn Stellen frei werden, übernehmen wir sie. Hat sich dann, ja, als dreiste Lüge herausgestellt.

A: Ihr habt intern nichts von freien Stellen [bei DerStandard] mitbekommen, wie Jelena sagte ?

T: Nein. Das wurde dann intern an andere, verzeih mir die Wortwahl "Einheimische" übergeben und wir haben das ganz zum Schluss erfahren dürfen. Deswegen war für mich dann auch, spätestens als die Olivera in Mutterschutz gegangen ist weil man dann gemerkt hat, dass da von Seitens der Chefredaktion nichts getan wurde. nicht weil das Projekt nicht an sich wichtig gewesen wäre, und das sage ich auch ganz klipp und klar, sondern weil die Chefredaktion vom DerStandard meiner

Meinung nach ganz faktisch reagiert hat. Ganz einfach von weißen, bürgerlichen, mittel - schichtigen Mitarbeitern besteht und die die Probleme, Phänomene von 1000en von Menschen die *migrantische* Wurzeln haben und so weiter nicht als ihre Probleme sehen. Wie gesagt das sehen mittel - schichtige, bürgerliche Menschen einfach anders. DerStandard besteht fast nur aus Bildungsbürgern - die Printleute. Gerade wenn man den Anspruch erhebt gegen die Strukturellen Probleme im Land anzugehen, sollte man wahrscheinlich vor der eigenen Tür anfangen. Die Möglichkeit hätten sie auch viele Jahre gehabt. Man hat sich mit dem daStandard geschmückt, aber konnte dem Anspruch nicht gerecht werden.

A: Was meinst du mit „Kerngruppe“?

T: So wie die Olja zum Beispiel, die war von Anfang an dabei und hat auch etwas mehr Verantwortung getragen. Hat sich sicher mehr ins Zeug gelegt. War auch immer zur Stelle wenn die Olivera was gebraucht hat.

A: Ab wann warst du dabei?

T: Etwas später als die Jelena, 2012...

A: Hat es dich überrascht, als Schüller in dieser ominösen Sitzung verlautbaren ließ, dass er das Ganze ausbluten lassen will? Wie es mir Jelena beschrieben hat?

T: Nein! mich hat es schon überrascht, dass er das so direkt gesagt hat. Unter Bildungsbürgern konfrontiert man nicht gern.

A: Bildungsbürger ist gleich...?

T: Keine Arbeiterleute. Die sagen dir "du deine Arbeit ist gut oder schlecht, schleich [verpiss] dich." Damit kannst du was anfangen. Auch im Unternehmen selber hat man sehr oft gemerkt, dass sich Gruppen bilden, gestritten wird. Deswegen hat es mich überrascht dass er so direkt gesagt hat, so, wir machen das. Was ich halt so unausstehlich finde ist, dass sie versucht haben, das Ganze so PR - technisch zu verstecken. Indem sie es nicht öffentlich gemacht haben sondern ähnlich wie bei dieStandard. Um halt einfach den PR Schaden den sie verdient hatten, nicht hinnehmen zu müssen. Ich finde das Widerlich, diesen Schmäh das so zu machen, um sich diese fair verdiente PR - Watschn [Ohrfeige] zu sparen. Bei dieStandard war das genau so, die lässt man auch praktisch ausbluten - durch einsparen, man lässt niemanden nachbesetzen. Meiner Meinung nach kann man so was schon machen, aber man muss es klar sagen. Das war auch bei der Olivera so und hat dann meine Vorurteile gegenüber dem DerStandard noch mal verstärkt. Die falsche Art und Weise, wie man Kolleginnen vor den Kopf gestoßen hat wenn man diese Freien Stellen nicht angeboten hat, man hat es ja nicht einmal mitbekommen! Das war einfach so! Wir haben das dann über

Kolleginnen mitbekommen...

A: Wie lief es mit der Repräsentation eurer Beiträge im DerStandard?

T: Scheiße! Olivera musste praktisch um jeden Beitrag kämpfen, die Diskussion bei jedem einzelnen Beitrag wieder von vorne anfangen musste. Auch wenn die 1000er von Klicks hatten, von Kommentaren. Es hat dennoch nicht zu einem Umdenken geführt, weil die Leute nach wie vor glauben, das sind Probleme, die wenn überhaupt Migranten betreffen. Auch wenn es wirklich weite Teile der Gesellschaft tangiert. Wir sind ja nie als eigenes Ressort gesehen und behandelt worden.

A: Zu Beginn wurde kommuniziert, dass die Leute von daStandard bei DerStandard bleiben sollen, ist das richtig?

T: Das war die Idee, aber wurde dann nicht Realität. Es war immer wieder das gleiche Ding: Es ist ein Platz frei geworden, das wurde nicht ausgeschrieben, neu besetzt und wir haben nichts davon erfahren. Wir wurden auch nicht davon unterrichtet, dass die Stelle überhaupt neu besetzt wurde. Also man hat es nicht mal für notwendig gehalten, uns darüber zu unterrichten.

A: Gab es Kontakte zum DerStandard, abgesehen von Olivera?

T: Doch aber das war auch wirklich sehr punktuell zu den Kolleginnen zu denen ich heute noch Kontakt habe, und die dem Ganzen ohnehin sehr kritisch gegenüber stehen.

A: Ihr hattet die Treffen im Kaffeeraum, hattet in der Redaktion in der Herrengasse nur einen PC zugänglich - der dann auch abgeschafft wurde...

T: Es ist eine Respektlosigkeit, die uns allen bitter aufgestoßen ist... es waren auch andere Sachen.. Ich kann mich nicht mehr ganz an Details gestoßen, aber man hat zum Beispiel der Olja mal ausrichten lassen über mehrere Ecken: sie möge die Live - Ticker zu gewissen Themen nicht mehr machen, weil das diese Kollegin beanstandet hat. Und das hat man ihr ausrichten lassen. Das ist halt zwischenmenschlich. Aber so war es. Bei vielen großen und kleinen Themen- wie eben bei diesen frei werdenden Stellen. Wo man eben immer wieder vor den Kopf gestoßen wird und wo man dir auch klar sagt. Wo viele, die das schon gut kennen sei es aus der Schule oder am Fußballfeld, ausgeschlossen werden. Ich kann für meine Teil sagen, ich hab mich beim Standard teilweise auch so gefühlt.

A: Wirklich?

T: Nie konfrontiert, man hat es mir nie so direkt gesagt, aber man lässt es dich fühlen. Und dieses Gefühl, ich bin mir sicher das haben viele andere auch teilweise gehabt... und das nie direkt zu sagen sondern so eine Scharade zu machen. Für uns wars ja auch lange Zeit so, unser Arbeitgeber

war ja DerStandard in dieser Zeit wo mich jemand gefragt hat " und wie läuft's?" zu sagen "Ja gut." . Man hat halt versucht das Beste aus der Situation zu machen und gute Miene zum Spiel zu machen. Aber jetzt wo ich praktisch nicht mehr in finanzieller Abhängigkeit vom Standard bin, habe ich da keine Hürden das anzusprechen. Oft. Ich schwärze sie alle an, bei jeder Gelegenheit.

A: Das Projekt hätte anti-diskriminierend wirken sollen, oder?

T: Ja und sie haben es wirklich auf eine großartige Weise geschafft, dass das Projekt scheitert.

Ich war enttäuscht. Ich mein nicht das Rechts oder Links. Ich mein dieses Außensein, von dem man auf die Gesellschaft herunterblickt, das ist ja auch sehr problematisch. Wer bist du, und wer sagt dir das? Jemand der von unten rauf kommt, der blickt nicht so auf diese Welt. Wir haben einfach einen anderen Blickwinkel, also nicht so die Vogelperspektive. Und das ist sehr wichtig. Nicht dieses Besserwischerische, sondern eher eine horizontale Perspektive.

A: Glaubst du dieser horizontale Blickwinkel hat im daStandard.at gut umgesetzt werden können?

T: Ja. Es wurde darüber gesprochen, es wurde diskutiert.. es war auch so eine Arbeiterkindergeschichte: die Olivera war offen und ehrlich. Eine direkte offene gerechte Art.

A: Glaubst du ihr konntet den Diskurs anti-diskriminierend mit verändern, trotz struktureller großer Probleme?

T: Nein.

A: Laut Olivera konntet ihr es gut umsetzen, mit euren Artikeln „normalisierend“ statt polarisierend zu veröffentlichen?

T: Es hat nicht an Engagement gefehlt, an Artikeln. Aber den Erfolg der Sache, es ging ja darum, uns in DerStandard zu integrieren. und wenn du quasi schon im eigenen Haus keine Diskriminierung-freie Zone etablieren kannst, dann kannst du nicht den Anspruch erheben, wie es daStandard versucht hat. Wenn du es im eigenen Haus nicht schaffen kannst. Vielleicht doch, ist schwer zu ermitteln. Aber wenn du es im eigenen Haus nicht schaffst? Es hat die Struktur nicht verändert. Für mich wäre der entscheidende Punkt gewesen, das auch im eigenen Haus durchzusetzen. Ich will nicht ausschließen dass es was bewirkt hat, aber für mich entscheidend ist, wie man mit den Kolleginnen im eigenen Haus umgeht und das im eigenen Haus umsetzt. Es ist nicht damit getan, dass man praktisch einen Jugoslawen oder mit dem Namen halt einstellt und den dann mitmachen lässt.

A: Was ist mit den Artikeln?

T: Wie schon gesagt, die Metaebene, die Meta - Diskussion wie damals bei daStandard.at mag

weitergeführt worden sein aber ich weiß nicht, inwieweit das außerhalb auch Anschlag gefunden hat. In den Kommentaren hatten wir auch oft solche Sachen: Warum darf ein Türkischstämmiger Journalist über Erdogan schreiben? So als wäre praktisch jemand Einheimischer in seiner Objektivität sicherer. Ich glaube man hat innerhalb dieser Branchenblase, wenn auch nicht innerhalb der eigenen Strukturen, schon etwas zeigen können.

A: Glaubst du, du wärst ohne daStandard beruflich wo anders gelandet oder nicht so weit gekommen?

T: Ja. Ohne daStandard wäre ich heute wahrscheinlich nicht da. Meine Eltern kennen niemanden. Deswegen ist für uns die berufliche Vorerfahrung entscheidend, weil die Kontakte nicht da sind. Du kannst niemanden ohne Vorerfahrung oder wenig Vorerfahrung und ohne Kontakte einstellen. Das sagt man dir dann halt nicht direkt sondern sagt, es liegt an der Erfahrung.

A: War das vielleicht alles ein Anfang, ein erster Schritt?

T: Du musst dir vorstellen: Jemand der nicht lernen will, der lernt auch nicht.

A: Also zusammenfassend: Veränderung innerhalb des Mediums, der Strukturen, aber nicht die Strukturen verändernd.

T: Also wir können sagen: daStandard war eine gute Möglichkeit und wäre es auch weiterhin geblieben, Gschichtlweis [ab und an] ... einen Finger in die Wunde zu legen aber gleichzeitig die Möglichkeit aufzuzeigen, Mängel aufzuzeigen und dagegen anzukämpfen. Aber wie gesagt, hätte DerStandard einfach innerhalb des eigenen Hauses, der eigenen Mitarbeiter, der eigenen Strukturen verändern müssen.

(ENDE)